

**Entfesselt die Macht der Arbeiterklasse gegen rassistischen Terror!
IG Metall, ver.di: Gegen Massenentlassungen, legt die ganze Branche lahm!**

Handelskrieg bedeutet Krieg gegen die Werktätigen

**Brecht mit dem Reformismus, ob SPD, Die Linke oder ihre Anhängsel!
Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!**

Dreißig Jahre nach dem Anschluss der Deutschen Demokratischen Republik waren die offiziellen Feierlichkeiten gedämpft. Die Wahlerfolge der faschistoiden Alternative für Deutschland (AfD) in drei ostdeutschen Bundesländern diesen Herbst waren international eine Peinlichkeit. Und der massive Verlust an Wählern, unter dem sowohl die Sozialdemokraten als auch die Christdemokraten zu leiden haben, erschwert es zunehmend, stabile Koalitionsregierungen zu bilden. Der deutschen Bourgeoisie geht es zur Zeit nicht sehr gut, den Werktätigen, Immigranten, Rentnern, Jugendlichen, viel schlechter. Das kapitalistische System ist überall in der Krise, aber die notwendige revolutionäre Führung fehlt, und das nicht nur in Deutschland.

Angesichts der chaotischen US-Außenpolitik und ihres nackten Protektionismus sieht ein Großteil der deutschen Bourgeoisie zunehmend die Notwendigkeit einer eigenständigen Außenpolitik. Das Gerede von ei-

ner europäischen Streitmacht, die unabhängiger von der (von den USA dominierten) NATO ist, wird ernst. Doch ihre wirtschaftliche Basis, die deutsche Exportmaschine, leidet unter der allseitigen Zolloffensive der US-Regierung, und im industriellen Kern der deutschen Wirtschaft gibt es Entlassungen. Die Umstellung auf höhere Rüstungsausgaben erfolgt somit vor dem Hintergrund neuer Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse.

Diese Offensive der Großkonzerne liegt den letzten gewerkschaftlichen Aktionstagen in der Metallbranche zugrunde, besonders im Süden. Aber die Gewerkschaftsleitung glaubt „trotz alledem“ ... immer noch an die verlogene „Sozialpartnerschaft“ der Zeit des Kalten Kriegs, die schon längst vorbei ist. Und wenn die SPD jetzt ein Paar „Linke“ in die Parteileitung gewählt hat, wegen Unmuts in der Basis über die Große Koalition mit der CDU, bildet sie immer

weiter auf Seite 17



Foto: IndustriAll

Arbeiterinnen der Auto- und Zuliefererindustrie bei dem gewerkschaftlichen Aktionstag in Stuttgart, am 22. November.

Verteidigt die Kurden! Vertreibt US/NATO-Imperialisten!

Für internationale Arbeiteraktionen um den Angriff der USA-Türkei-NATO gegen die Kurden zu zerschlagen

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus The Internationalist Nr. 57, September-Oktober 2019.

14. OKTOBER – Zwischen den kurdisch geführten syrischen Demokratischen Kräften und der Regierung von Baschar al-Assad wurde eine Vereinbarung angekündigt, wonach die syrische Armee angesichts der türkischen Invasion Grenzpositionen einnehmen soll. Dies ändert derzeit nichts an dem grundlegenden Charakter der Besetzung Nordsyriens durch die Türkei mit der Unterstützung des Weißen Hauses, die sich gegen die Kurden richtet. Wir verteidigen Syrien auch gegen den Angriff der USA und der Türkei.

Die lang erwartete türkische Invasion im Nordosten Syriens begann am 9. Oktober, zwei Tage nachdem US-Präsident Donald Trump dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan den Startschuss gegeben hatte. Das unmittelbare Ziel des Angriffs ist die kurdische YPG-Miliz (Volksverteidigungs-Einheiten) sowie die von der YPG angeführte Syrian Democratic Forces (SDF). In Wirklichkeit ist die gesamte kurdische Bevölkerung im Nordosten Syriens, etwa 2 Millionen Menschen, von Massenvertreibung und Massakern bedroht. Genau das geschah, als die türkische Armee



Foto: Delli Souleiman / AFP

Syrische Kurden in Ras al-Ain beim Protest gegen die bevorstehende türkische Invasion, am 9. Oktober.

im Januar 2018 den nordwestlichen syrischen Kanton Afrin besetzte und Zehntausende Kurden zur Flucht zwang.

Am ersten Tag der Invasion führte das türkische Militär 181 Luftangriffe gegen Zi-

ele in Syrien durch und schlug mit schwerer Artillerie auf die Grenzstädte Tel Abyad und Ras al-Ain ein. Laut Angaben der Vereinten Nationen sind rund 100.000 Menschen auf kurdischem Territorium aus ihren Häusern

geflohen. Die YPG/SDF versprach, sich dem türkischen Angriff zu widersetzen. Sie erwiderte das Feuer und sandte Raketen gegen die Polizeistation in der türkischen Stadt Akcakale. Am zweiten Tag wurden Krankenhäuser evakuiert, als türkische Kampfflugzeuge und Artillerie die kurdischen Gebiete von Kobanê im Westen bis nach Qamischli 400 km nach Osten unter Beschuss nahmen. „Die ganze Grenze brannte“, sagte ein SDF-Sprecher.

Der türkische Präsident Erdoğan droht mit dieser Besetzung seit mehreren Jahren mit dem Hinweis auf die „nationale Sicherheit“. Er bezeichnet die syrisch-kurdische PYD (Partei der Demokratischen Union) und ihre YPG-Miliz als „Terroristen“, da sie Verbindungen zur türkischen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) unterhalten, und von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten in der Allianz der imperialistischen NATO (North Atlantic Treaty Organization) als solche bezeichnet sind. Aber die wahren Terroristen sind die türkischen Regierungen, die jahrzehntlang die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei terrorisiert haben, und die US-Imperialisten, die Syrien in den letzten fünf Jahren Bombenterror ausgesetzt ha-

weiter auf Seite 9

**Kämpft für Arbeiterrevolution von der Türkei und Syrien bis Iran und Ägypten!
Für eine sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens**

Nieder mit der stalinistischen Ausgrenzung!

Für proletarische Opposition gegen den Putsch in Bolivien

Am Sonntag, den 10. November, fand in Bolivien ein Staatsstreich unter der Führung rechtsextremer Kräfte statt, der von Polizei und Militär ausgelöst wurde und den Präsidenten Evo Morales verdrängte. Die Internationalistische Gruppe (IG), deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale (LVI), hat sich den Protesten gegen diesen Putsch im Rahmen der internationalen Mobilisierung der Sektionen der LVI angeschlossen.

Der „zivil-militärisch-polizeiliche“ Putsch wurde von ultra-rechten und sogar faschistischen Elementen angestiftet, deren Führer kniend vor der Bibel fotografiert wurden, die nach dem Staatsstreich auf der bolivianischen Flagge im Parlament lag. Angeführt von der ultra-reaktionären bürgerlichen Elite der ostbolivianischen Stadt Santa Cruz, ist diese religiöse Rechte bösartig rassistisch gegenüber den indigenen Völkern, die eine große Mehrheit der Bevölkerung des Landes darstellen und die die Hauptbasis von Morales' populistischer Movimiento al Socialismo (MAS – Bewegung zum Sozialismus) bilden.

Der rassistische Charakter des Putsches wurde durch Videos unterstrichen, die Putschisten zeigten, wie sie die Wiphala verbrannten, die bunte Flagge, die die multiethnische Bevölkerung repräsentiert und die 2009 zur gleichberechtigten offiziellen Flagge der Plurinationalen Republik Bolivien erklärt wurde. Die Angriffe auf die Wiphala lösten Märsche von Tausenden von empörten Indianern aus, von El Alto bis La Paz und in Cochabamba, der Heimat von Morales. Dort wurden sie von Militärstreitkräften niedergemäht, die mindestens neun Tote und viele Verwundete zurückließen. Die „Übergangsregierung“ hat nun mit einem Dekret, das das Militär von jeglicher Verantwortung für solche Verbrechen befreit, grünes Licht für weitere Massaker gegeben.

Die Proklamation der Putschisten, die die ultra-rassistische Jeanine Áñez zur „Präsidentin“ erklärte, wird von Washington als erster Schritt zur Machtergreifung in Venezuela gefeiert. Diejenigen Kräfte (einschließlich des Chefs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Morales des Wahlbetrugs beschuldigte, und Spitzenbeamter der imperialistischen Europäischen Union, die sich bereit erklärten, zu „vermitteln“), die vorgeben, dass dies alles andere als ein Staatsstreich sei, sind in Wirklichkeit Komplizen dieser rassistischen Machtergreifung und des US-Imperialismus, der bis zum Hals in dieser Verschwörung steckt. Die LVI betonte dies mit ihrer Forderung „Yankee-Imperialismus raus aus Bolivien und Lateinamerika!“.

Am Mittwoch, dem 13. November, nahmen Mitglieder der Internationalistischen Gruppe an einem Protest der Anti-NATO-Gruppe Berlin-Brandenburg vor der bolivianischen Botschaft in Berlin teil, um sich gegen den rechtsgerichteten Putsch in Bolivien zu stellen. IG-Unterstützer forderten auf



Foto: Natasha Pisanenko / AP

Demonstrantin mit der Wiphala, die Fahne der indigenen Völker Boliviens, die von den Putschisten verbrannt wird, als Militärs den Eingang zu La Paz blockieren.

Plakaten „Bolivianische Arbeiter: Zerschlagt den Coup!“ und „Für Selbstverteidigung der Arbeiter, Bauern und Indianer gegen rassistische rechte Angriffe“ und riefen auf, dem Putsch mit einer revolutionären Arbeiterpolitik entgegenzutreten, die von allen bürgerlichen Parteien, einschließlich der MAS, unabhängig sei. Die IG forderte die bedingungslose Verteidigung von allen die sich dem Putsch widersetzen, einschließlich der Mitglieder der MAS, gegen die Angriffe der Putschisten.

Bei diesem Protest sind Mitglieder der Anti-NATO-Gruppe, die mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) verbunden sind, sofort auf die IG-Unterstützer drohend zugekommen, beschuldigten sie, Gegenprotestierer zur Unterstützung des Putsches zu sein, und versuchten, sie von der Demonstration zu entfernen. Dies war ein bewusster Schritt, Trotzlisten auszuschließen, die sich dem Putsch mit proletarisch-internationalistischer statt bürgerlich-nationalistischer Politik widersetzen. Die IG-Unterstützer wurden physisch von der Demonstration ausgeschlossen, unter verleumderischen Anschuldigungen, Rassisten zu sein, weil wir der MAS keine politische Unterstützung geben – eine besonders üble Verleumdung angesichts unserer Forderungen für Selbstverteidigung der Arbeiter, Bauern und Indianer sowie für eine Arbeiter-Bauern-Indianer Regierung.

Auf einer anschließenden Demonstration gegen den Staatsstreich in Bolivien, die am Samstag, den 16. November, vor dem Brandenburger Tor stattfand, traten Mitglieder der Anti-NATO-Gruppe und der DKP erneut an das IG-Kontingent heran, um zu sagen, dass sie zu dem öffentlich angekündigten Protest „nicht willkommen“ seien. Ein sich selbst als Organisator der Demonstration

beschreibendes Mitglied der Gruppe begann, die Mitglieder des IG-Kontingents physisch von der Demo wegzudrängen und drohte mehrmals, die Polizei zu rufen, wenn sie das Areal nicht verlassen würden.

Nach viel Schubsen und Schreien seitens der Organisatoren wurde das IG-Kontingent an die Seite des Protestes gedrängt, während wir unser revolutionäres Programm zur Niederschlagung des Putsches Zuschauern erklärten und unsere Flugblätter verteilten. Ein Mitglied der Gruppe, die die Demonstration organisierte, entriß diese Flugblätter den Händen eines IG-Unterstützers und zerriss sie. Dieser Zensurakt der Organisatoren der Demonstration, der zu einer polizeilichen Intervention einlud, setzte tatsächlich alle anwesenden Mitglieder der Linken, ganz zu schweigen von all jenen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, der bürgerlichen staatlichen Repression aus.

Diese Episode ist nur ein weiteres Beispiel für zynische Klassenkollaboration. Die Organisatoren sind angeblich gegen die NATO, aber sie scheuen sich nicht, zur Polizei der deutschen Bourgeoisie zu laufen – zu der nicht wenige echte Faschisten gehören –, um andere linke Gruppen von ihren Veranstaltungen auszuschließen. Sie rechtfertigten dies damit, dass dies nicht der Zeitpunkt für eine Kritik an der MAS sei. Aber sie forderten nicht die Einheit in der Aktion gegen den Putsch, sondern die politische Unterstützung der abgesetzten Regierung. Immer sind sie gegen eine linke Opposition zu den bürgerlichen Nationalisten. Die Art von „Einheit“, die diese Stalinisten wollen, ist eine Volksfront; das heißt, die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu binden.

Solche volksfrontlerische und populistische

Politik ist genau das, was den Weg zu Putschen eröffnet. Die Unterwerfung von Evo Morales und seinem Vizepräsidenten Álvaro García Linera unter das Diktat der OAS, auch bekannt als „Yankee Ministerium für die Kolonien“, zeigt, welche Gefahr dies für die Unterdrückten darstellt. Die Anhänger der MAS wurden von ihren Führern im Stich gelassen. Und obwohl Evo breite Unterstützung unter der indigenen Bevölkerung Boliviens genießt, hat er auch Kämpfe der Arbeiter angegriffen, so bei seiner Repression gegen die Mobilisierung von Bergarbeitern, Fabrikarbeitern und Angestellten im Gesundheits- und Bildungssektor im Jahr 2013.

In der Tat predigte Morales seit seinem Amtsantritt 2006 eine verräterische „Einheit“ mit Militär und Polizei. Bei seiner Ankunft im Exil in Mexiko betonte er, dass er der Polizei 25 Hubschrauber zur Verfügung gestellt hatte, wo sie zuvor nur einen hatte, und diese Hubschrauber schießen nun auf indianische Demonstranten. Und während Morales mit dem Internationalen Währungsfonds brach, brach er in keiner Weise mit dem Kapitalismus (García Linera rief zum „Kapitalismus der Anden“ auf).

Darüber hinaus suchte der bolivianische Präsident angesichts der Feindseligkeit des US-Imperialismus Unterstützung bei anderen Imperialisten. Insbesondere schloss er mit einem deutschen Unternehmen ACI Systems (ACISA), das von der Regierung von Angela Merkel unterstützt wurde, einen Vertrag über den Bau einer zu 51% im staatlichen Besitz befindlichen Batteriefabrik zur industriellen Nutzung von Lithium, diesem wesentlichen Metall, von dem Bolivien die größten Vorräte der Welt besitzt. Unter dem Druck der Rechten (die eine private Fabrik wollten, damit sie sich von den Lizenzgebühren ernähren könnten), kündigte Morales am Vorabend des Putsches an, dass er den Vertrag aufkündige.

Gegen die rechtsextremen Massenmörder ist eine Rückkehr zur populistischen Politik, die sie erst hervorgebracht hat, kein Ausweg. Die Liga für die Vierte Internationale steht für eine revolutionäre klassenkämpferische Politik, gegen die Klassenkollaboration der Volksfront. Der Putsch stellt eine Bedrohung für Arbeiter, Bauern und die indigenen Völker dar. Um die ultra-rechte „Übergangsregierung“ zu zerschlagen, ist es notwendig, für die sozialistische Revolution zu kämpfen, die von einer leninistisch-trozkistischen Avantgardepartei angeführt wird und sich von den halbkolonialen Ländern bis zu den imperialistischen Zentren ausweitet.

–Internationalistische Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale Berlin, 20. November 2019



Die trozkistische IG wird von Stalinisten bei Berliner Demo gegen den Putsch in Bolivien verleumdet und verdrängt, als wir gegen die Putschisten für eine revolutionäre Arbeiter-Bauern-Indianer Regierung aufrufen.



Foto: Janis Garner

Permanente Revolution

Zeitung der Internationalistischen Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale

Herausgegeben von der Liga für die Vierte Internationale, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA
Email: internationalistgroup@msn.com

Anschrift in Deutschland: Postfach 800721, 21007 Hamburg
Email: permanenterevolution@posteo.de

Erscheint bei Mundial Publications, P.O. Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA.

Presserechtlich verantwortlich: J. Norden, 10008 New York, USA

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Nr. 4

Winter 2019

Olli Weiß, 1985 – 2019

Revolutionärer Klassenkämpfer für die Unterdrückten

Die nachfolgende Erklärung der Internationalistischen Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale, wurde am 20. August, dem Jahrestag der Ermordung von Leo Trotzki, bei einer Gedenkfeier an der Statue des gefallenen sowjetischen Soldaten im Trep-tower Park, Berlin, verteilt.

Unser Genosse Oliver Weiß ist am 22. Juli gestorben. Laut dem ärztlichen Befund, war die Todesursache ein mehrfacher Herzinfarkt, als er beim Joggen kollabierte. Sein total unerwarteter Tod war ein unglaublicher Schock für seine Familie, seine Freundin, seine Genossen, Freunde und alle die ihn kannten; er erschien immer so fit und kräftig. Nur wenige Wochen vorher feierte er seinen 34. Geburtstag. Der schreckliche Tod des Genossen Olli ist ein überaus schwerer Schlag für die Internationalistische Gruppe/Deutschland, die er mitbegründet hat und der er eine Hauptstütze war, und ein unschätzbare Verlust für unsere Liga für die Vierte Internationale, zu deren internationaler Führung er zählte. Die Arbeiterklasse weltweit hat einen außerordentlich vielversprechenden kommunistischen Vorkämpfer verloren.

Olli war Organisator der Internationalistischen Gruppe und produzierte die Zeitung der IG, *Permanente Revolution*. Er hat auch maßgeblich an der Produktion der Zeitung unserer italienischen Sektion, *L'Internazionalista*, mitgewirkt und spielte eine führende Rolle bei den Aktivitäten der LVI in Europa. Genossen der amerikanischen, brasilianischen und mexikanischen Sektionen haben ihn und seine vielseitigen Begabungen kennengelernt, als er für den technischen Verlauf der ersten internationalen Konferenz der Liga für die Vierte Internationale im November 2017 verantwortlich war und über die Arbeit in Europa berichtete. Viele andere kannten ihn aus fast zwei Jahrzehnten verschiedener Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung und waren von seiner Hingabe, Geradlinigkeit und Aufrichtigkeit inspiriert.

Wir alle trauern um seinen Tod. Unsere Tränen und Rage können uns nur in der Überzeugung bestärken, mit gesteigertem Einsatz für eine wiedergeschmiedete Vierte Internationale zu kämpfen, die revolutionäre Internationale, der Olli Weiß mit ganzem Herzen sein allzu kurzes Leben widmete. Das ist die größte Ehre, die wir unserem gefallenen Genossen erweisen können.

Olli wurde in einer proletarischen Familie



Olli Weiß im Garten des Museo-Casa León Trotsky in Coyoacán, Mexiko, August 2018. Zum Programm von Trotzki gewonnen, hat Olli seine revolutionäre Gesinnung nie geändert, sondern dafür gekämpft, sie konsequent in die Tat umzusetzen.

im Arbeiterstaat DDR (die Deutsche Demokratische Republik) geboren. Die Katastrophe der „demokratischen“ kapitalistischen Konterrevolution als Kind zu erleben, gab Olli ein Verständnis der enormen Errungenschaften für Arbeiter, Frauen und Unterdrückte, die durch den Sturz des Kapitalismus und eine kollektivierte Planwirtschaft - trotz Miswirtschaft und Unterhöhnung durch die stalinistische Bürokratie - ermöglicht worden waren. Schon sehr früh suchte er nach einem politischen Programm, das die Unterdrückung und Ausbeutung des Kapitalismus auf der ganzen Welt beenden kann. Im Alter von 15 Jahren hatte Olli genug politische Erfahrung und Wissen gesammelt, um die radikalen Ansprüche der reformistischen Anarchisten- und Anti-Globalisierungs-Milieus zu durchschauen, die ihn ursprünglich angezogen hatten. Es waren die Ideen des revolutionären Trotzkiismus, die ihm von der Welt, wie er sie erlebte, ein wirkliches Verständnis gaben.

Mit der Absicht, für die bolschewistische Politik Leo Trotzki zu kämpfen, trat

Olli Anfang 2002 der Spartakist-Jugend und ein Jahr später der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) bei, die deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL). Während drei Jahrzehnten hat die IKL den echten Trotzkiismus vertreten, bis sie, nach der Konterrevolution in der DDR, der UdSSR und der übrigen osteuropäischen, deformierten Arbeiterstaaten in den Jahren 1989-1992, vom Geist des Defätismus überwältigt worden war und sie 1996 von ihrem einstmaligen revolutionären Programm Abschied nahm. Obwohl die IKL zum Zeitpunkt als Olli sich ihr anschloss nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst war, inspirierte ihn ihre ausgesprochen revolutionäre Vergangenheit, insbesondere die Intervention der damals revolutionären IKL zur Verteidigung der DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution und für proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen.

Wie Olli später schrieb, als er 2017 in die Liga für die Vierte Internationale eintrat, „Nach

fast 1,5 Jahren von Diskussionen und gemeinsamer Arbeit bin ich davon überzeugt, dass die LVI das ist, was ich dachte, dass die IKL es wäre, als ich Mitglied der Spartakist-Jugend Berlin im frühen 2002 und der SpAD in 2003 wurde.“ Zum Programm von Trotzki gewonnen, trotz Revisionen, Abweichungen und Abstoßung seitens der IKL, hat Olli seine revolutionäre Gesinnung nie geändert, sondern dafür gekämpft, sie konsequent in die Tat umzusetzen.

Innerhalb der SpAD ist Olli immer sehr aktiv an die Aufgaben herangegangen und hat sie in professioneller Weise erledigt. Im Alter von 20 Jahren hatte er die Produktion ihrer Zeitung übernommen, die er während der nächsten 12 Jahre weiter gewissenhaft fortführte. Olli wurde bald Organisator der Jugendgruppe der Berliner SpAD und ist dann in die Leitung der Ortsgruppe eingetreten. Ab 2006 wurde er ins Zentralkomitee der Organisation gewählt. Wie einer seiner ehemaligen Genossen bemerkte, „obwohl sein eigenständiges Denken der IKL intern immer ein Dorn im Auge war, führte seine Geschicklichkeit in allem, was er tat, dazu, dass die Führung es vorzog, zu versuchen, ihn zu kooptieren.“ Aber,

„Olli war einzigartig, indem er sich nicht leicht dem Druck beugte. Er hat sich Zeit gelassen, um seinen Standpunkt zu politischen Fragen zu formulieren. Er ließ sich nicht leicht überreden, und hat seine Überzeugungen aufrecht erhalten. Oft neigen wir dazu, solche Handlungen als Mut zu beschreiben. Ich glaube, dass Olli es nicht so sah. Ich glaube, er sagte einfach was er dachte, und tat was er sagte.“

Diese geradlinige Denk- und Handlungsweise hat Olli später zur Liga für die Vierte Internationale hingezogen, wo er, wie er sagte, vom Motto der brasilianischen Genossen, dass Worte und Taten in Einklang zu bringen sind, besonders imponiert war.

Olli war immer ein Aktivist im besten Sinne, der die Pseudotrotzkisten hartnäckig bekämpfte, der aber wachsam auf mögliche Widersprüche war, die erlauben würden, den wahren Inhalt ihrer Inkonsequenzen und ihres Verrats im Kampf aufzuzeigen. Dies hob ihn oft ab von der Vorliebe der IKL, mit abstrakten Kanzelpredigten die Arbeiterklasse und die Linke (und wenn diese nicht zuhörten, sich selbst) zu belehren. Er setzte sich stark für die Verteidigung von verschiedenen Linken ein, die seit Jahren von den sogenannten „Antideutschen“, Befürworter des Zionismus, angegriffen wurden, nicht selten physisch. Ollis wurde bei seiner Beerdigung auch gedacht

Foto: Permanente Revolution



Olli als er bei einer Sitzung der TVStud-Streikenden sprach. Olli plädierte dafür, Streikposten zu organisieren, um die Bibliothek der Freien Universität Berlin während des TVStud-Streiks im Januar 2018 zu schließen.



Olli (in der Mitte, vor dem Transparent) mobilisierte streikende Krankenhausmitarbeiter in Solidarität mit dem Arzt Arturo Villalobos in Oaxaca, Mexiko wegen der Folterung seines Sohns, 15. Mai 2018.

Foto: Janis Garnet

Foto: Janis Garnet



Olli hat aktiv für die Verteidigung von Eleonora Roldán Mendivil mobilisiert, die mit verleumderischer Anschuldigung des „Antisemitismus“ verfolgt ist wegen ihrer Verteidigung der Rechte der Palästinenser.

von Eleonora Roldán Mendivil, der linken Dozentin an der Freien Universität Berlin, die aufgrund verleumderischer Anschuldigungen des „Antisemitismus“ (wegen ihrer Verteidigung der Rechte der Palästinenser) aus ihrem Lehrauftrag entlassen wurde. Eine der ersten Kampagnen, die Olli nach seinem Beitritt zur LVI unternahm, war Eleonoras Verteidigung, einschließlich der Abfassung einer machtvollen Solidaritätserklärung und des Kampfes innerhalb seiner Gewerkschaft, um diese zu Klassenkampfmaßnahmen zu Eleonoras Gunsten zu bewegen.

Wie auch andere in der IKL, fühlte sich Olli öfters eingeschränkt, worauf er unter anderem mit gesteigertem persönlichen Einsatz entgegnete. Wie er in seinem Antrag auf Mitgliedschaft in der LVI schrieb: „Seit langer Zeit, verhielt ich mich kritisch gegenüber gewissen Tendenzen innerhalb der SpAD (Passivität; sofortige Kehrtwendung angesichts Kritik des Internationalen Sekretariats; bürogebundene Existenz), und im Laufe der Jahre habe ich gegen einzelne Revisionen der politischen Linie (z.B. über Führungs- oder Exekutivämter; nicht zu versuchen, Möglichkeiten in der DDR zu untersuchen vor dem Mauerfall, usw.) und falsche Positionen (z.B. die Nicht-Opposition zur Privatisierung, Outsourcing, usw.) gekämpft“. Immerhin habe er „Illusionen gehegt, dass mit einigen Korrekturen hier und da und einem Übergang von jüngeren, weniger ausgebrannten Kadern in die zentrale Leitung eine Art von Selbstreform der IKL zustande kommen könnte, dass ich bloß durchhalten, um ausgewählte Punkte, wo ich möglicherweise gewinnen könnte, kämpfen und abwarten müsste“.

So z.B. zum neuerfundenem Prinzip der IKL, es sei ein Verrat, wenn Revolutionäre für Leitungämter kandidierten, auch wenn sie die Bühne der Wahlkampagne nur dazu benutzen, kommunistische Prinzipien zu verbreiten, und sie es ablehnten, solche Exekutivpositionen im kapitalistischen Staat anzutreten, schrieb Olli unverblümt: „Ich bin nach wie vor nicht davon überzeugt, dass das bloße Kandidieren eines Revolutionärs für ein ausführendes Amt des kapitalistischen Staates immer und unter allen Umständen ein Überschreiten der Klassenlinie und somit ein Verrat am Kommunismus ist“. Er fügte hinzu: „Ich verstehe nicht, warum jetzt plötzlich alle scharf drauf sind, schnell eine neue Linie anzunehmen... Ich finde die Diskussion insofern merkwürdig, als dass sie nicht mal unsere eigenen Wahlkampagnen untersucht, z. B. New York 1985. Das wäre meiner Einschätzung nach Vorbedingung für ein Urteil, wie auch immer es ausfallen mag“. Natürlich wurde Ollis treffende Kritik pauschal abgetan.¹

Zu Recht befürchtete Olli auch, dass die zunehmend demoralisierte und zynische Führung der IKL ihre eigene Geschichte in der DDR umschrieb, um sich von der Verpflichtung zu befreien, die wahren Lehren aus dieser Intervention auf China, Kuba und die anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten anzuwenden. Während die Führung der IKL sich

¹ Siehe hierzu, „Wenn Linkskommunismus die Kinderkrankheit im Kommunismus ist, was ist dann Linkstrotzkismus?“ von Wegenstein (Olli Weiß), 19. Januar 2007.

in ihrem Büro zur Ruhe setzen wollte, um abstrakte Propaganda zu produzieren, wollte Olli, dass seine Partei wieder aufstehen würde, um den mutigen Kampf, den sie in der DDR geführt hatte, nun in allen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten nochmals zu führen.

Es war in diesem Zusammenhang, dass Olli im

November 2010 einen Antrag gestellt hatte zur Streichung der Behauptung im Hauptdokument des VI. Konferenz der IKL (2010), dass das Dokument der II. Konferenz (1992) einen Fehler begangen habe, indem dieses erklärte hatte, die deutsche Sektion sollte versucht haben, schon vor dem Mauerfall in November 1989 „geeignete Propaganda in die Hände von politischen Aktivisten in der DDR zu bringen“. Wie konnte man eine solch selbstverständliche Aussage einfach verneinen?, fragte er. Und besonders mit der (falschen) Erklärung, alle oppositionellen Gruppierungen seien von der Kirche kontrolliert, was informelle pro-sozialistische Zirkel mit bewussten Konterrevolutionären gleichsetzte? Hier traf er einen Nerv bezüglich der Intervention der IKL 1989-1990 gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und für eine proletarische politische Revolution in der DDR.

Diese erstmalige Intervention einer trotzkistischen Internationale gegen konterrevolutionäre, vom Imperialismus geführte Kräfte in einem schwankenden deformierten Arbeiterstaat war eine der hervorragendsten Leistungen der IKL – auch wenn, aufgrund des Kräfteverhältnisses, am Ende die Arbeiterklasse weltweit eine schwerwiegende Niederlage erlitt. Die IKL konnte diese Intervention machen, weil sie damals immer noch auf dem Boden des revolutionären Trotzkismus stand. Sie war ausgerüstet mit Trotzkis Analyse der stalinistischen Bürokratie als eine widersprüchliche, kleinbürgerliche Schicht, die auf der Basis der proletarischen Herrschaft ruhte. Im Nachhinein, vom Defätismus der bürgerlichen These vom „Tod des Kommunismus“ ergriffen, hat die IKL dieses Fundament des Trotzkismus aufgegeben. Stattdessen hat sie sich den Irrglauben zu eigen gemacht, dass die zerbrechliche stalinistische Kaste, und nicht die mächtige imperialistische Bourgeoisie, die Konterrevolution geführt habe.

Diese antimarxistische Behauptung diente als „theoretische“ Begründung für die Säuberung der IKL-Kader, die später die LVI gründeten, und trotz vielen Hin und Hers und fauler Kompromisse, um sie zu vertuschen, bleibt sie unangetastet in der Prinzipienklärung der IKL. Wie Olli betonte, auf dieser Grundlage könnten diese ehemaligen Trotzkisten nie eine erfolgreiche Intervention gegen eine keimende Konterrevolution, oder in eine einsetzende politische Revolution, in den verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten (China, Cuba, usw.) unternehmen. Aber in der Tat, die abseits stehende IKL, die sich vom Klassenkampf längst entfernt hat, will so etwas ja gar nicht mehr machen, so tief sind sie in ihren bequemen Lehnstühlen versunken. Olli verlor diesen Kampf in der IKL, aber in der LVI fand er die Partei, die sowohl sein Verständnis des trotzkistischen Programms für die deformierten Arbeiterstaaten als auch den Mut zu seiner Durchführung teilt.



Olli hat sich Lenins Mahnung, dass der professionelle Revolutionär der Verfechter aller Unterdrückten sein muss, zu eigen gemacht. Oben links: gegen die Vertuschung des Mordes am afrikanischen Immigranten Oury Jalloh in einer Polizeizelle. Rechts: für die Freilassung des katalanischen Präsidenten Carles Puigdemont.

Ollis letzter Kampf in der IKL galt der Flüchtlings- und Immigrantfrage in den Jahren 2015-2016. Wie er später schrieb, „die sture Ablehnung [der IKL], sich der Dublin III Schnellwegdeportationsverordnung zu widersetzen, und ihre Opposition zur Forderung von Asyl für Syrer ... haben mir klar gemacht, dass ich solches niemals öffentlich vertreten könnte, auch wenn ich sie intern bekämpfte. Ich wollte nichts mit einem sozial-chauvinistischen Standpunkt gegenüber Flüchtlingen zu tun haben“. Dies habe ihn „zu dem Schluss gebracht, dass die IKL für die Revolution verloren sei“.²

Es war die „scharfe und wohl überlegte Erklärung der 'Besser-spät-als-niemals Fraktion'“, die ihren sofortigen Ausschluss als Folge hatte, und die machtvolle Erklärung der italienischen Genossen, die ihm geholfen haben, „die Punkte zu verbinden“ und zu verstehen, „was mit der IKL schief gegangen ist“. Nach dem Studium der Gründungsdokumente der Liga für die Vierte Internationale hat Olli in seinem Antrag auf Mitgliedschaft in der LVI geschrieben: „Mir ist klar geworden, dass bereits lange vor meinem Eintritt in die IKL diese aufgehört hatte, eine revolutionäre Organisation zu sein, und dass die LVI heute das weiterführt, wofür der Spartakismus früher stand“.

Nach der Gründung der Internationalistischen Gruppe im August 2017 war Ollis

² Siehe zu diesem Thema, „Die Flüchtlingskrise und kapitalistische Barbarei“, *Permanente Revolution* Nr. 1



Die erste Nummer von *Permanente Revolution*, seit August 2017 Zeitung der Internationalistischen Gruppe, bestätigte Ollis Kampf in der IKL für die Flüchtlings- und Immigrantrechte.



Fotos: (links) Permanente Revolution; (rechts) Janis Garnet

Haupttätigkeit – neben der Organisation der ganzen Aktivitäten der IG! – die Herstellung der Zeitung. Er sprach sich dafür aus, den Namen *Permanente Revolution* zu wählen, in Aneignung des Titels der Zeitung der deutschen Trotzkisten in den frühen 30er Jahren, die die einschneidenden Analysen und Aufrufe des bolschewistischen Führers druckte, für eine Einheitsfront der Arbeiterorganisationen, um die Faschisten zu bekämpfen. Ollis sehr sorgfältige Arbeit ist in den sehr professionell aussehenden Ausgaben der deutschen und italienischen Publikationen der LVI veranschaulicht. Er war fest überzeugt, dass eine schlampig aussehende, unschöne Zeitung, Flugblatt, Plakat oder Transparent im Grunde genommen eine Verachtung der Leser und Leserinnen widerspiegelt. Dazu untergrabe es unseren Anspruch, die kapitalistische Gesellschaft umzustürzen und eine neue, gerechte sozialistische Gesellschaft zu gestalten.

Olli war der Schlüssel, um streikenden Studenten und Arbeitern an der Freien Universität Berlin, in der er seine Bachelor- und Masterstudiengänge absolvierte, eine Klassenkampfperspektive zu vermitteln, zum Beispiel in den Kämpfen der studentischen Hilfskräfte an der FU, die Hungerlöhne bekommen in Bezahlung für ihre Arbeit, die für das Funktionieren und Aufrechterhalten der Bibliotheken und Büros unerlässlich ist. Immer warnte er in Sitzungen davor, dem kapitalistischen SPD/Linke/Grünen Berliner Senat irgendwelches Vertrauen zu schenken. „Die Sozialdemokraten von SPD und Linkspartei (von den bürgerlichen Grünen ganz zu schweigen) sind nicht nur kein kleineres Übel im Vergleich zu CDU und FDP – tatsächlich sind sie viel effektiver darin, Sozialkassenschlag durchzusetzen“, schrieb er in einem Flugblatt (April 2018). Er kritisierte die „Stop-and-Go“-Strategie der Gewerkschaftsbürokratie mit ihren endlosen unwirksamen Warnstreiks und hat sich energisch eingesetzt für die Organisation von Streikposten, um die Bibliothek dichtzumachen während des TVStud-Streiks im Januar 2018.³

Olli hat sich Lenins Mahnung in *Was tun?* zu eigen gemacht, wonach es nicht das Ziel des professionellen Revolutionärs ist, ein Gewerkschaftssekretär zu sein, sondern ein Volkstribun, der alle Fälle von Unterdrückung, kapitalistischer Ausbeutung und Polizeiwillkür anprangert. Er schrieb Artikel über den Flüchtling Oury Jalloh, in einer Polizeizelle in Dessau tödlich verbrannt im Jahr 2005, und über die Notwendigkeit, die Macht der Arbeiterklasse für Flüchtlingsrechte zu mobilisieren und Abschiebungen zu verhindern, die im „Streikkurier“ der TV-Stud erschienen. Nach dem brutalen Angriff auf den Sohn unseres Genossen Dr. Arturo Villalobos in Oaxaca, Mexiko im Mai 2018,

³ Siehe „Sieg dem TVStud-Streik“, *Permanente Revolution* Nr. 2, Sommer 2018.



Olli beim Interview während der Demo zur Verteidigung der Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete, 6. Juli 2019.

hatte Olli innerhalb weniger Tage die Unterstützung von streikenden Studenten und Krankenhausmitarbeitern in Berlin für die internationale Protestkampagne erworben. Die Fotos ihrer Solidaritäts-Aktion wurden sofort nach Mexiko geschickt, wo sie bekräftigten, dass die angegriffenen Genossen nicht alleine sind.

Als Zeichen seines tief verwurzelten Leninismus waren Ollis letzte öffentlichen Aktionen im Juli die Teilnahme an Demos zur Verteidigung zweier Berliner Ärztinnen, die nach dem Paragraphen 219a des StGB für ihre Bereitschaft zur Durchführung von Abtreibungen bestraft wurden, und eine Kundgebung zur Verteidigung der Kapitänin Carola Rackete, die wegen ihrer Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer verhaftet wurde. Olli hatte auch im Juni mit anderen Genossen gegen die Schließung des Wombat's-Hotels in Berlin demonstriert, um die Arbeiter zu unterstützen gegen die Zerstörung ihrer Gewerkschaft. Während opportunistische Linke – wie die Rechts-Zentristen der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) – wie üblich an den „linken“ Berliner Senat appellierten, hat die Internationalistische Gruppe sich an die Berliner Arbeiterklasse gerichtet, mit der Forderung, den Betrieb zu besetzen.

Olli Weiß war, was alle Leninisten anstreben, ein professioneller Revolutionär. Dazu gehört die Gabe, alle wesentlichen Punkte in knapp drei Minuten zusammenzufassen, die Redezeit die wir normalerweise bei Protesten und Versammlungen zugestanden bekommen, wenn wir nicht einfach zum Schweigen gebracht werden. Als er im Dezember 2018

eine kurze Rede bei einer von RIO organisierten Demo zur Verteidigung der Gelben Westen in Frankreich halten konnte, hat Olli klipp und klar die Verteidigung der Bewegung gegen die polizeiliche Unterdrückung, ihre Polarisierung entlang der Klassenlinie durch die notwendige proletarische revolutionäre Führung, die Verteidigung von Einwanderern und Flüchtlingen durch die Arbeiterklasse und den Zugang zur Hochschulbildung gefordert. Anschließend hat er, zum Missfallen der Veranstalter, die „demokratische“ Bastelei an der französischen

Verfassung, die von den französischen Mitdenkern von RIO und sonstigen Opportunisten als Forderung erhoben wurde, als Ablenkung von der proletarischen Revolution enthüllt.⁴

Wie dieses Beispiel zeigt, war Ollis Aktivismus, genau wie seine Aufmerksamkeit für das Detail bei der Herstellung von Propaganda, eng mit seiner Hingabe zu programmatischer Klarheit und Bereitschaft zur politischen Debatte verbunden. Er war über die angeblich revolutionären Organisationen immer sehr gut informiert. Bei der diesjährigen Fête von Lutte Ouvrière in Frankreich, Anfang Juni, hat er zusammen mit jungen Genossen polemisch mit Mitgliedern verschiedener Strömungen diskutiert. Er verteidigte leninistische und trotzkistische Positionen mit angemessener Härte, aber ohne jemals die politische Linie der Opponenten dabei zu verdrehen, wie die IKL das öfters tut, um einen billigen Punkt zu machen. Er wusste aus eigener Erfahrung, dass gute Militante auch in opportunistischen und verfaulten Organisationen aufzufinden sind und dass man sie nur mit ehrlicher Polemik gewinnen kann.

Alle, die Olli in seiner politischen Tätigkeit kannten, haben zumindest drei Sachen bemerkt. Zuerst die unglaubliche Vielfalt seiner Talente. Er schrieb, hielt Reden, hat die Zeitung und Flugblätter verfertigt, gedruckt und dann verteilt, organisierte Demos, malte Transparente, sorgte für die technische Inszenierung internationaler Konferenzen (sowohl für die IKL als auch für die LVI!), und mehr noch. Ein langjähriger Genosse meinte,

⁴ Siehe, „Stoppt brutale Repression gegen 'Gelbwesten' in Frankreich!“ *Permanente Revolution* Nr. 3, Frühjahr 2019.

er war „ein großer Organisator und Denker“. Ein junger Kontakt, der viel von ihm gelernt hat, bemerkte trauernd, „für mich war er ein Titan“. Später fügte er hinzu, „Olli war ein Phänomen“. So war er.

Zweitens war sein großer Enthusiasmus geradezu ansteckend, besonders wenn er überzeugt war, für die richtige Sache zu kämpfen. Wir alle in der Liga für die Vierte Internationale haben wahrgenommen, wie er sich in alle Aufgaben hineingeworfen hat. Ein ehemaliger Genosse der mit Olli innerhalb der IKL Auseinandersetzungen hatte (und ehrlich zugeb, ihn manchmal bürokratisch behandelt zu haben) meinte: „Ich glaube Olli muss sich erleichtert gefühlt haben, als er der IKL den Rücken kehrte und kurz danach sich der LVI angliederte. Es musste für ihn befreiend gewesen sein, ein Kollektiv von Genossen zu finden, mit dem er seine starken politischen Überzeugungen und sein Handeln zusammen ausrichten konnte“. Seine Freundin meinte, „Ich freue mich, dass er euch in seinem Leben gefunden hat“.

Und drittens stimmen alle überein, er war immer anständig, geradlinig, ohne Zynismus und ausweichende Manöver, „brutal ehrlich, mit anderen und mit sich selbst“. Wie ein Genosse bemerkte, „er versuchte immer zu überzeugen, immer ehrlich, niemals manipulativ“.

Der Tod von Olli erinnert uns an das tragische Schicksal von noch einem jungen Genossen, Fernando López in New York, ein eingewanderter Arbeiter, Gewerkschafter und Kommunist, der in den Tod stürzte als ihm die Abschiebung drohte.⁵ In beiden Fällen haben wir äußerst wertvolle Anführer verloren, die schon so viel beigetragen hatten, und noch so viel mehr für die Revolution hätten beitragen können.

Bei einem Treffen von einem Dutzend Unterstützer und Freunde der Internationalistischen Gruppe am 28. Juli, um über den Tod von Olli zu berichten und an ihn zu erinnern, wurden Briefe vom Nucleo Internazionalista d'Italia und Trabajadores Internacionales Clasistas (Klassenkämpferische Inter-

⁵ Siehe „Fernando López, 1973-1999: Comrade, Internationalist, Revolutionary,“ *The Internationalist* Nr. 7, April-Mai 1999.



Olli Weiß, 1985 - 2019, revolutionärer Klassenkämpfer für die Unterdrückten

nationale Arbeiter) in den USA vorgelesen. Es wurden die bekannten Worte von Bertolt Brecht zitiert:

„Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.“

Olli Weiß war einer der Unentbehrlichen, und Unersetzlichen. Er hat sein ganzes Leben dem Kampf für den Kommunismus gewidmet. Kein einziger von uns kann all das tun, was er machte, wir müssen unsere Kräfte dazu vereinen und gemeinsam handeln. Olli war bekannt für seinen schnellen Witz, seinen einnehmenden und effektiven Argumentationsstil und seine unerschütterliche Beharrlichkeit, die Wahrheit in kleinen und großen Dingen zu vertreten. Die Auswirkungen seiner schneidenden Interventionen, geduldigen Erklärungen und Vorführung revolutionärer Politik in Aktion werden weit über seinen Tod hinaus anhalten, da diejenigen, die von seiner ansteckenden Begeisterung für revolutionäre Politik inspiriert sind, seinen Kampf weiterhin fortsetzen werden.

Im Spanischen wird des Öfteren zum Tod eines *compañero* gesagt, der Gestorbene sei *¡presente!* Die harte Wahrheit ist, dass der Genosse Olli nicht weiter unter uns weilt. Dennoch, seine Ideale, sein Einsatz für die Unterdrückten und Ausgebeuteten, seine revolutionären Überzeugungen, sein trotzkistisches und leninistisches Programm, sind lebendig wie noch nie und dienen uns allen als Inspiration im Kampf für die Befreiung der Menschheit.

Alle Ehre Olli Weiß! Es lebe die Vierte Internationale!



Die Internationalistische Gruppe bei der Luxemburg-Liebkecht Demo, am 13. Januar 2019, fordert zum Arbeiter/Immigrantenkampf gegen die Faschisten auf. Winter 2019



Teilnehmer bei der Gedenkfeier für Olli Weiß im Treptower Park, am 20. August, stimmen *Die Internationale* an, das Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung.

#Unteilbar-Demo in Dresden, Landtagswahlen im Osten Statt Volksfront gegen „Rechtsruck“ Mobilisiert die Arbeitermacht auf die Straße!



Foto: Sebastian Kahmert / dpa

Zehntausende bei der Großkundgebung der #unteilbar-Volksfront in Dresden, am Ende der Demonstration auf der Cockerwiese, am 24. August.

Die Landtagswahlen am 1. September in Brandenburg und Sachsen und Ende Oktober in Thüringen haben große Besorgnis bei Linksliberalen, Sozialdemokraten und reformistischen Sozialisten aller Art erregt. Die Ergebnisse wurden mit einem Seufzer der Erleichterung in den bürgerlichen Medien wahrgenommen. Die führenden Regierungsparteien – die CDU in Sachsen, SPD in Brandenburg, Linkspartei in Thüringen – werden im Amt bleiben, trotz erheblicher Stimmenverluste, obwohl die Koalitionsverhandlungen kompliziert werden. Die faschistoide Alternative für Deutschland (AfD), trotz heftigen Zuwachses ihrer Wählerschaft in alle drei Ländern (von knapp 10 Prozent bei den Landtagswahlen 2014 bis auf 27 Prozent in Sachsen), ist nicht, wie befürchtet, die größte Partei im Osten geworden.

Hingegen hat die Linkspartei kolossale Stimmeneinbuße erlitten, die ihre eigenen Sprecher als ein „Desaster“ bezeichneten. Von 18 Prozent 2014 ist Die Linke in Sachsen auf 10 Prozent gefallen. In einigen Gebieten ist ihre Wählerschaft geradezu zusammengebrochen, wie im Lausitzer Braunkohlenrevier, wo ihr Wahlanteil von 18 Prozent auf verschwindend kleine 6 Prozent sank.

Das vorhersehbare Resultat der Wahlen wird eine Verschärfung von Angriffen der Regierungen gegen Immigranten und Bürgerrechte sein, sowie weitere Kahlschläge bei Sozialplänen und ein „Rechtsruck“ der Linke, sowohl auf gesellschaftlicher Ebene, wie bei den beiden reformistischen sozialdemokratischen Parteien. Dagegen ist es unbedingt notwendig, die Radikalisierung der bürgerlichen Politik mit einer Offensive des proletarischen Klassenkampfes zu beantworten.

31. AUGUST – Die Landtagswahlen am 1. September in Brandenburg und Sachsen, und Ende Oktober in Thüringen, haben große Besorgnis bei Linksliberalen, Sozialdemokraten und reformistischen Sozialisten aller Art erregt. Die Befürchtung: dass die Alternative für Deutschland (AfD) die größte Partei in Sachsen werden könnte, und auf jeden Fall

Immigranten verteidigen, Faschisten stoppen!

einen erheblichen Stimmenzuwachs im Osten für sich verbuchen würde. Aber das Kalkül bezieht sich auf die parlamentarische Ebene, während Eingewanderte und Flüchtlinge, Arbeiter und Linke mit der Gefahr der braunen Pest direkt auf der Straße konfrontiert sind und sie diese dort besiegen müssen.

Einen Wahlerfolg der AfD zu verhindern war das Hauptziel der #unteilbar-Demo in Dresden am 24. August. Zehntausende sind auf die Straße gekommen, viele mit selbstgemalten Plakaten gegen Fremdenhaß, Ausgrenzung und Nationalismus. Die Veranstalter berichteten von 40.000 Teilnehmern, angereist mit Bussen aus ganz Deutschland und einem Sonderzug aus Berlin. Die stundenlange Großkundgebung hat die Dresdener Cockerwiese am Ende gut gefüllt. Aber ihre politische „Breite“ bedeutete eine Volksfront-Politik, die die Zielscheiben des rechten Terrors an Teile der Bourgeoisie festkettet – die Ausbeuterklasse, die die Faschisten nährt und für den Notfall in Reserve hält – anstatt die Unterdrückten unter Führung der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Nazis zu zerschlagen.

An der grausamen Wirklichkeit der faschistischen Gefahr ist nicht zu zweifeln, noch ist diese zu unterschätzen. Die Schergen der Nazi-Schlägertrupps sind bis in die Tausende gewachsen. Die massenhaften rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz Ende August letzten Jahres, die zu rassistischen, pogromartigen Angriffen von Faschisten auf Immigranten, einschließlich auf ein jüdisches Restaurant führten, waren kein isoliertes Ereignis. Nach einem Jahr der Verharmlosung ist es jetzt durch die letzten Enthüllungen der brandenburgischen Behörden amtlich bestätigt worden, dass die rassistischen Hetzer selbst von der Organisation

einer Menschenjagd sprachen. Die Vernetzung der „Sicherheits“dienste mit den Nazis wurde dabei aber natürlich nicht erwähnt.

Inzwischen sind die faschistischen Gewalttaten eskaliert. Anfang Juni wurde der CDU-Politiker Walter Lübcke, Stadtregierungschef in Kassel, von einem Nazi ermordet, offensichtlich aufgrund seines Rufes als Flüchtlingsunterstützer innerhalb der Union. Der Täter ist schon seit 25 Jahren im Visier der Polizei, war aktiv mit der NPD in Hessen und mit dem westdeutschen Combat 18 (18 ist die Zahlenschiffre für die Initialen Adolf Hitlers) verwickelt, und hatte eine lange Geschichte von nazistischer Kriminalität, einschließlich eines Rohrbombenangriffs auf eine Aufnahmeabteilung für Asylsuchende und mutmaßlicher Beteiligung an dem Überfall „Autonomer Nationalisten“ am 1. Mai 2009 auf eine Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Dortmund. Solche Schläger finden eine breitere Unterstützung, z.B. von Fußball-Fanblöcken wie dem von Dynamo-Dresden, der gegnerische Vereine regelmäßig mit massiven Schreien von „Jude, Jude, Jude“ beschimpft.

Jedoch, obwohl die Dresdner #unteilbar-Demo fast genau am Jahrestag der Chemnitzer Ausschreitungen gegen „Ausländer“ stattfand, wurden diese im Aufruf zur Kundgebung nicht erwähnt; verschwiegen wurde die Nazi-Gefahr, die nur indirekt als „jegliche Form von Diskriminierung und Hetze“ erschien; noch gab es irgendeinen Hinweis auf die dringende Notwendigkeit, Immigranten und Flüchtlinge zu verteidigen, nur allgemeine Appelle für „Solidarität statt Ausgrenzung“ und Sonntagsreden wie „lassen wir nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden.“ Solche frommen Wünsche sind

die Alltagsrede der Volksfront, die scharfen Klassenkampf und revolutionäre Aktion um jeden Preis vermeiden will.

Eine Aussage wie: „Geht wählen“ (und wählt nicht AfD) – war letztlich die Hauptaussage, auf die man die Demo hätte zusammenfassen können. Es liefen die Grünen, die SPD und Die Linke in der Demo mit Blöcken mit. Anscheinend hätten die Veranstalter eine Präsenz der CDU begrüßt – zumindest war sie nicht ausgeladen worden. Aber die CDU hatte eine Teilnahme explizit abgelehnt, wegen der Anwesenheit der Antifa. Manche vom #unteilbar-Bündnis wollten keine CDU dort laufen sehen und auch nicht den rechten Flügel der SPD. Aber mit dabei war der SPD Bundesfinanzminister Olaf Scholz, ein Vorantreiber von Schröders Sozialkahlschlägs-„Agenda 2010“ und Hamburger Bürgermeister zur Zeit des G20-Gipfels 2017, der nach der Polizeiorgie damals von sich gab: „Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise.“ Seine Teilnahme war aber nicht unumstritten.

Viele Teilnehmer aus Sachsen haben die Demo als eine Ermutigung gesehen, um zu zeigen, dass sie nicht alleine sind. Aber im Wesentlichen war es eine Wahlveranstaltung für Parteien, die dem kapitalistischen Staat verpflichtet sind, und hat keineswegs einen Kampf gegen die Faschisten ansage. Im Prinzip ist #unteilbar die jämmerliche Reaktion der gesamten Linken auf ihren gescheiterten Reformismus. Trotzdem, angesichts der Perspektivlosigkeit der pseudo-revolutionären Linken nehmen viele junge links-orientierte Aktive an solchen Demos teil, sei es aus Verzweiflung oder weil sie auf der Suche nach Perspektiven sind. Deshalb war es wichtig, dass die IG über 200 Stück der jüngsten Ausgabe unserer Zeitung, *Permanente Revolution*, an die einheimischen und angereisten Teilnehmer aus ganz Deutschland verkaufte, die auf der ersten Seite eine revolutionäre Perspektive bot mit der Überschrift: „Mobilisiert weiter auf Seite 7“

Mobilisiert die Macht der Arbeiter, um den faschistischen/antisemitischen Terror zu stoppen! Halle war versuchter faschistischer Massenmord

Die Ziele: Juden, Muslime, Linke und Frauen

13. OKTOBER – Am 9. Oktober versammelten sich Dutzende von Menschen in einer Synagoge in Halle (Sachsen-Anhalt), um den jüdischen Feiertag Jom Kippur zu feiern, und entgingen knapp einem Massaker durch einen antisemitischen Angriff eines faschistischen Amokschützen. Aufgrund gepanzerter Türen konnte er nicht in die Synagoge eindringen, und seine selbsthergestellten Waffen erwiesen sich als unzuverlässig. Aber er schaffte es, eine Frau, die zufällig vorbeikam, totzuschießen, und ging dann zu einem Döner-Imbiss, wo er einen männlichen Kunden erschoss. Zuvor hatte er vergeblich versucht, den Laden in die Luft zu sprengen. Nachdem er auf seiner Flucht zwei weitere Menschen verletzt hatte, wurde er schließlich verhaftet.

Dies war die jüngste in einer Reihe von Gräueltaten, die weltweit eine blutige Spur hinterlassen haben und die alle dem gleichen Muster folgten: im August der willkürliche Terroranschlag auf Latinos in El Paso, Texas, im März die Schüsse auf die Moschee von Christchurch in Neuseeland, im Oktober 2018 die Morde an der Tree of Life Synagoge in Pittsburgh, Pennsylvania. Letztlich gehen sie alle mindestens bis auf das Massaker in Norwegen im Juli 2011 zurück. Der Angriff von Halle wurde live übertragen. Jedes Mal haben die Täter Manifeste oder Erklärungen abgegeben, die ihre abscheulichen Handlungen motivierten.

In diesem Fall schwor der Möchtegern-Massenmörder, „so viele Anti-Weiße wie möglich zu töten, vorzugsweise Juden“. Laut seinem Manifest hatte er ursprünglich erwogen, eine Moschee oder einen „Antifa“-Treffpunkt ins Visier zu nehmen, entschied aber schließlich, dass der Anschlag auf eine Synagoge zu Jom Kippur ein Maximum an potenziellen Opfern bringen würde. Er beschuldigte nicht nur „die Juden“ für die Masseneinwanderung (von Muslimen), sondern auch für den „Feminismus“, den er wiederum beschuldigte, die (weiße) Geburtenrate zu verringern.

Obwohl die Polizei schnell erklärte, dass der Mörder allein gehandelt habe, wurde der Fall rasch an den Generalbundesanwalt weitergeleitet, da die Morde „staatsgefährdend“ seien. Die Polizei von Sachsen-Anhalt schien vor allem daran interessiert zu sein, ihre Abwesenheit von der Synagoge zu rechtfertigen. Sie war abwesend gewesen, obwohl die jüdische Gemeinde deren Anwesenheit während der Festtage beantragt hatte.

Seit den Morden haben die Medien den Angriff ausschließlich als „antisemitisch“ bezeichnet, was er sicherlich war, während sie aber die umfangreiche Feindesliste des Mörders ignoriert haben. Keines der beiden Opfer war jüdisch; es waren Menschen, die zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort sich befanden. Der Mörder kündigte seinen Angriff auf den Döner-Imbiss mit einer einwanderungsfeindlichen Verunglimpfung an. So wie die erste getötete Person Opfer des antisemitischen Terrors war, so war die zweite Opfer des immigrantenfeindlichen Rassismus des Allround-Faschisten.

Unter dem Vorwand, sich dem Antisemitismus zu widersetzen, kündigte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Haseloff, an, dass er den israelischen Botschafter konsultieren werde, da die Israelis „Erfahrungen mit



Internationalistische Gruppe bei #unteilbar-Kundgebung in Berlin, 13. Oktober.

radikalisierten einzelnen Tätern“ hätten. Dies findet vor dem Hintergrund statt, dass die israelische Boykottbewegung „BDS“ im Mai von der Bundestagsmehrheit als antisemitisch deklariert wurde – eine Einladung zu einer weiteren Hexenjagd, bei der Antizionismus und Antisemitismus gleichgesetzt werden.

Heutzutage wird in Deutschland jede Kritik an der kriminellen Unterdrückung der Palästinenser durch den zionistischen Staat als „Judenhass“ bezeichnet, wobei der rechtsgerichtete israelische Ministerpräsident Netanyahu und seine Botschafter als Schiedsrichter dafür fungieren, wer und was „antisemitisch“ ist. Dies erreichte im vergangenen Juni den Punkt, dass der Direktor des Jüdischen Museums Berlin vom israelischen Botschafter angeprangert und zum Rücktritt gezwungen wurde, weil er einen Artikel über eine von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern unterzeichnete Petition getwittert hatte, die gegen den Hexenjagdantrag des Parlaments gegen die BDS gerichtet war.

Das rassistische Geschwätz über eine vermeintliche „Auswechslung“ der Europäer durch nicht-weiße Einwanderer, für den „die Juden“ (insbesondere George Soros) verantwortlich gemacht werden, hat sich längst in „respektable“ konservative Kreise ausgebreitet. Und der Aufschwung der wirklich antisemitischen Vorfälle auf den Straßen sowie die Aktionen „einsamer Wölfe“ werden von rassistischer Propaganda, einschließlich der den Faschisten und den Konservativen gemeinsamen Tropen beflügelt, welche von Teilen der „Mainstream“-Medien propagiert werden.

Die Wahlerfolge der faschistoiden Alternative für Deutschland (AfD) bieten politischen Schutz für ausgewachsene immigrantenfeindliche Pogrome wie das im vergangenen Jahr in Chemnitz, zu dem auch ein Angriff auf ein jüdisches Restaurant gehörte. Diesmal ist Deutschland nur knapp einem Gemetzel entgangen, das mehr Opfer hätte fordern können als der faschistische Bombenanschlag in München 1980, während der faschistische Terror mit der Ermordung des christdemokratischen Politikers Walter Lübcke eine neue Qualität angenommen hat.

Die Morde in Halle wurden natürlich von Bundesinnenminister Martin Seehofer genutzt, um wieder einmal mehr Polizei und mehr Milliarden zu fordern, um diese Poli-

zisten zu bezahlen und auszurüsten. Aber angesichts der anhaltenden Skandale über faschistische Nester in Armee und Polizei (NSU 2.0) und der endlosen Beispiele für absichtliche Blindheit, die der Staat an den Tag legt gegenüber faschistischen Aktivitäten, ist es selbstmörderisch, denselben bürgerlichen Staat zum Schutz vor den Faschisten aufzurufen. Doch die reformistische Linke sieht keine anderen Mittel, als vergeblich „Staat, greif zu!“ zu rufen, so wie es die Sozialdemokraten bis 1933 taten.

Der Aufschwung reaktionärer, einwanderungsfeindlicher „populistischer“, gewalttätiger rassistischer und geradezu faschistischer Bewegungen und Angriffe ist ein internationales Phänomen. Es ist ein Nebenprodukt der andauernden kapitalistischen Wirtschaftskrise, der Depression, die 2007-08 begann und deren Auswirkungen bis heute anhalten, darunter Massenarbeitslosigkeit, stagnierende und sinkende Löhne sowie die Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen und Sozialprogramme. Während ihre industrielle Exporttätigkeit einknickt, ist die deutsche Bourgeoisie entschlossen, die Arbeiterklasse die Last der Krise tragen zu lassen.

Dresden: Statt Volksfront gegen Rechts...

fortgesetzt von Seite 6

Arbeitermacht, um Immigranten zu verteidigen und die Faschisten zu stoppen!“

Bei den verschiedenen Blöcken waren, außer Anhängern der SPD und der Linkspartei, hauptsächlich Initiativen wie die bundesweite Aufstehen gegen Rassismus und die ostdeutsche #WannWennNichtJetzt. Die parteilose „radikale Linke“ wurde in der *Jungen Welt* (26. August) zitiert: „Es sei nicht die ‚Zeit für Maximalforderungen‘, sondern es gelte, ‚breite Bündnisse zu schmieden‘, schreibt etwa die Gruppe ‚Prisma – Interventionistische Linke Leipzig‘“. Auf der Demo riefen diese Leute Sprechchöre wie „Nationalismus – raus aus den Köpfen!“ Diese idealistische Losung ist um 180 Grad entgegengesetzt zu einem materialistischen Verständnis der Ursprünge des Hasses gegen Immigranten, welcher die Unterdrückung der Immigranten ideologisch widerspiegelt, während der Faschismus die Verzweiflung von kleinbürgerlichen Elementen vor ihrem Niedergang im zerfallenden Kapitalismus ausdrückt.

Zynisch wird die Hysterie über „Verbrechen“ angeheizt, um die Stärkung des Repressionsapparats zu rechtfertigen. Daher die Konvergenz der bürgerlichen „Parteien der Mitte“ mit dem Programm der AfD.

Die massive Befestigung jeder Synagoge in Deutschland – und übrigens jeder Moschee – ist kaum eine dauerhafte Lösung. Die Faschisten müssen besiegt werden. Dies ist ein politischer Kampf, der mit der Erkenntnis beginnt, dass ein Angriff auf einen ein Angriff auf alle ist – ob Jude oder Muslim. Die Demonstration #unteilbar am 13. Oktober in Berlin gegen den antisemitischen Angriff in Halle rief auf „KeinFussbreit! Antisemitismus und Rassismus töten“. Was bedeutet das genau? Solche „gemeinsamen Ausdrucks“ von „Trauer, Wut und Anteilnahme“ werden die Faschisten nicht aufhalten.

Sie werden auch nicht dadurch aufgehalten, dass die Faschisten als bloß „Rechte“ abgestempelt werden, als ein weiteres Beispiel vom „Rechtsruck“, wie es die opportunistische Linke tut, indem sie versucht, mit Sozialdemokraten und bürgerlichen Liberalen eine Volksfront zu bilden. Angesichts der Notwendigkeit der Solidarität unter allen Angriffszielen der rassistischen Reaktion hätte es am vergangenen 22. September in Berlin eine massive Gegenmobilisierung der Arbeiterklasse gegen die „Recht-auf-Leben“-Bande geben müssen, ebenso wie es sie geben sollte gegen die faschistischen Provokationen, die für den 9. November, den Jahrestag der antijüdischen Reichspogromnacht von 1938, angekündigt worden sind.

Die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland wird zunehmend geschwächt, aber ihre Macht bleibt intakt. Die Hauptsache ist die Führung. Wir brauchen eine massenhafte Mobilisierung der Arbeitermacht, um die Faschisten, ihre uniformierten Beschützer und ihre kapitalistischen Hintermänner zu bezwingen, als Teil eines Kampfes für den Aufbau einer Arbeiterpartei, die für die internationale sozialistische Revolution kämpft, um die blutige Herrschaft des Kapitals zu stürzen und ihre Machthaber hinweg zu fegen. ■

Die Faschisten werden von Teilen der Kapitalistenklasse geschützt, finanziert, unterstützt, bereit gehalten und benutzt, letztendlich um die kapitalistische Herrschaft in einer potentiell revolutionären Krise gegen einen Arbeiteraufstand zu sichern und die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen bzw. gleichzuschalten. Das Konzept der opportunistischen Linken und ihrer „breiten (und immer breiteren) Bündnisse“ der Volksfront über alle Klassengrenzen hinweg, negiert diese historisch teuer bezahlte Erkenntnis und entwaffnet die Arbeiterklasse angesichts der erneut drohenden Gefahr.

An organisierten Linken waren ansonsten vertreten mit jeweils einer Handvoll Leuten: ArbeiterInnenmacht, SAV (Sozialistische Alternative Voran), MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) und einzelne Mitglieder anderer Gruppen. Unter „Einheitsfront gegen rechts“ verkauft ArbeiterInnenmacht, in einem Artikel auf



AfD-Gauleiter im Osten. Von links: der Faschist Björn Höcke (Thüringen), ehemaliger Republikaner Andreas Kalbitz (Brandenburg) und völkisch-nationalistischer Pegida-Freund Jörg Urban (Sachsen) singen das Deutschland-Lied bei der Schlusskundgebung des Thüringer Wahlkampfs, am 26. Oktober.

ihrer Webseite, ein dauerhaftes Volksfrontbündnis: „Um den Rechtsruck zu stoppen und die neoliberale Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen zu bekämpfen, braucht es eine breit aufgestellte, soziale und antirassistische Bewegung.“ Der Artikel endet mit dem Verweis: „Die Demonstrationen von ‚#unteilbar‘ in Sachsen – insbesondere die Großdemonstration am 24. August in Dresden – bieten eine Möglichkeit, diese Politik offensiv auf die Straße zu tragen.“

Im selben Artikel befürwortet ArbeiterInnenmacht: „Wählt Die Linke, aber organisiert den Kampf“. Sie ruft zur „kritischen Unterstützung der Partei DIE LINKE“ auf, weil diese angeblich „die einzige relevante ArbeiterInnenpartei, die auf die neoliberale Politik der GroKo und auf den Rassismus der AfD mit sozialen Forderungen antwortet und soziale Bewegungen auf der Straße unterstützt“. Immerhin müssen sie zugeben, „Sicher hat sie durch Regierungsbeteiligungen auf Landesebene schon oft bewiesen, dass sie auch keine Politik im Interesse der ArbeiterInnen macht“. Die Kritik an der Linkspartei geht nur so weit, dass sie sagt, dass diese nichts wirklich gegen die Verelendung der Arbeiterklasse getan habe. Kein Wort aber von den Abschiebungen, Privatisierungen in Berlin z.B. oder den in Brandenburg verabschiedeten Polizeigesetzen, alles mit der Linkspartei in den Landesregierungen.

Die SAV ihrerseits beschwört Die Linke: „Wenn Die Linke im sächsischen Wahlkampf Plakate mit dem Bekenntnis zum »demokratischem Sozialismus« klebt, dann ist das zwar richtig, aber das darf kein Lippenbekenntnis sein“. So soll „Demokratischer Sozialismus“ – Codewort der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR – konkretes Ziel linker Politik sein, im Rahmen der imperialistischen Bundesrepublik Deutschlands. Die Klassenfrage und insbesondere die Frage der Staatsmacht werden hier negiert. „Wer den Aufstieg der AfD stoppen will, muss den Kapitalismus abschaffen wollen!“ meint SAV. Bestenfalls ein zaghafter Gedanke. Von sozialistischer Revolution keine Rede. Ihr ganzes Rezept ist, Druck auf Die Linke auszuüben, eine „staatstragende“ Partei des kapitalistischen Staats.

Die MLPD hatte eifrig ein vierseitiges Flugblatt zu den Landtagswahlen und #unteilbar verteilt. Ihre Hauptkritik: Sie beschwert sich darüber, dass sie aus dem #unteilbar-Bündnis ausgeschlossen wurde. Die SPD, Linkspartei und andere hatten dies gefordert, als Bedingung für deren eigene Teilnahme. Die MLPD bittet nun darum, wieder aufgenommen zu werden in die Volksfront und klagt die „Spalter“ der Bewegung an. Ansonsten ist ihr Programm der übliche Reformismus: Einheitslohn Ost und West, Arbeitsplätze und Umweltschutz.

Als einzige hatte die MLPD etwas gegen Repression und die neuen Polizeiaufgaben-Gesetze vorgebracht und erwähnte die

„neue faschistische Terrorwelle“. Dennoch, um sie zu bekämpfen hat sie nichts anderes vorzuschlagen als eine verschönerte Volksfront („internationalistische, antifaschistische und antiimperialistische Einheitsfront“) und dass sie „alle fortschrittlichen Kandidaten“ unterstützen würde, die bereit sind, mit ihr zusammenzuarbeiten.

Insgesamt bringt keine der erwähnten Organisationen etwas Konkretes im Kampf gegen den Faschismus vor, weder einen *Aufruf zur Mobilisierung der Arbeitermacht um die Nazis auf der Straße zu besiegen*, noch ein *Programm von Übergangslösungen*, die auf die sozialistische Revolution hin zielen wie z.B. eine gleitende Lohn- und Arbeitsstundenskala, um die Verarmung der Werktätigen im Osten und der stillgelegten Industrieviertel im Westen zu bekämpfen, der Boden, auf dem die Faschisten wachsen und von dem sie sich nähren. Bei ihrem vagen Geplänkel, „Allen hier lebenden Menschen muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden“ (#unteilbar-Aufruf), spricht sich niemand für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten aus*, oder für *Klassenkampfmaßnahmen um Abschiebungen zu verhindern*.

Alle bekennen sich zum Volksfrontprinzip, von „Alle zusammen gegen den Faschismus“, was die Klassenlinie gegen die Bourgeoisie schlechthin verwischt. Es erschöpft sich alles bestenfalls in Reformen für einen Sozialstaat. Und am 1. September werden die meisten die Linkspartei wählen, die un-

bedingt hinein in die Regierungen kommen will, koste es was es wolle. Die Volksfrontpolitik zielt immer darauf ab, Druck auf die Bourgeoisie auszuüben, statt die bürgerlichen Parteien frontal zu bekämpfen. Im konkreten Fall von Sachsen und Brandenburg, versuchen sie die CDU zu bedrängen, damit sie mit der AfD keine Regierungskoalitionen bildet. Wenn das gelingt, wird das heißen, dass die Rechtsaußenparteien die einzige Opposition bilden gegen den Sozialkahl-schlag, den die ganze reformistische Linke mitmacht.

Die revolutionäre Klassenkampfpolitik der Internationalistischen Gruppe und unserer Liga für die Vierte Internationale geht in die entgegengesetzte Richtung, um die Arbeiterschaft auf ihre historischen Aufgaben vorzubereiten. Die Tatsache, dass verschiedene Gewerkschaften zur Demo aufgerufen haben – unter anderem die IG Metall, ver.di, DGB, und IG-Bau – und in einigen Betrieben dafür Propaganda verteilten, hat Aufmerksamkeit erregt. Aber die Blöcke der Gewerkschaften waren ganz klein, ihre Aufrufe gingen nicht über die äußerst bescheidenen #unteilbar-Lösungen hinaus und ihr Hauptanliegen war, die Zahlen der SPD bzw. von Die Linke in den kommenden Wahlen zu verbessern.

Es ist unmöglich, über den Aufstieg von rassistischen und faschistischen Kräften im deutschen Osten zu sprechen, ohne ihre DDR-Vergangenheit anzutasten. Heute gibt es überall in den Medien Aufsätze über einen vermuteten Hang des ostdeutschen Volks zu autoritären Lösungen, was völliger Quatsch ist. Die Deutsche Demokratische Republik war ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, in der die Planwirtschaft es ermöglichte, bis in die abgelegensten Gebiete hinein Sozialeinrichtungen und ökonomische Stabilität zu garantieren, wenn auch oftmals durch Misswirtschaft der selbtherrlichen stalinistischen Bürokratie untergraben. Der Sieg der bürgerlichen Konterrevolution und die Einführung der Marktwirtschaft hat das alles zerstört, inklusive relativ erfolgreicher Konzerne, wie das in Sachsen ansässige Kombinat Robotron; sogar diese wurden durch die revanchistische „Abwicklung“ der DDR von der Treuhand zum Tode verurteilt, um die ostdeutsche Arbeiterklasse zu demütigen.

Dazu kommt die Austeritätspolitik, die von allen parlamentarischen Parteien gehandhabt wird. Heute gibt es ganze Stadtteile in Sachsen in denen, dank der SPD, bis zu 20 Prozent der Bevölkerung mit einem dürftigen

Hartz IV-Einkommen auszukommen versuchen muss, und viele entvölkerte Kleinstädte, in denen oft gar nichts vom versprochenen wirtschaftlichen Aufstieg zu verspüren ist. Deswegen ist es ein Leichtes für Demagogen, die wirtschaftliche Misere Sündenböcken zuzuschreiben – gestern die Juden, heute die „Ausländer“ oder Muslime – anstatt den tatsächlichen Ursprung zu benennen, den Kapitalismus. Um sich der Anziehungskraft solcher Reaktionäre entgegen zu stellen, dient es in keiner Weise eine reformistische Arbeiterpartei wie Die Linke in die Regierungen hineinzubringen. Im Gegenteil, man braucht eine wirkliche Klassenopposition, die für die sozialistische Revolution kämpft.

Nichts von dem bei den Veranstaltern der #unteilbar-Demo. Diese Sozialdemokraten von unterschiedlicher Couleur versuchen sich unter demselben Deckmantel wie die Rechtspopulisten zu verbergen. „1989 – 2019, Wir sind das Volk“ sagt die AfD auf ihren Wahlplakaten, und sagen auch die Islamophoben von Pegida. „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ – unter diesem Banner gingen ’89 Menschen in Sachsen auf die Straße“ lesen wir im Aufruf zur Dresdner #unteilbar-Demo vom 24. August. Tatsächlich? Ein offenes Land mit freien Menschen wird es nicht im Kapitalismus geben. Die Leipziger Montagsdemos haben sehr rasch ihr Motto in „Wir sind ein Volk“ geändert, um die kapitalistische Wiedervereinigung voranzutreiben. Die Trotzlisten haben damals aufgerufen, wozu wir immer noch stehen, *gegen den Anschluss der DDR und für ein rotes Rätedeutschland* durch eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie im Osten zu stürzen und für die sozialistische Revolution im Westen.

Die Alternative für Deutschland und die Faschisten, die in ihrem Umfeld ihren rassistischen Terror verbreiten – und die bis in die Führungsriege von dieser Rechtsaußenpartei sitzen, wird man weder mit Großkundgebungen noch bei den Wahlurnen besiegen können. Dazu noch ist die Polizei, ganz bestimmt in Sachsen und fast überall in Deutschland, notorisch von faschistischen Elementen durchdrungen. Wie Leo Trotzki im Übergangsprogramm (1938) schrieb:

„Die Reformisten hämmern den Arbeitern systematisch die Vorstellung ein, dass die hochheilige Demokratie dann am besten gesichert ist, wenn die Bourgeoisie bis an die Zähne bewaffnet ist und die Arbeiter entwaffnet. Es ist die Pflicht der IV. Internationale, ein für alle Mal mit dieser unterwürfigen Politik Schluss zu machen. Die kleinbürgerlichen Demokraten – einschließlich der Sozialdemokraten, Stalinisten und Anarchisten – schreien umso lauter vom Kampf gegen den Faschismus, je feiger sie in Wirklichkeit vor ihm kapitulieren.“

Um die faschistische Gefahr wegzufügen und die Nazibanden zu zerschlagen ist es notwendig, eine stärkere Kraft ins Gefecht hineinzubringen, die der organisierten Arbeiterklasse. Deswegen ist es notwendig, Arbeitermobilisierungen und Arbeiterverteidigungsgruppen zu organisieren, wie die Liga für die Vierte Internationale es fordert und versucht in die Tat umzusetzen (siehe unser Extrablatt über die Arbeitermobilisierung in Portland, USA, im Juni 2017). Wie Trotzki im Übergangsprogramm hinzufügte:

„Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in der Redaktionsstube eines liberalen Blattes, sondern in der Fabrik und endet auf der Straße. Die Streikbrecher und die Privatgendarmen in den Fabriken sind die Grundzellen der Armee des Faschismus. Die *Streikposten* sind die Grundzellen der Armee des Proletariats. Hiervon muss man ausgehen.“

Um diese revolutionäre Politik zu verwirklichen ist es vor allem notwendig, eine multiethnische, revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die als leninistischer Volkstribun alle unterdrückten Schichten der Gesellschaft verteidigt, im Kampf für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale als die Weltpartei der sozialistischen Revolution. ■



Die Linke im Wahlkampf: Ost-Biene (oben, in Brandenburg) und Abenteurer (unten, Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow). Anstatt die reformistische Linkspartei in der kapitalistischen Regierung, braucht man eine Klassenopposition, die für die sozialistische Revolution kämpft.

USA-Türkei-NATO Angriff gegen die Kurden

fortgesetzt von Seite 1

ben (wie früher in Afghanistan und im Irak).

Das US-Militär hat die türkische Invasion nur ungern gebilligt, nachdem es die YPG / SDF als Bodentruppen seines Krieges gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien eingesetzt hatte. Hochrangige Vertreter des Pentagons und US-Gesandte in der Region haben gewarnt, dass ohne die kurdisch geführte Miliz ein Wiederaufleben des IS wahrscheinlich ist. Aber Erdoğan hätte die Besetzung niemals ohne die Erlaubnis der USA vorgenommen, die Trump in seinem Anruf vom 7. Oktober gegeben hatte. Außerdem gab der US-Präsident bereits im vergangenen Dezember bekannt, dass er US-Streitkräfte aus Syrien abziehen und der Türkei, den NATO-Juniorpartner des US-Imperialismus, mit dem Krieg gegen den IS beauftragen würde.

Westliche Medien stellen die Kämpfe als „Zusammenstoß zweier US-Verbündeter“ dar, bei dem die USA „beiseite treten“. In Wirklichkeit haben die USA bei der Durchführung dieses Angriffs aktiv mit der Türkei zusammengearbeitet. Die *New York Times* (10. Oktober) berichtete, „während der letzten Wochen, als türkische Militärbeamte den Angriff planten, erhielten sie amerikanische Überwachungsvideos und Informationen von Aufklärungsflugzeugen. Die Informationen könnten ihnen dabei geholfen haben, kurdische Positionen aufzuspüren.“ Außerdem erhielten türkische Flugzeuge Zugang zu einem Paket amerikanischer Geheiminformation vom Schlachtfeld im Nordosten Syriens. Doch jetzt „hat das US-Militär... die Unterstützung für die Miliz vollständig eingestellt.“

Die Wahrheit ist, dass dieser jüngste Krieg gegen die Kurden eine kombinierte Operation zwischen den USA, der Türkei und der NATO ist, gegen die klassenbewusste Arbeiter und Gegner des Imperialismus überall Widerstand leisten und die zu besiegen suchen müssen. Die türkische Invasion zielt darauf ab, 2 Millionen syrisch-arabische Flüchtlinge gewaltsam in kurdische Regionen zu überführen und die Kurden in die syrische Wüste zu drängen – eine „ethnische Säuberung“ in großem Umfang. Es ist auch das vorhersehbar Ergebnis des Teufelspakts der kurdischen bürgerlichen Führung, die sich im Krieg gegen den Islamischen Staat als Söldnertruppen für den US-Imperialismus einsetzte. Jetzt zahlt das kurdische Volk den Preis.

Die Liga für die Vierte Internationale hat seit ihrer Gründung aufgerufen, die PKK gegen Repressionen zu verteidigen, und sich für das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung eingesetzt. Die LVI fordert eine sozialistische Republik des vereinigten Kurdistan als Teil eines proletarischen Kampfes gegen die Imperialisten und ihre nahöstlichen Satrapen und zionistischen Verbündeten. Als die belagerten Kurden in Kobanê vor fünf Jahren verzweifelt IS-Dschihadisten (heilige Krieger) abgewehrt haben, schrieben wir:

„Proletarische Revolutionäre würden die kurdischen Gebiete gegen Angriffe des Assad-Regimes oder der Freien Syrischen Armee verteidigen, und bestimmt gegen den Islamischen Staat, dessen Sieg die Abschichtung von Kurden bedeuten würde.“

Gleichzeitig, als die PYD/YPG-Führer sich als Unterstützung für die Bombenkampagne des demokratischen US-Präsidenten Obama in Syrien gemeldet haben, verurteilten wir diesen schicksalhaften Schritt und warnten:

„Die US- und europäischen Imperialisten werden niemals kurdische Unabhängigkeit akzeptieren, oder auch nur eine richtige Autonomie in Nordsyrien... Das würde die osmanischen Ambitionen des Islamisten Erdoğan und den türkischen Nationalismus der [türkischen] Armee bedrohen. Und die NATO-Türkei ist ein Dreh- und Angelpunkt für die westliche imperialistische Vorherrschaft im Nahen Osten.“

– „For Workers Action to Defeat Barack Obama's Iraq/Syria War“, *The Internationalist* Nr. 38, Oktober/November 2014

Das kurdische Volk: Opfer der imperialistischen Aufteilung des Nahen Ostens

Das kurdische Volk ist mit über 40 Millionen Einwohnern in einem zusammenhängenden, größtenteils bergigen Gebiet des Nahen Ostens die größte Nation der Welt ohne Staat. Als die siegreichen imperialistischen Mächte der Alliierten das besiegte Osmanische Reich nach dem Ersten Weltkrieg zersstückelten, haben sie im Vertrag von Sèvres von 1920 das Versprechen eines unabhängigen kurdischen Staates angeboten. Dieses Versprechen wurde jedoch im Vertrag von Lausanne von 1924 zerrissen, der die kurdische Nation zerschneidet und sie zu einer unterdrückten Minderheit in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran machte, die sich alle erbittert gegen die kurdische Unabhängigkeit oder sogar gegen die Autonomie stellen.

Die Türkei verbot die kurdische Sprache oder die bloße Erwähnung der Wörter „Kurdistan“ oder „Kurdisch“, während sie kurdische Regionen Jahrzehnten brutaler militärischer Besetzung unterwarf. Der Irak vertrieb Kurden aus ölreichen Gebieten im Norden. Zu Beginn des Kalten Krieges zerschlug der Iran 1946 eine mit der Sowjetunion verbündete kurdische Republik und verfolgte seitdem iranische Kurden, sowohl unter dem Schah als auch unter den Mullahs. Syrien unter Hafez al-Assad (Vater des derzeitigen Präsidenten, Bashar al-Assad) verbot auch die kurdische Sprache, verweigerte den Kurden die Staatsbürgerschaft und „arabisierte“ kurdische Regionen, indem es Zehntausende Beduinen-Araber entlang der Nordgrenze umsiedelte.

Angesichts eines von Abdullah Öcalan angeführten linken kurdischen Aufstands der PKK haben die türkischen Herrscher, sowohl die Armee mit ihren „säkularen“ republikanischen Verbündeten als auch der Islamist



Foto: Delli Souleiman / Agence France-Presse

Gemeinsame Patrouille U.S. und türkischer Militärs in September. Das Pentagon hat der Türkei bei der Vorbereitung der Invasion gegen die Kurden geholfen.

Erdoğan, seit Ende der 1970er Jahre einen Vernichtungskrieg im Südosten geführt und Zehntausende Kurden getötet. Der autoritäre türkische Präsident, der „Hitlers Deutschland“ zitiert als die Art „Einheitsstaat“, den er mit seinen Verfassungsreformen aufbauen möchte, will nun den „Ruhm“ des Osmanischen Reiches wiederherstellen. Er beabsichtigt, Millionen von Flüchtlingen aus dem syrischen Bürgerkrieg in eine „Sicherheitszone“ umzusiedeln, die von der türkischen Armee besetzt und von türkisch unterstützten syrisch-islamistischen Milizen überwacht wird.

Um seine grandiosen Träume zu verwirklichen, gelobt der angehende Sultan von Ankara, Nordsyrien von „Terroristen“ zu befreien, d.h., die Kurden en masse zu vertreiben. Dies erinnert an die Vernichtung von über einer Million Armeniern durch die osmanische Türkei im Ersten Weltkrieg. Erdoğan wandte sich gegen den Begriff „Völkermord“ und verteidigte die Massendeportationen und Massaker von 1915 als „Umsiedlung der armenischen Banden und ihrer Anhänger“ und als „die vernünftigste Aktion“. Gespenstisch ist, dass Ras al-Ain, das jetzt unter türkischem Angriff stand, der Ort eines Konzentrationslagers war, in dem armenische Deportierte festgehalten wurden, bevor ein Todesmarsch in die syrische Wüste um Deir ez-Zor stattfand, wohin Erdoğan heute die Kurden vertreiben will.

Ob er dazu in der Lage ist, ist eine andere Frage. Die Kurden haben eine Armee von 60.000 erfahrenen Kämpfern, einige mit schweren Waffen. Während sie nicht hoffen können, die 350.000 Mann starke türkische Armee mit ihrer Rüstung (Panzer und Artillerie) und Luftwaffe mit Waffengewalt zu überwinden, könnte die YPG/SDF eine effektive Guerilla-Truppe sein. Sie könnte die türkischen Stellungen andauernd bedrängen und die syrische Marionettenmiliz der Türkei, die Überreste der von der CIA unterstützten „Freien Syrischen Armee“, abknallen. Die „FSA“ ist nie eine wirksame Kampftruppe gewesen, sie verbrachte den größten Teil des Krieges in türkischen Hotellobbys, massakrierte Dorfbewohner der alawitischen religiösen Minderheit¹ und posierten für Fototerminale mit US-Politikern wie John McCain.

Der Versuch, 2 Millionen Kurden mit 2 Millionen sunnitisch-arabischen Flüchtlingen zu ersetzen, ist ein Rezept für ein großangelegtes kommunalistisches Blutvergießen. Vie-

le dieser Flüchtlinge waren Stadtbewohner, die auf den Feldern Nordsyriens nichts anfangen können, und relativ wenige stammen aus dieser Region: Sie müssen mit vorgehaltener Waffe „umgesiedelt“ werden. Die kurdische Bevölkerung hat wiederholt Versuchen von den Assads oder dem IS widerstanden, sie zu vertreiben. Ihre Jugend ist bewaffnet und kampferprobt, und sie können nirgendwo anders hin. Die Bühne ist frei nicht nur für Massaker durch die türkischen Besatzer und ihre Söldnerschläger, sondern auch für Turbulenzen, die sich auf Kurden und Aleviten² in der Südtürkei ausbreiten könnten.

Die seltsamen Weggefährten der YPG

Trumps plötzliche Aktion stieß bei Demokraten und Republikanern im Kongress, im Pentagon, in der CIA, im Außenministerium und praktisch im gesamten außenpolitischen Establishment auf Schreie von „Schande“ und „Verrat“. Das offizielle Washington befürchtet, dass seine Rhetorik, „endlose Kriege“ abzulehnen und die Übergabe der Polizeiarbeit „für ihre Nachbarschaft“ an die Türkei ein Schlag gegen die imperialistische Hegemonie der USA auf der ganzen Welt sein könnte. Sie befürchten, dass „die Preisgabe unserer kurdischen Verbündeten“ es viel schwieriger machen wird, andere für „Koalitionen der Willigen“ zu gewinnen, die für die Rolle der USA als Weltpolizist in der „neuen Weltordnung“ des 21. Jahrhunderts maßgeblich waren.

Trump erwidert, dass die Kurden „massive Summen an Geld und Ausrüstung erhalten“ hatten, um Verbündete der USA zu sein. Dies ist kaum das erste Mal, dass die Imperialisten ihre Stellvertreter im Stich lassen. Erinnern wir uns an die Hmong-Guerillas in Laos, die „Geheimarmee“ der CIA in Laos, oder an die „Harkis“, die mit der französischen Kolonialarmee in Algerien gegen die Unabhängigkeit kämpften. Aber für die Kurden ist dies ein weiterer Stich der US-Gönner in den Rücken, wie 1975, als die CIA die Gelder für die Guerillas abstellte, die unter dem langjährigen Führer Mustafa Barzani gegen die irakische Regierung kämpften, was 200.000 kurdische Flüchtlinge zur Folge hatte; oder wie im Golfkrieg von 1991, als die USA einen kurdischen Aufstand im Norden anzettelten und die Rebellen dann Saddam Husseins Unterdrückung überließen.

Zahlreiche westliche Linke, insbesondere anarchistische Liberale und Sozialdemokraten, haben die PYD-Herrschaft in Nordsyrien begrüßt, die die Kurden Rojava (oder Westkurdistan) nennen, insbesondere wegen ihres Säkularismus und der Förderung von Frauenrechten. Viele sprechen von einer „Rojava-Revolution“. Sie haben die Rolle der YPG als Fußsoldaten für den US-Imperialismus heruntergespielt und

² Die Aleviten werden oft mit den Alawiten verwechselt und sind wie diese eine synkretistische Sekte, die Elemente verschiedener Religionen verkörpert, obwohl die Aleviten mehr klar islamische Elemente haben. Aleviten, die in der Südtürkei leben und bis zu 20% der türkischen Bevölkerung ausmachen, sind eine verfolgte religiöse Minderheit. Hunderte wurden vor, während und nach dem Staatsstreich von 1980 getötet.

¹ Die Alawiten sind eine religiöse Sekte, die etwa ein Sechstel (17%) der syrischen Bevölkerung ausmacht und in den Bergen entlang der Mittelmeerküste lebt. Die Alawiten sind nominell Muslime und behaupten, ein Zweig des schiitischen Islam zu sein. Viele Sunniten, die vorwiegend religiöse Gemeinde in Syrien, betrachten sie als Abtrünnige. Die alawitischen Glaubenssätze enthalten eine Reihe christlicher Elemente, und da ihre Theologie für alle, bis auf einen winzigen Klerus, weitgehend geheim ist und sie keine Kultstätten haben, ist die alawitische Bevölkerung in vielerlei Hinsicht funktionell säkular. Die Alawiten erlangten unter französischer Kolonialherrschaft eine herausragende Position im Militär und bildeten den harten Kern des militärischen Assad-Regimes, das seit 1970 an der Macht ist.



Foto: Delli Souleiman / Agence France-Presse

Einwohner von Ras al-Ain, Syrien, fliehen vor der türkischen Bombardierung.

Winter 2019

schweigen heute auffällig darüber. Die größten Unterstützer der PYD/YPG in Washington sind jedoch die CIA, das Pentagon, die rechten Republikaner und die Obama-Demokraten. International versuchen die israelischen Zionisten, Bündnisse mit kurdischen Gruppen zu schmieden (und zu finanzieren), um dem arabischen Nationalismus entgegenzuwirken.

In dieser Situation, in der ein Sammelsurium von etlichen politischen Strömungen – die vom New Yorker Metropolitan Anarchist Coordinating Committee bis hin zum republikanischen Senator Lindsey Graham, dem ehemaligen Chef des US-amerikanischen Zentralkommandos, Joseph Votel, und dem israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu reicht – die türkische Invasion anprangert und zur Unterstützung der Kurden aufruft, bestehen wir Trotzlisten darauf, dass es notwendig ist, den **US/NATO-Imperialismus zu besiegen und aus dem Nahen Osten zu vertreiben**. Trotz Trumps Dolchstoß fordert die YPG die USA auf, eine Flugverbotszone über Nordsyrien zu erzwingen, um die türkische Luftwaffe fernzuhalten. Implizit oder explizit wollen sie die US-Allianz wiederherstellen.

Heute verteidigen wir die syrischen Kurden gegen einen imperialistischen Angriff, der ihre Existenz bedroht. Die fatale Rolle der YPG bei der Durchführung der Drecksarbeit für den imperialistischen Krieg der USA gegen den Islamischen Staat sollte jedoch nicht vergessen werden. Die Überwachungsgruppe Airwars hat rund 1.600 Zivilisten aufgezählt, die während des brutalen viermonatigen US/YPG-Angriffs auf die IS „Hauptstadt“ von Raqqa im Jahr 2017 getötet wurden (The Intercept, 15. April; Airwars, 7. August). Unter Verwendung von dem was der ehemalige US-Verteidigungsminister James Mattis als „Vernichtungstaktik“ bezeichnet, wurde die Stadt eingeebnet. 11.000 Gebäude wurden zerstört, und 150.000 Überlebende blieben mitten in den Trümmern zurück.

Die YPG fungierte auch als Gefängniswärter für die US-Imperialisten. Die YPG/SDF-Truppen, die Raqqa räumten, holten Tausende sunnitisch-arabischer Einwohner von der Straße und schickten sie in Konzentrationslager in der Wüste. Es wird berichtet, dass fast alle der 1.000 mit dem IS in Verbindung stehenden Gefangenen, die in Kerkern des Internierungslagers Ayn Issa festgehalten wurden, infolge der türkischen Bombenangriffe geflohen sind. Unerwähnt blieb, dass weitere 11.000 Personen dort festgehalten sind. Die Bedingungen im Lager Al Hawl, in dem mehr als 70.000 „Vertriebene“ in Zelten untergebracht sind, und die bitterer Kälte und 50° Celsius Hitze ausgesetzt bleiben, wurden vom Internationalen Roten Kreuz als „apokalyptisch“ bezeichnet.

Im Jahre 2015 haben wir geschrieben: „Während wir die syrischen Kurden, Assyrer und andere Minderheiten, die vom Islamischen Staat angegriffen wurden, verteidigten, warnten wir davor, ein Bündnis mit dem Imperialismus zu schließen, der sie als Kanonenfutter benutzen würde, und sie verwerfen wird, wenn es zweckmäßig ist“ („In-

ternational Perspectives of the League for the Fourth International“ [Internationale Perspektiven der Liga für die Vierte Internationale], *The Internationalist* Nr. 40, Sommer 2015). Aber als die YPG arabische Gebiete besetzte in der Rolle von Söldnertruppen für das Pentagon, schrieben wir, dass die LVI:

„hat von Anfang an aufgerufen, die Imperialisten zu besiegen und aus der Region zu vertreiben und erklärt, dass Schläge gegen die imperialistische Intervention und Herrschaft, sogar durch ultrareaktionäre Kräfte wie den IS, im Interesse der Arbeitervolk und unterdrückten Völker der Welt sind. Jetzt ist es notwendig, darüber hinaus zu gehen und die Verteidigung von Raqqa gegen den Angriff des Imperialismus und alliierter Kräfte – einschließlich der kurdisch geführten YPG/SDF – zu fordern.“

– „Defend Raqqa – Drive U.S./NATO Imperialists Out of Syria and Iraq!“ [Verteidigt Raqqa – Vertreibt US/NATO-Imperialisten aus Syrien und dem Irak!] *The Internationalist* Nr. 43, Mai-Juni 2016

Mittlerer Osten in Aufruhr, alle gegen die Kurden

Belagert von seinen eigenen Anhängern twitterte der größtenwahnsinnige US-Präsident Trump: „Falls die Türkei irgendetwas tut, das ich, in meiner grossen und unerreichten Weisheit, als tabu betrachte, werde ich die Wirtschaft der Türkei völlig zerstören und auslöschen (ich habe dies schon früher getan!)“ Was diese Grenzen sind, wurde nicht spezifiziert. Dieses verrücktes Getöse wurde dann vom US-Finanzminister Steven Mnuchin wiederholt. Angesichts eines möglichen Amtsenthebungsverfahrens im Senat gelang es dem wahnwitzigen US-Präsidenten, republikanische und demokratische Senatoren gegen sich zu vereinen, die eine gemeinsame Resolution für die Verhängung von Sanktionen gegen die Türkei vorbereiteten.

Auf der anderen Seite des Atlantiks legten Großbritannien, Frankreich und Deutschland die Spannungen um den Brexit beiseite, um eine gemeinsame Erklärung gegen die türkische Invasion zu verfassen, worin sie drohten, künftige Verkäufe von Waffen, die in Syrien eingesetzt werden könnten, an die Türkei zu unterbinden. Dies hindert die türkische Armee jedoch nicht daran, ihre über 350 in Deutschland hergestellten Leopard 2-Panzer und ihre über 1.000 in Frankreich hergestellten ERYX- und Milan-Raketen zum Abschießen von Kurden einzusetzen. Erdoğan antwortete auf die heuchlerische europäische Aussage, indem er drohte, „Dann öffnen wir die Schleuse und schicken euch 3,6 Millionen Flüchtlinge“. Während Weltführer untereinander Schulhofverspottungen austauschten, ist der einzige, der von seinen Drohungen profitieren könnte, der Größenwahnsinnige in Ankara.

Was den syrischen Verbündeten Russland betrifft, so traf sich Erdoğan letzten Monat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem iranischen Staatschef Hassan Rouhani auf einem dreigliedrigen Gipfeltreffen in Ankara zu „regionalen Fragen“. Sie diskutierten die



Foto: AP

Islamistische Söldnertruppen (oben) von der Türkei befördert, haben schon die „ethnische Säuberung“ von Kurden in Nordsyrien unternommen.

Pläne der Türkei für eine „Sicherheitszone“, in der „die bis zu drei Millionen Flüchtlinge, die derzeit in der Türkei leben, untergebracht werden könnten“ wenn sie sich von der türkischen Grenze bis nach Deir al Zor und Raqqa, weit südlich der Grenze erstrecken würde (Reuters, 16. September). Sie einigten sich auf das „Astana-Format“ der Gespräche zwischen der syrischen Regierung und der Opposition (ohne die Kurden)³ und darauf, dass die USA ihre Truppen unverzüglich aus dem Nordosten Syriens abziehen sollten.

Währenddessen haben Massenproteste arbeitsloser junger Männer in Bagdad, die irakische Hauptstadt, in Aufruhr versetzt. Die Regierung reagierte mit heftiger Repression (schon über 100 Tote). Bisher gibt es keine anerkannte Führung, aber wenn sich eine herausstellt, könnte dies das Regime erschüttern, das sowohl Kunde von Washington als auch von Teheran ist. Und nun, während die US-Truppen aus Syrien abziehen um angeblich „die endlosen Kriege (zu) beenden“, hat Trump weitere 1.000 Soldaten und Patriot-Raketensysteme in den Osten Saudi-Arabiens entsandt, wo sie als Stolperdraht fungieren werden, um einen US-Angriff auszulösen, falls iranisch unterstützte Streitkräfte erneut saudische Ölanlagen angreifen sollten, wie im vergangenen Monat.

In diesem Szenario, in dem die gesamte Region erneut in Aufruhr gerät, treten die wichtigsten regionalen Akteure aktiv oder passiv gegen die Kurden an. Die PYD/YPG/SDF wird wahrscheinlich gezwungen sein, mit dem Assad-Regime unter russischer Schirmherrschaft zu verhandeln, aber die Regierung in Damaskus wird niemals einer regionalen Autonomie für Rojava zustimmen, insbesondere wenn die Kurden eine eigene Armee haben, geschweige denn kurdischer Unabhängigkeit. Die einzige Möglichkeit, das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung zu verteidigen, besteht in einem revolutionären Kampf, der weit über die Grenzen Syriens hinausgeht. Und in diesem Szenario, wie wir in unserem Artikel von 2014 geschrieben haben, ist das „türkische Proletariat der Schlüssel“.

Permanente Revolution vom Nahen Osten zu den imperialistischen Metropolen

Wie Leo Trotzki in seiner Theorie und seinem Programm der *permanenten Revolution* feststellte, und wie im Oktober 1917 durch die bolschewistische Revolution in Russland bestätigt wurde, sind in der imperialistischen Epoche des verfallenden Kapitalismus sogar die Erfolge der klassischen bürgerlichen Revolutionen, einschließlich der nationalen Emanzipation, Demokratie und Agrarrevolution nicht zu erreichen, ohne dass die Arbeiterklasse die Macht übernimmt und die sozialistische Revolution international ausdehnt. Nirgendwo trifft dies mehr zu als im Nahen

³ Seit Ende 2016 finden in der Hauptstadt von Kasachstan, Astana, unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Nationen, indirekte Gespräche mit dem Iran, Russland und der Türkei als Garanten für einen Waffenstillstand zwischen der syrischen Regierung und einigen der bewaffneten islamistischen Opposition statt. In diesen Gesprächen wurde der von Russland vorgeschlagene Entwurf einer föderalen „Republik Syrien“ erörtert. Die politischen Vertreter der YPG/SDF wurden ausdrücklich nicht zu den Gesprächen eingeladen.



Foto: Erik de Castro / Reuters

Kämpfer der YPG/SDF waren Bodentruppen der US/NATO-Vernichtungskrieg als sie Raqqa eroberten (oben). Jetzt bezahlen die Kurden den Preis des Teufelspakts.

Osten, einem Dreh- und Angelpunkt imperialistischer Weltherrschaft, wo die am Ende des Ersten Weltkriegs willkürlich gezogenen nationalen Grenzen ein Jahrhundert nationaler Unterdrückung des kurdischen Volkes hervorgerufen haben.

Ohne sozialistische Revolution wird es keine Demokratie für die Unterdrückten im Nahen Osten geben, nur das eine oder andere autoritäre Regime, ob islamistisch, wie Erdogans oder „säkulare“ Militärregime, wie Assads in Syrien, die ägyptische Regierungen vor und nach dem „Arabischen Frühling“, und frühere türkischen Regierungen. Der Kampf für die Arbeiterrevolution – die allein die unzähligen unterdrückten Nationen, Nationalitäten, Völker und ethnischen / religiösen Gemeinschaften im Nahen Osten befreien kann – muss einen internationalen Charakter haben. Die 10 Millionen starke türkische Arbeiterklasse ist, zusammen mit Millionen ägyptischer, irakischer und iranischer Arbeiter, der Schlüssel zum Kampf für die Revolution in Syrien.

Die türkische Arbeiterklasse hat die Macht, die Invasion von hinten zu besiegen. Aktuelle Berichte weisen darauf hin, dass der Krieg gegen die syrischen Kurden in der Türkei sehr beliebt ist, und während die Regierung Hunderte von Menschen festnimmt, nur weil sie kritische Kommentare in den sozialen Medien abgeben, ist die Forderung nach Arbeiterstreiks gegen den Krieg vielleicht nicht sofort durchführbar. Aber die Türkei befindet sich in einer scharfen Wirtschaftskrise, und klassenbewusste türkische Arbeiter würden sich jeglichen Bemühungen widersetzen, ihre Kämpfe dem Krieg zu unterwerfen, und so weit wie möglich gegen den Krieg und für demokratische Rechte, die unter massiven Angriffen des Regimes sind, kämpfen.

Heute liegt der Schwerpunkt des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Krieg in Europa, insbesondere in Deutschland, wo weit über eine Million türkische Arbeiter und mehrere hunderttausend kurdische Arbeiter seit Jahren einen bedeutenden Teil des multiethnischen Proletariats ausmachen. Hier kann die türkisch-kurdische Arbeitereinheit geschmiedet werden. Gewerkschafter der IG Metall und anderer Gewerkschaften haben in der Vergangenheit gegen türkische Angriffe auf die Kurden demonstriert. Jetzt ist ein entscheidender Zeitpunkt, an dem Arbeitsniederlegungen und Arbeitskämpfe gegen die Invasion der Türkei und der NATO dringend gefordert sind. Stattdessen fordern die Gewerkschaftsspitzen die Imperialisten der Europäischen Union auf, Erdoğan unter Druck zu setzen.

Entscheidend für den Kampf gegen den imperialistischen Angriff auf die syrischen Kurden ist, eine revolutionäre internationalistische Führung aufzubauen, die die Kerne von leninistischen kommunistischen Parteien, basierend auf dem trotzkistischen Programm der permanenten Revolution – der sozialistischen Revolution, die sich vom Nahen Osten bis zu den imperialistischen Metropolen erstreckt –, formiert. Die Liga für die Vierte Internationale und ihre nationalen Sektionen, von der Internationalistischen Gruppe in Deutschland über den Nucleo Internazionalista d'Italia bis hin zu Brasilien, Mexiko und den Vereinigten Staaten, versuchen, diese Avantgarde in der Hitze des Klassenkampfes zu schmieden. ■

Zum fünften Jahrestag des Verschwindens der 43 Studenten Ayotzinapa: Es war der kapitalistische Staat

Wir drucken hiermit den leicht bearbeiteten Wortlaut der Rede von unserer Genossin Lucrecia Roth, gehalten in einer Diskussionsveranstaltung der Internationalistischen Gruppe in Berlin, am 29. September.

Ich bin eine Unterstützerin der Liga für die Vierte Internationale und komme aus Mexiko. Eine der wichtigsten politischen Erfahrungen, die ich gemacht habe, war die Teilnahme an den massiven Mobilisierungen in Mexiko im Herbst und Winter 2014 und 2015, die darauf abzielten, die 43 Studenten einer ländlichen Lehrerbildungsanstalt zu finden, die die örtliche Polizei der Gemeinde Iguala am 26. September 2014 „verschwinden“ ließ, unter sorgfältiger Beobachtung durch die Bundespolizei und die Armee.

Angesichts dieser Gräueltat explodierte die Situation in Mexiko. Studenten aller Stufen gingen zu Tausenden auf die Straße. Sie organisierten Streiks in ihren Schulen. Sie gingen auf die Plätze, um Fotos ihrer „vermissten“ Kommilitonen aufzuhängen. Sie bestiegen die öffentlichen Verkehrsmittel, um im Namen der jungen Bauern zu singen, Sprechchöre anzustimmen und die Leute zu mobilisieren. Viele von ihnen, die die Polizei, die bewaffnete Abteilung des kapitalistischen Staates, entführte und verschwinden ließ, waren 20 oder 21 Jahre alt.

Dieses schreckliche Verbrechen wurde international bekannt als berüchtigtes Symbol für das Abschlagen der mexikanischen Bevölkerung über die letzten 13 Jahre, in denen mehr als 250.000 Menschen ermordet wurden, mehr als in Syrien und Afghanistan zusammen getötet wurden. In den Vereinigten Staaten riefen unsere Genossen der Internationalistischen Gruppe die ersten Proteste zu Ayotzinapa aus und sie tun dies auch weiterhin. Am Donnerstag, dem 26. September, gab es in New York einen Protest, und in Mexiko-Stadt einen viel größeren mit vielleicht 20.000 Menschen. Wir haben hier einige Bilder von der New Yorker Demo.

Die mexikanische Regierung versuchte, den Drogenhändlern und einigen korrupten lokalen Politikern und der Polizei die Schuld zu geben und führte eine falsche „Untersuchung“ durch, um diese angebliche „verdad histórica“ oder historische Wahrheit zu beweisen. Aber niemand hat es geglaubt. Aufgrund öffentlicher Forderungen kamen Forensiker aus Argentinien, die nach eingehender Untersuchung sagten, die offizielle Geschichte der Regierung sei unmöglich.

Während der Demonstrationen, die auf die schreckliche „Nacht von Iguala“ folgten, riefen Zehntausende Demonstranten „fue el



Die Internationalist Group und TIC (Klassenkämpferische Internationale Arbeiter) bei der New Yorker Demo zum fünften Jahrestag des Massakers von Iguala, Mexiko.

estado“, es war der Staat. Und damit hatten sie recht. Aber was viele meinten, war, dass die Regierung von Enrique Peña Nieto von der Partido Revolucionario Institucional, der PRI, dafür verantwortlich war, ob es sich um Drogenhändler handelte oder nicht. Jetzt gibt es eine neue Regierung, unter Andrés Manuel López Obrador oder AMLO, der ein bürgerlicher Populist ist, und seiner Partei MORENA oder die Nationale Regenerationsbewegung, und viele Leute haben Illusionen in ihn.

López Obrador sagt, er sei gegen staatliche Gewalt gegen das Volk, er wolle dem auf den Grund gehen, was mit den Studenten aus Ayotzinapa passiert sei, und so weiter. Aber was AMLO tatsächlich *getan* hat, ist etwas ganz anderes. Das Ausmaß der staatlichen Gewalt gegen die Bevölkerung ist so hoch wie zuvor. AMLO hat ein neues Militärkorps gegründet, die Nationalgarde. Sie fungiert als Grenzwächter für Donald Trump, um zu verhindern, dass Flüchtlinge die Vereinigten Staaten erreichen. Und fast alle, die verhaftet worden waren wegen des Verschwindens der Studenten von Ayotzinapa, sind jetzt freigelassen.

Warum? Die Antwort lautet: Weil nicht einfach nur die Regierung von Peña Nieto oder die PRI verantwortlich war, sondern der Staat, der *kapitalistische* Staat. Solche Massaker ereigneten sich regelmäßig in Mexiko, lange vor Ayotzinapa, und sie werden so lange stattfinden, bis dieser mörderische halbkolonial

Staat durch eine Revolution, eine sozialistische Revolution, gestürzt wird. Warum das so ist, darüber möchte ich sprechen.

Permanente Revolution

In diesem Kampf, wie in vielen anderen, ist die Schlüsselfrage: *was tun?* Diese Frage kann nur durch ein marxistisches Verständnis der mexikanischen Realität beantwortet werden. Es ist notwendig, die wahren Ursachen dieses schrecklichen Verbrechens zu verstehen, bei dem der kapitalistische Staat in Iguala, Mexiko, vier ermordet hat und 43 Studenten „verschwinden ließ“. Für uns ist es buchstäblich eine Frage von Leben oder Tod, zu wissen, wie man die Offensive der Kapitalisten besiegen kann, die Arbeiter, Lehrer und Studenten inhaftieren, foltern und ermorden, um ihre Macht zu behaupten und die öffentliche Bildung in einem halbkolonialen Land wie Mexiko zu privatisieren. Nur das trotzkistische Programm der Permanenten Revolution kann das unbändige Verlangen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu kämpfen so lenken und leiten, dass ein echter Sieg der Arbeiterklasse errungen wird.

Mexiko ist ein Lehrbuchfall, der die Gültigkeit der theoretischen und programmatischen Perspektive der Permanenten Revolution beweist. Das „Verschwinden“ und der Mord an jungen Studenten, die auf dem Weg waren, Lehrer in ländlichen und indigenen Gemeinden zu werden, die ein Jahrhundert nach der mexikanischen Revolution immer tiefer in Armut versinken, lässt keinen Zweifel daran, was der Kapitalismus eines neokolonialen Landes bedeutet. Obwohl es in seiner Geschichte nicht weniger als drei bürgerlich-demokratische Revolutionen gab, sind demokratische Rechte für Unterdrückte und Ausgebeutete in Mexiko nur Tinte auf Papier. Die Bauern sind, selbst wenn sie formell ihr Land besitzen, dazu verdammt, zu verhungern oder in den Norden auszuwandern, um sich als Bauern in den neuen agroindustriellen *Haciendas* zu verdienen. Die Ureinwohner, ohne die Kontrolle über ihre eigenen natürlichen Ressourcen, ohne echte Autonomie, sind in vielen Fällen vom Aussterben bedroht.

Die Entführung der 43 aus Ayotzinapa ist nur ein Fall der Unterdrückung durch die Regierung, die gegen den Kampf für die Verteidigung der öffentlichen Bildung gerichtet ist, welche in Mexiko auf Befehl internationaler Finanzorganisationen angegriffen wur-

de. Dies gilt auch für die Unterdrückung von Lehrerstreiks, die im Juni 2016 in Nochixtlán im Bundesstaat Oaxaca zu einem weiteren Massaker geführt haben, bei dem unsere Genossen Teil des Widerstands waren.

Allgemein erfordert eine schwache Bourgeoisie unter dem Stiefel des Imperialismus, wie die in Mexiko, eine mächtige Unterdrückungsmaschinerie, um eine große Anzahl von Arbeitern in Schach zu halten, die kämpfen könnten, um ihre Unterdrücker zu besiegen und sich ein für alle Mal von ihrem Joch zu befreien. Siebzig Jahre lang hat die PRI dies mit einem korporatistischen und dann halb-korporatistischen Staatsapparat erreicht, der die Kontrolle über jeden Aspekt der Gesellschaft ausübte, unterbrochen von Massakern. Aber nachdem dieses System gegen Ende des letzten Jahrhunderts unter dem Druck des Imperialismus zerfiel, brauchten sie einen anderen Mechanismus, den der massiven, blutigen Unterdrückung.

Solange die Bourgeoisie regiert, wird es keine echten demokratischen Rechte für die gesamte Bevölkerung geben. Seit Beginn der Ayotzinapa-Mobilisierungen in Mexiko haben wir betont, dass das wahre Motiv des schrecklichen Verbrechens von Iguala über die Korruption einer mörderischen Regierung hinausgeht. Einen bürgerlichen Politiker durch einen anderen zu ersetzen, ändert nichts, da es das kapitalistische System ist, das dafür verantwortlich ist. Für uns ist es wichtig zu verstehen, dass in dieser Epoche, in einem Land mit spät-kapitalistischer Entwicklung wie Mexiko, die Lösung der grundlegendsten demokratischen Forderungen im Rahmen des Kapitalismus unmöglich ist, und dieses Verbrechen an den Landstudenten ist ein Beweis dafür. Es ist ein klarer Beweis dafür, dass es selbst für die Realisierung der elementarsten demokratischen Forderungen notwendig ist, den Rahmen des Kapitalismus zu überwinden und für eine Arbeiter- und Bauernregierung (und in Orten wie Guerrero und Oaxaca für eine Arbeiter-Bauern-Indianer Regierung) zu kämpfen, die die sozialistische Revolution auf internationaler Ebene ausweiten könnte. Dies ist keine theoretische Abstraktion; dies ist jetzt dringendste Notwendigkeit.

Krieg gegen die öffentliche Bildung, Krieg gegen Drogen = Krieg gegen die Armen und die Werktätigen

In der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 hat die örtliche Polizei von Iguala, im Bundesstaat Guerrero, auf Anordnung des Bürgermeisters José Luis Abarca mindestens sieben Menschen ermordet, von denen vier Studenten bei der Normal Rural Ayotzinapa waren, verletzten zwei Dutzend und entführten 43 weitere Studenten dieser Schule, die auf Spanisch *normalistas* heißen. Bis heute werden diese Studenten noch vermisst. Sie waren Anhänger der Föderation der sozialistischen Bauernstudenten Mexikos (FECSM) eine Organisation mit einem stalinistischen Programm. Die Stadtverwaltung behauptete, die Studenten hätten die Busse gekapert, und infolgedessen hätten sie ihre Sturmgewehre auf die Busse geleert und einen getötet. Am nächsten Morgen wurde der *normalista* Julio César Mondragón am Straßenrand tot mit zerschundenem Gesicht aufgefunden.

Diese Episode ist kein Zufall. Überall auf der Welt gibt es eine allgemeine Kampagne zur Privatisierung des Bildungswesens durch Reformen, die in den letzten Jahren intensiviert wurde. Diese Offensive wird von imperialistischen Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der In-



Die mexikanische Bundespolizei besetzt die Stadt von Iguala im Oktober 2014.



Die Grupo Internacionalista ruft am 2. Oktober 2014 in Mexiko-Stadt, bei einer Demo über das Verschwindenlassen der Studenten von Ayotzinapa, auf für eine proletarische Mobilisierung gegen den bürgerlichen Angriff auf die Volksbildung.

teramerikanischen Bank und anderen vorangetrieben. Diejenigen, die sich diesen Plänen widersetzen, wurden ins Visier genommen.

Seit Jahren versuchen mexikanische Regierungen, die ländlichen Lehrerausbildungsanstalten zu schließen, und entsenden sogar Militär, um sie zu besetzen. Die bürgerlichen Medien waren voll von Berichten, denen zufolge sie Brutstätten für Guerillas waren, da die *normales rurales* mit den Kämpfen der Bauern und Indigenen in Verbindung stehen. Guerrero war insbesondere Schauplatz kämpferischer Mobilisierungen von Bauern und Erziehungsarbeitern gegen Arbeits- und Bildungsreformen. Es gibt auch die Verfolgung indigener Gemeinschaften durch die gigantischen Bergwerkskonglomerate und einen Teufelskreis von Massakern und den „schmutzigen Krieg“, was in den 70er Jahren eine Technik zur Ausrottung der linken Guerilla war und bis heute andauert.

Die militärische Besetzung des Bundesstaates Guerrero stärkte die *caciques*, die örtlichen starken Männer und ihre paramilitärischen Gruppen. In vielen Gebieten erlaubte die Armee den Anbau von Marihuana und Mohnblumen (Amapola) in großem Maßstab, was zu einer Art „sozialer Basis“ der Aufstandsbekämpfung im Zusammenhang mit dem Drogenhandel führte. Der von Felipe Calderón Hinojosa eingeleitete „Krieg gegen die Drogen“ hat die Militarisierung des Landes vertieft. Wie ich bereits sagte, wurden in diesem Krieg mehr als eine Viertelmillion Menschen bei gewaltsamen Aktionen ermordet. Obwohl dieses Programm der massiven Militarisierung die Drogenkartelle nicht eingeschüchtert hat (sie operieren in Absprache und Zusammenarbeit mit den Unterdrückungsbehörden des kapitalistischen Staates), hatte es den gewünschten Effekt, die Beteiligung des Militärs an polizeilichen Aktivitäten zu erhöhen. Der sogenannte „Krieg gegen Drogen“ ist nichts anderes als eine Tarnung, um den Krieg gegen die Armen und die Werktätigen zu verbergen. In den letzten Jahren wurden die indigenen Völker von illegalen Holzfällern und bewaffneten Drogenhändlern verfolgt, eine Konstante seit den 70er Jahren. Tatsächlich haben der Bürgermeister von Iguala und seine Frau, eine der vielen Verantwortlichen für das Verschwinden der 43 Studenten, enge Verbindungen zur Gruppe der Drogenhändler „Guerreros Unidos“.

Bisher haben mexikanische Regierungen versucht, die Schuld für die schreckliche Unterdrückung der Studenten von Ayotzinapa den Drogenhändlern zuzuschreiben, als wäre dies ein außergewöhnliches Ereignis gewesen. Wir sagen, dass der kapitalistische Staat verantwortlich ist. Dass die Drogenhändler als Auslöser dienen, würde angesichts der vielfältigen Verbindungen zwischen den Drogenhändlern und den staatlichen Behörden nicht überraschen. Es geht jedoch

nicht nur um eine bestimmte Regierung, die ersetzt werden kann und durch andere mit demselben Charakter ersetzt wurde. Der Staat besteht, wie Lenin erklärte, aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen (Polizei und ständige Armee)“, die die Interessen der herrschenden Klasse verteidigen und die Herrschaft einer Klasse über die andere verkörpern.

Die Fortsetzung der Massaker in Mexiko unter der Herrschaft jeder der bürgerlichen Parteien unterstreicht, dass es genau dieser kapitalistische Staat ist, der als Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Systems im gesamten mexikanischen Territorium Leichen hinterlassen hat. Dahinter verbirgt sich die blutige Hand des Imperialismus mit seinen endlosen Kriegen gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten. Und wir revolutionären Marxisten, als entschlossene Verfechter demokratischer Rechte, widersetzen uns allen Gesetzen gegen die Herstellung, den Handel und den Konsum von Drogen, mit denen Linke, Arbeiter und Arme routinemäßig der Unterdrückung ausgeliefert werden. Es spiegelt auch die Unterordnung der bürgerlichen mexikanischen Regierungen unter den Yankee-Imperialismus mit seinen zerstörerischen Aufstandsbekämpfungskriegen in Lateinamerika seit den 1960er Jahren wider.

Gegen Ende der Demonstrationen zum Verschwinden der Schüler von Ayotzinapa zählen wir und Tausende andere eins, zwei, drei und so weiter bis zu 43. Und dann gibt es einen lauten Ausruf „Justicia“. Aber wie kann Gerechtigkeit hergestellt werden? Mit Sicherheit nicht vom halbkolonialen mexikanischen Staat, der verwaltet, was die Imperialisten für ihren „Hinterhof“ halten. Wenn wir also das Ende der Zählung mit 43 erreicht haben, rufen wir: *Revolución!* Oder wie die Genossen der Internationalistischen Gruppe und der Revolutionären Internationalistischen Jugend bei Protesten gegen die Ermordung schwarzer Menschen durch die Polizei singen: „Nur die Revolution wird Gerechtigkeit bringen!“

Erst vor wenigen Tagen ließ der mexikanische Staat 24 lokale Polizisten, die angeblich in den Fall Ayotzinapa verwickelt waren, und einen der Anführer des Kartells „Guerreros Unidos“ frei. Wie war die Reaktion der AMLO-Regierung? Ihr Beamter, der für die Untersuchung von Ayotzinapa zuständig ist, übrigens ein ehemaliger Anführer der Kommunistischen Partei Mexikos, sagte, das sei ein Skandal. Aber AMLO hat nichts dagegen unternommen, weil es der kapitalistische Staat war, den er verwaltet und aufrechterhält.

Die ersten Monate der AMLO-Regierung haben klar bewiesen, wie er im Dienste der mexikanischen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Seniorpartner steht. In Verbindung mit der imperialistischen Regierung der Vereinigten Staaten unter der Verwal-

tung des rassistischen Donald Trump haben AMLO und sein Team bei der Umsetzung der nordamerikanischen Migrationspolitik zusammengearbeitet. AMLO bietet Migranten das Zuckerbrot der „Legalisierung“, setzt aber zunehmend die „Peitsche“ der polizeilichen Verfolgung ein. Sie wollen die Besitzlosen zentralamerikanischen Migranten im mexikanischen Süden so weit wie möglich von der Grenze zwischen den USA und Mexiko entfernt halten. Wir von der Internationalistischen Gruppe dagegen, in Mexiko sowohl als auch in Deutschland, den Vereinigten Staaten, in Italien und in Brasilien, sagen in Bezug auf Einwanderer und Flüchtlinge: **Lasst sie rein! Asyl für Flüchtlinge! Volle Staatsbürgerschaftsrechte für alle Einwanderer! Für Arbeitermobilisierungen, um Einwanderer gegen rassistische Angriffe zu verteidigen!**

Trotz seiner Behauptung, „für alle zu regieren“, ist AMLO der jüngste Versuch der schwachen mexikanischen Bourgeoisie, den sozialen Frieden in einem Industrieland zu wahren, mit einem mächtigen Proletariat, das aufwachen und seine vulkanische Stärke mobilisieren könnte. Der Krieg mit allen Mitteln gegen die verarmte Bevölkerung hat nicht funktioniert, und jetzt versuchen sie mit López Obrador mehr Militarisierung mit freundlichem Antlitz. Wie unsere Genossen in Portland in den USA gerne sagen: Das ähnelt einem Versuch, ein Schwein mit Lippenstift zu schmücken.

Die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die aufflammen (und dies auch weiterhin tun werden), können nur einen Sieg erringen unter der Bedingung, dass sie mit größtmöglicher Klassenunabhängigkeit von der Bourgeoisie, ihrer Politik, ihren Parteien und ihrem Staat geführt werden. Nicht wenige Linke sind von der neuen Regierung begeistert. Sie behaupten, dass der Wahlsieg von MORENA eine Art demokratischen Triumphs im Land darstellt. Diese Charakterisierung ist bis in den Kern falsch: Die populistische

bürgerliche Regierung von AMLO ist der Vollstrecker der Interessen der Bourgeoisie.

Nach dem Verschwinden der 43 *normalistas* organisierten die Anhänger der Liga für die Vierte Internationale Aktionen in unseren Sektionen auf internationaler Ebene. Die Grupo Internacionalista in Mexiko veröffentlichte ein Flugblatt mit dem Titel „Das Massaker in Iguala verlangt Arbeitermobilisierungen und Revolution“. Schilder und Transparente forderten einen nationalen Streik gegen die mörderische Regierung, Arbeiterverteidigungsgruppen und erklärten „Die sozialistische Revolution wird die Studenten von Ayotzinapa rächen“.

Mexiko ist ein Land von verspäteter kapitalistischer Entwicklung, eine Semikolonie der Vereinigten Staaten. Obwohl es in seiner Geschichte mindestens drei bürgerlich-demokratische Revolutionen gegeben hat, sind die demokratischen Aufgaben immer noch nicht erfüllt. Die mexikanische Revolution, die 1910 ausbrach, wurde abgebrochen und ihre Forderungen, wie die Befreiung der unterdrückten Bauernmassen, die nationale Unabhängigkeit und die Verwirklichung demokratischer Rechte, wurden verraten. Wie der große russische Revolutionär Leo Trotzki in seiner theoretisch-programmatischen Perspektive der Permanenten Revolution betonte, was auch in der bolschewistischen Revolution von 1917 bewiesen wurde, ist der einzige Weg für ein Land mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung in dieser Epoche des imperialistischen Zerfalls, um diese demokratischen Aufgaben zu erfüllen, der, dass die Arbeiterklasse die Macht übernimmt, eine Arbeiter- und Bauernregierung errichtet auf der Grundlage der Enteignung des Privateigentums der Bourgeoisie und die sozialistische Revolution auf internationaler Ebene ausdehnt.

Angesichts eines so mächtigen Feindes gibt es nur einen Ausweg: die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse. Dies ist die wirkliche „historische Wahrheit“ des Verbrechens von Iguala. ■

Katalonien: Freiheit für Alle Independentista-Gefangenen!

Am 14. Oktober hat das Oberste Gericht Spaniens langjährige Urteile gegen neun politische Führer der Bewegung für die Unabhängigkeit Kataloniens verkündet. Kernstück der Anklage war das Referendum vom 1. Oktober 2017, als die spanische Nationalpolizei und Guardia Civil Hunderete von katalanischen Wählern brutal zusammengeschlagen haben.

Die wütende Reaktion der katalanischen Bevölkerung auf die Urteile ließ nicht lange auf sich warten. Einer Belagerung des Flughafens Barcelonas folgten fünf Tage von Straßendemonstrationen und fünf Nächten flammender Barrikaden, die in einer enormen Großkundgebung gipfelten, mit einer dreiviertel Million Menschen, die am 18. Oktober das Stadtzentrum der katalanischen Hauptstadt besetzten.

Am nächsten Tag gab es in Berlin eine eher bescheidene Solidaritätsdemo, an der die Internationalistische Gruppe teilgenommen hat. Wir haben auf unseren Plakaten „Freiheit für die nationalistischen katalanischen Gefangenen“ verlangt sowie „Für Arbeiterrevolution um die spanische Monarchie zu zerschlagen“. Die Liga für die Vierte Internationale hat immer das Recht Kataloniens auf Selbstbestimmung verteidigt, einschließlich Abhaltung des Referendums vom Oktober 2017.

Die Frage der Unabhängigkeit hat die katalanische Bevölkerung zutiefst gespalten,



Foto: Janis Garnet

wobei nur eine Minderheit die vollständige Trennung von Spanien befürwortet und die Mehrzahl der Arbeiter dagegen ist. Deswegen spricht sich die LVI zu diesem Zeitpunkt nicht für die Abtrennung aus, obwohl die gewalttätige Repression einen Stimmungsumschwung bewirken könnte.

Die Trotzisten der LVI fordern heute die Mobilisierung der Werktätigen im gesamten spanischen Staat gegen die Repression in Katalonien und zugunsten des demokratischen Rechts auf katalanische Selbstbestimmung. Dabei verurteilen wir aufs Schärfste die neue Regierung der sozialdemokratischen PSOE und der populistischen Podemos, die zusammen den „linken“ *espanyolismo* (spanischer Chauvinismus) verkörpern, und heute für die neo-franquistische Repression verantwortlich sind. ■

Frankreich: Die Revolte der „Gelben Westen“ und der Kampf für die sozialistische Revolution

8. DEZEMBER – Ein Jahr nach Beginn der Gelbwesten-Proteste erlebt Frankreich eine Wiederbelebung des sozialen Kampfes. Polizeistaatliche Maßnahmen konnten diese Bewegung unterdrücken, aber nicht ausrotten, während der französische Präsident Macron zutiefst verachtet bleibt. Wie der folgende Artikel erläutert, waren die Gelbwesten das Opfer ihrer eigenen Beschränkungen, die sie davon abhielten, sich auf den Großteil der Arbeiterklasse, insbesondere auf die Immigranten, auszudehnen. Aber die Gelbwesten, als die plebejischste der populistischen Protestbewegungen, die nach der Finanzkrise 2008 ausbrachen, sind reich an Lehren für proletarische Revolutionäre.

Das nächste Schlachtfeld im Kampf gegen die brutalen „Reformen“ der Regierung zugunsten des Kapitals ist die Frage der Altersrenten. Massenstreiks schlugen 1995 einen früheren Versuch dieser Art zunichte; 2010 konnte Sarkozy den Beginn des Rentenalters um zwei Jahre nach hinten verschieben, brachte das Land jedoch an den Rand eines Arbeiteraufstands im Stil des Mai 1968. Macron wendet Salami-Taktiken an, die sich zunächst gegen verschiedene Gruppen von Arbeitern richten, die als „privilegiert“ eingestuft sind, mit der Absicht, ein einheitliches Rentensystem mit allgemein reduzierten Zahlungen zu schaffen. Aber selbst die regierungstreuen Bürokraten des Gewerkschaftsbundes CFTD schrecken davor zurück, das Rentenalter erneut zu erhöhen.

Am 5. Dezember setzte ein neuer Aufschwung ein. Dies hat die „schweren Bataillone“ des Proletariats, einschließlich der Hafearbeiter in Le Havre und Marseille, in Gang gebracht, sowie Arbeiter bei der Eisenbahn, dem Pariser öffentlichen Nahverkehr und den Raffinerien. Auch beteiligten sich Lehrer, Angestellte im Gesundheitswesen und, wie schon im Jahr 2010, zahlreiche Studenten und Jugendliche. Alles deutet auf einen längeren, hartnäckigen Kampf hin. Wie üblich jagen die verschiedenen Opportunisten auch dieser Bewegung nach, während ihre grundlegende Politik der illusorische Versuch sein wird, den Status quo beizubehalten oder vielleicht ein paar Reformen durchzuführen. Im Gegensatz dazu geht es darum, Organe einer möglichen Doppelmacht (Arbeiterräte) vorzubereiten durch Übergangsforderungen, mit einem Programm, das zur Arbeiterrevolution in ganz Europa hinführt.

Der nachfolgende Artikel wurde übersetzt aus L'Internationaliste Nr. 10, Juni 2019, das französischsprachige Organ der Liga für die Vierte Internationale.

6. JUNI 2019 – Mehr als sechs Monate ist es nun her, dass die ersten Demonstrationen der „Gilets jaunes“ (Gelbe Westen) in Frankreich stattfanden. Tausende von Menschen demonstrieren immer noch, obwohl die bürgerlichen Medien seit ihrem Beginn – mit schlecht getarnter Ungeduld – darauf gewartet haben, dass die Bewegung abebbt und dann stirbt. Die brutale Unterdrückung hat die Demonstrationen auf einen harten Kern reduziert, und eine unablässige Propagandakampagne in den bürgerlichen Medien hat die anfänglich starke öffentliche Unterstützung untergraben, aber der Guerillakampf ist noch lange nicht beendet. Die Polizeigriffe sind die massivsten und brutalsten seit Winter 2019



Foto: Deutsche Welle

Gelbe Westen Demo in Paris, November 2018. Auf dem Plakat: „Macron, hau ab!“

Mai 1968, doch bürgerliche Medien auf der ganzen Welt – die so schnell einen Aufschrei über „Gewalt“ gegen putsch-planende rassistische Bourgeois in Venezuela auslösen – vertuschen den Polizeiterror in Frankreich.

Die soziale Polarisierung wurde durch die Reaktionen auf das Feuer, das im April die Pariser Kathedrale Notre-Dame beschädigte, scharf in den Mittelpunkt gerückt. Während der französische Präsident Macron dies als weiteren Vorwand für den Aufruf zur nationalen Einheit nutzte, waren viele Gelbwesten zu Recht wütend darüber, dass französische Unternehmen, viele staatlich subventioniert, lässig Hunderte von Millionen Euro für Reparaturen als wohltätige Maßnahme anbieten konnten, während die sozialen Dienste bis auf die Knochen beschnitten werden. Seit seiner Amtsübernahme im Mai 2017 hat Macron neue arbeiterfeindliche Arbeitsgesetze eingeführt, die Privatisierung des staatlichen Eisenbahnsystems der SNCF eingeleitet, 120.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor abgebaut und neue Hindernisse für den Zugang zu den Universitäten geschaffen. Er hat die Vermögenssteuer gestrichen und gleichzeitig die Steuern auf Renten erhöht und Mietzuschüsse gekürzt.

Macrons erhöhte Steuern auf Treibstoff, die vor allem die Werkstätigen betrafen, waren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und den Aufstand der Gelben Westen auslöste. In ganz Europa haben die sozialen Unruhen nach dem Finanzcrash im Jahr 2008 die Form einer Vielzahl von populistischen Bewegungen und Parteien angenommen. Diese haben große Teile der Kleinbourgeoisie sowie Arbeiter, Jugendliche und andere, die von der globalen Wirtschaftskrise hart getroffen wurden, mobilisiert. Einige haben einen rechtsnationalistischen Charakter, zielen auf Einwanderer und gehen über in faschistoide Parteien wie die Lega in Italien und absolute Faschisten wie der Nationale Zusammenschluss (Rassemblement National, RN) in Frankreich. Andere haben sich nach links bewegt, wie SYRIZA in Griechenland oder Podemos in Spanien. Aber die brutale Austerität hat sich fortgesetzt, da niemand eine *Klassenopposition gegen das kapitalistische System* aufgestellt hat.

Die Gelben Westen sind eine weitere der

- Für Arbeiter-Aktionen gegen polizeiliche Repressionen!
- Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse, um die kapitalistische Austerität zu zerschlagen!
- Für den Aufbau einer multiethnischen Arbeiterpartei auf dem Programm von Lenin und Trotzki

populistischen Bewegungen, die in den letzten Jahren gekommen und gegangen sind. Statt als eine strukturierte politische Formation kam sie in Frankreich eher als eine „*mouvance*“, als ein Milieu auf, was die Tatsache widerspiegelt, dass sie sowohl Linke als auch Rechte umfasst, und viele, die vor den kapitalistischen Parteien des Mainstreams geflüchtet sind. Solche Bewegungen mehrerer Klassen – ob der „Linken“, der Rechten oder der Mitte zugehörig – haben einen bürgerlichen Klassencharakter und können daher keinen revolutionären Kampf zum Sturz des Kapitalismus führen. Die Tatsache, dass sie den öffentlichen Protest gegen Ungleichheit und Austerität kanalisiert haben, ist die Strafe der Geschichte für das Fehlen einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse. Um vorwärts zu kommen, ist es notwendig, das Proletariat zu mobilisieren, um die *Klassenachse des Kampfes zu verändern*.

Die Regierung bereitet das Gelände definitiv vor. Die polizeilichen Maßnahmen gipfelten am 1. Mai in Paris in Tränengas- und Wasserwerfer-Angriffen auf Gewerkschaftskontingente sowie Gelbe Westen und andere. Aber die Vorgeschichte für das plötzliche und unerwartete Auftauchen der Gelben Westen war eine Reihe von Niederlagen der organisierten Arbeiterbewegung, hauptsächlich da die Gewerkschaftsbürokratien weiterhin als die Arbeiterleutnants des Kapitals funktionieren und den

Kampf sabotieren. Während die Gewerkschaften CFTD (Confédération Française Démocratique du Travail, [Französische Demokratische Konföderation der Arbeiterschaft]) und Force Ouvrière (FO) [CGT-Force Ouvrière, Allgemeiner Gewerkschaftsbund – Arbeitermacht] „Dialog“ mit Macron über seine arbeiterfeindlichen „Reformen“ führen, bietet die angeblich kämpferische CGT (Confédération Générale du Travail, einst mit der kommunistischen Partei verbunden) nur symbolische eintägige Mobilisierungen an. Die sogenannte „radikale Linke“ (die NPA - Neue Antikapitalistische Partei) und LO (Lutte Ouvrière [Arbeiterkampf]) wiederum fungieren als „linke“ Flanke dieser Bürokratien.

Die Situation schreit nach einer Arbeiterführung, die über den einfachen Gewerkschaftskampf hinausgeht, mit einem



Foto: Etienne Laurent/EPA

Der gemäß Selbstdarstellung „jupiterianische“ Präsident Frankreichs bei einem Inspektionsrundgang in Paris, von seiner Polizei begleitet, 2. Dezember 2018.

Programm zur Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse und der Mobilisierung der Rentner, Jugendlichen, Arbeitslosen und Einwanderer in hartem Klassenkampf. Die Gelben Westen begannen als eine Bewegung der Provinzen gegen die glitzernde Elite der Hauptstadt. Aber während sie den Verkehr und einige kommerzielle Transporte unterbrechen, fehlt ihnen die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse. Um Macron, den Investmentbanker, der sich für einen Miniatur Napoléon (oder sogar den höchsten Gott Jupiter) hält, zu Fall zu bringen, ist es notwendig, sich mit der belagerten Arbeiterklasse und den Immigranten der Vorstädte zusammenzuschließen, angeführt von den „schweren Bataillonen“ der Industriearbeiter und angeleitet von einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei. Zu diesem Zweck würde eine leninistisch-trozkistische Avantgarde eine Reihe von Übergangsforderungen vorbringen, die zu einer Arbeiterregierung führen.

Eine heterogene populistische Bewegung

Mit der gelben Warnjacke, die für alle Autofahrer in Frankreich obligatorisch ist, als ihrem Symbol kamen am 17. November rund 300.000 Menschen heraus und errichteten mehr als 2.000 Straßensperren in einer anfänglichen Rebellion gegen die Benzin-Steuererhöhung. Bald wurde es zu einer diffusen Revolte, die von der unerträglichen Arroganz des französischen Präsidenten Emmanuel Macron angeheizt wurde. Im Dezember kündigte Macron an, dass die Erhöhung der Treibstoffsteuer verschoben würde, zusammen mit ein paar anderen trivialen Zugeständnissen, und er würde eine „Anhörungstournee“ durch das Land unternehmen. Nach einigen Monaten eines inszenierten Monologs kündigte Macron im April die nächste Runde kapitalistischer Angriffe an, die kaum getarnt waren, und sagte, seine Reformen sollten „erhalten, nachverfolgt und intensiviert werden“.

Die Bewegung der Gelben Westen hat die weit verbreitete Wut von Millionen von Menschen gegen steigende Preise und Steuern zum Ausdruck gebracht. Die „Ökosteuer“, die die Benzinpreise in die Höhe trieb, bedeutete eine neue Belastung für weite Teile der Bevölkerung. Wie bei den jüngsten Protesten gegen die Benzinpreiserhöhungen („Benzinazo“) 2017 in Mexiko, der Rebellion der LKW-Fahrer im Mai 2018 in Brasilien und der Revolte in Haiti im Juli wurden die Steuererhöhungen zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs von internationalen Finanzbehörden angeordnet. Macrons Behauptungen, sich dabei um die Umwelt zu sorgen, sind geradezu beleidigend. Angesichts des bewussten Herunterfahrens der öffentlichen Verkehrsmittel, der schrumpfenden Zahl von staatlichen Ämtern, Sozialdiensten, Krankenhäusern, Schulen, Geschäften usw. brauchen die Menschen außerhalb der Zentren ihre PKWs mehr denn je.

Der Aufruhr der Gelben Westen ist in der Tat eine Explosion von *la France profonde*, dem „tiefen Frankreich“ der Provinz. Die Provinzen werden seit den Tagen der Jakobiner und der Pariser Kommune als Reaktionsnester abgeschrieben. Heute sind sie der Ort, an dem die faschistische RN ihre höchsten Wahlergebnisse erzielt. Wie jedes Klischee hat auch dieses einige Elemente der Wahrheit, aber nur einige. Eine Studie über einige der ersten protestierenden Gelben Westen, die in *Le Monde* (11. Dezember 2018) veröffentlicht wurde, zeigte, dass es sich soziologisch gesehen um eine Bewegung der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht handelt. Es gab höhere Anteile von Angestellten und Selbständigen, aber viele erreichten kaum den Mindestlohn. Der Altersmedian lag mit 45 Jahren etwas über dem französischen Durchschnitt, was die Tatsache widerspiegelt, dass ein Viertel davon Rentner waren.

Es handelt sich also nicht um eine Neuaufgabe der poujadistischen Bewegung der



CRS Bereitschaftspolizei geht auf Gelbwestendemonstranten in der Nähe des Pariser Arc de Triomphe los, am 12. Januar. Freiheit für alle, annulliert die Anklagen!

1950er Jahre, einer reaktionären Bewegung, die die im Niedergang befindliche traditionelle Mittelschicht, vor allem die Kaufleute, vertrat. Aber es ist auch nicht die organisierte Arbeiterklasse: 64% gaben an, dass Gewerkschaften keinen Platz in der Bewegung hätten. Ein Drittel sagte, sie seien „weder links noch rechts“ (hinter dem sich oft eine reaktionäre Haltung verbirgt), und für fast die Hälfte (47%) war dies ihre erste politische Aktivität.

Die Gelben Westen verbannten damit von Anfang an nicht nur politische Parteien, sondern auch jede Form von konkreter kollektiver Entscheidungsform und Vertretung. Sie wollten keine „Sprecher“ (auch keine Sprecherinnen), obwohl die bürgerlichen Medien am Ende einige wenige Individuen herausgegriffen haben. Einerseits gab es die LKW-Fahrer Eric Drouet und Maxime Nicolle, die verdächtigt wurden, faschistische Sympathien zu hegen. Und auf der anderen Seite die schwarze karibische Französin Priscillia Ludosky. Aber Nicolle und Ludosky legten Wert darauf, gemeinsam in Paris und dann im Januar in Bourges zu demonstrieren. Auf der Suche nach einem Konsens häufte die Bewegung einfach Forderungen an, egal wie widersprüchlich sie auch sein mochten. Am Ende wurde eine politische Polarisierung verhindert, indem eine wirkliche politische Debatte und Entscheidungsinstanz gemieden wurde.

Eine Liste von 42 Forderungen entstand auf einem nationalen Treffen in Commercy im Dezember. Dazu gehörten die Wiedereinführung der Besteuerung der Reichen, die Anhebung des Mindestlohns, Arbeitsplätze für Arbeitslose und bessere Renten, kleinere Klassengrößen, Vollpensionierung mit 60 bzw. mit 55 für Arbeiter mit belastender körperlicher Tätigkeit, den Stopp der Schließung von Nahverkehrszügen, Postämtern und Schulen usw. Kurz gesagt, eine Liste aller guten Dinge, die per Meinungsumfrage hätten zusammengestellt werden können. Viele könnten sogar von einem wendigen faschistischen Demagogen unterstützt werden. Forderungen wie höhere Steuern für McDonalds und Google und das Verbot des Verkaufs von Dämmen und Flughäfen könnten eine französisch-nationalistische Tendenz haben. Einige forderten eine bessere Behandlung der Flüchtlinge, aber auch eine rasche Ausweisung derjenigen, deren Fälle abgelehnt werden.

Es gab vor allem viel Stimmung dafür, dass politische Fragen in Referenden entschieden werden sollten. Dies ist ein pseudo-demokratisches und letztlich anti-demokratisches Verfahren, bei dem der bürgerliche Staat die Bevölkerung manipuliert, indem er ihr sorgfältig ausgewählte und begrenzte Alternativen anbietet. Eine solche plebiszitäre Herrschaft wurde von Napoleon II. und De Gaulle befürwortet. Aber innerhalb der Bewegung selbst gab und gibt es weder einen Mechanismus, um zu entscheiden, welche Ansichten eine Mehrheit haben, bzw. welche abzulehnen sind, noch eine Strategie dafür, den Kampf zu entwickeln. Die Bewegung blieb in Hunder-

te von lokalen Gruppen zersplittert, und die Versuche, eine Kandidatenliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu organisieren, fiel in sich zusammen.

Während sich ihr Zorn gegen Bankiers und kapitalistische Politiker richtet, war das Bewusstsein der Demonstranten keineswegs revolutionär und nicht einmal implizit „antikapitalistisch“, wie einige von der Linken es gerne hätten. In dieser Hinsicht ähnelt sie der Bewegung der spanischen Indignados (Die Empörten) von 2011 und der der Nuit Debout („Aufrecht durch die Nacht“) von 2016, die, vor allem in Paris, öffentliche Plätze besetzte. Diese Bewegungen zählten eine große Anzahl von ziemlich privilegierten Jugendlichen der Mittelschicht (auch wenn ihr Studium sie arbeitslos gelassen hatte), mit einer begrenzten Anzahl von jungen Arbeitern und von noch weniger eingewanderten Arbeitern. Die Gelben Westen sind aus der unteren Mittelschicht oder der Arbeiterklasse und weniger sprachgewandt, und somit weit weniger attraktiv für diejenigen Journalisten, die nicht einfach die Regierungslinie über die Gelben Westen als bloße Schlägertypen wiederkäuen wollen.

Wie die Gelben Westen, so schloss auch Nuit Debout Faschisten oder Reaktionäre nicht aus und sprach viel von einer Verfassungsänderung. Diese war jedoch viel enger mit der Bewegung „La France Insoumise“ (Frankreich ungebeugt - LFI) verbunden, die aus der sozialdemokratischen Parti de Gauche [Partei der Linken] hervorging als ein persönliches Vehikel für Jean-Luc Mélenchon auf explizit nationalistisch-populistischer Basis. Und wenn man die französische Trikolore schwenkt, die Nationalhymne (die Marseillaise) singt und einwanderungsfeindliche Bemerkungen macht, ist es nicht verwunderlich, dass die Gelben Westen in Paris, anderen Großstädten und den Banlieues (Vorstädte) nie wirklich Wurzeln geschlagen haben, haben sie doch der eingewanderten Bevölkerung nichts zu bieten.

Lehren aus der Niederlage bei der Bahn

Im Jahr 2016 präsentierte die „sozialistische“ Hollande-Valls-Regierung das El-Khomri-Gesetz, benannt nach ihrer Arbeitsministerin, das es den Bossen leichter machte, Arbeiter zu entlassen und Überstunden- und Abfindungszahlungen zu reduzieren. Sie peitschte das Gesetz durch und verhinderte eine Abstimmung im Parlament, obwohl es die Selbstzerstörung der Sozialistischen Partei (im Dienste des Kapitals) bedeutete. Doch es stieß auf heftigen Widerstand der Arbeiterklasse. Streiks in einer Reihe von Sektoren, wie z.B. den Häfen, waren wirksam, und Streikposten blockierten recht erfolgreich Gasraffinerien und -depots. Obwohl Philippe Martinez, der Leiter der CGT, als unvernünftig Unnachgiebiger dargestellt wurde, sagte er tatsächlich: „Solange die Regierung sich weigert zu diskutieren, besteht die Gefahr, dass die Mobilisierung anhält“ (*Le Figaro*, 25. Mai 2016).

Aber was gab es da zu diskutieren? Ein echter Kampf – d.h., ein richtiger und nicht

nur symbolischer Generalstreik – hätte bedeutet, den korrupten Bürokraten die Kontrolle aus den Händen zu nehmen, über die lokalen Initiativen an den einzelnen Arbeitsstätten hinauszugehen und organisierte Formen zu schaffen, die den Kampf verkörpern: gewählte Streikkomitees, um alle Gewerkschafter, die jetzt in verschiedene Gewerkschaften aufgeteilt sind, sowie Nichtgewerkschafter zu vereinen, Massestreikpostenkettens zur Ausweitung des Streiks und zur Verteidigung der Streikenden; sowie nationale Koordinierungskomitees, die Paris mit Mobilisierungen in den Provinzstädten verbinden.

Das El-Khomri-Gesetz war nur ein erster Schritt für die französische Bourgeoisie. Zwei Jahre später, als eine seiner ersten Handlungen, griff Macron die Eisenbahner an. In *Le Monde* (27. Februar 2018) riet ihm ein Experte, die Demontage der SNCF [staatliche Eisenbahngesellschaft Frankreichs] „als eine Schlacht... ein heldenhaftes Gefecht gegen die Gewerkschaftshydra“ zu inszenieren, wie es die britische Premierministerin Thatcher in den 80er Jahren gegen die Bergarbeitergewerkschaft tat. Macrons Premierminister Édouard Philippe betonte seine „Entschlossenheit“, ein anderer Berater kommentierte: „Es ist nicht mehr 1995“, ein Verweis auf die Welle von Streiks im öffentlichen Sektor in jenem Dezember, welche die Versuche der Regierung, die Renten zu kürzen, vereitelten.

Der Vergleich mit den britischen Bergleuten, die schließlich durch die Auslöschung des gesamten Kohlebergbaus unterdrückt wurden, unterstreicht die Schlüsselrolle, die die Eisenbahner in Frankreich seit Jahrzehnten spielen. In den Bahnstreiks 1986-87, während die Gewerkschaftsbürokraten, einschließlich der CGT, weitgehend diskreditiert waren, sind Koordinationen (Streikkoordinierungsausschüsse) in wichtigen Eisenbahndrehkreuzen, wie Rouen, entstanden. Viele Mitglieder der „extremen Linken“ spielten damals eine aktive Rolle bei der Vereinigung des Kampfes und übergaben dabei die Bürokraten der CGT. Aber 1995 gab es solche Ausschüsse kaum mehr, und die ehemaligen in ihnen aktiven Linken waren in die Bürokratien der Gewerkschaften assimiliert worden. In den 2000er Jahren waren diese anfänglichen, antibürokratischen Koordinationen trotz einzelner Versuche, sie in einigen Pariser Terminals wiederzubeleben, nur eine ferne Erinnerung.

Bereits im Februar 2018 mit Macrons Plänen konfrontiert, zauderten die Bürokraten und vergeudeten Zeit mit endlosen „Verhandlungen“, obwohl die Regierung bereits ihren Entwurf für ein Privatisierungsgesetz vorgelegt hatte, und planten ein erstes Referendum für den Mai. Zusätzlich zu den üblichen machtlosen „Aktionstagen“ einigten sich die Bürokraten schließlich auf die Verlierertaktik von „zwei von fünf“, d.h., rotierende zweitägige Streiks gefolgt von drei Arbeitstagen. Diese zogen sich hin, demobilisierten die Eisenbahner, verärgerten die Pendler und sorgten dafür, dass es keine Verbindung zu den Studenten gab, die gegen Macrons soziale Auswahlprogramme für die Hochschulbildung protestierten, oder zu anderen öffentlichen Bediensteten, die zu ihren eigenen „Aktionstagen“ aufgerufen wurden, die sich gelegentlich mit denen der Eisenbahner überschneiden.

Schließlich begannen der Gewerkschaftsverband Solidaires mit Unterstützung der NPA und LO-Anhänger in der CGT, sich für „verlängerbare“ (*reconductibles*) Streiks an jedem Standort einzusetzen; mindestens einmal riefen die CGT-Spitzen die Polizei gegen Versuche, einen solchen Streik zu organisieren. Obwohl kämpferischer, wich diese Taktik der Notwendigkeit einer breiteren Mobilisierung aus, die in einer Klassenkonfrontation dieser Größenordnung erforderlich war, sowie der Notwendigkeit tatsächlicher Streikkomitees, um die verschiedenen Gewerkschaftsverbände einzubinden, und der Notwendigkeit einer alternativen Führung.

Wieder einmal wurde der Regierungs-

plan durchgepeitscht.

Heute überwiegen kurzfristige Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von weniger als einem Monat die Anzahl der unbefristeten Verträge im Verhältnis von 4,5 Millionen zu 1 Million. Nur die Hälfte der „wegwerfbaren“ Arbeiter mit befristeten Verträgen hat überhaupt Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei über 9%, und der Median des monatlichen Nettoeinkommens liegt bei 1.700 €, ungefähr 20.000 € pro Jahr. Die Regierung droht nun, 120.000 öffentliche Angestellte zu entlassen, weil sie glaubt, dass sie mittlerweile den gewerkschaftlichen Widerstand gebrochen hat. Aber der Kampf ist noch nicht vorbei.

Versäumtes Rendezvous

Am 17. November letzten Jahres reagierte CGT-Generalsekretär Martinez auf die Bewegung der Gelben Westen mit der Erklärung, dass es „unmöglich sei, sich vorzustellen, dass die CGT mit der Nationalen Front zusammenmarschiert“, und warf ihr ferner vor, sie sei lediglich eine von den Bossen manipulierte Anti-Steuer-Mobilisierung. Aber wenn Martinez wirklich glaubte, dass dies eine von den Faschisten dominierte Bewegung sei, hätte er eine aktive Opposition vorschlagen sollen, anstatt die Hände reinzuwaschen und tatenlos zusehen. Tatsächlich sind die Arbeiter der Ölraffinerien am 22. November, während der jährlichen Tarifverhandlungen, in einen nationalen Streik getreten. So gab es im Departement Bouches-du-Rhône Streikende in einer Total-Raffinerie, die auf der anderen Straßenseite von den Gelben Westen standen – eine perfekte Gelegenheit zur Verbrüderung. Die CGT-Bürokratie beeilte sich, den Vertrag zu unterzeichnen.

Am 5. Dezember [2018] forderte Macron, dass „politische Kräfte, Gewerkschaftskräfte und Arbeitgeber einen klaren und ausdrücklichen Aufruf zur Ruhe und Achtung des republikanischen Rahmens“ ausgeben sollten. Die CGT, CFDT, FO, FSU (eine der Föderationen der Lehrer) und mehrere andere Gewerkschaftsföderationen trafen sich, um ein Kommuniqué zu erstellen, in dem „alle Formen von Gewalt bei der Äußerung von Forderungen“ verurteilt wurden, und gratulierten der Regierung dazu, „die Tür zum Dialog zu öffnen“. Als konkretes Zeichen dieses Verrats haben die CGT und die FO am 7. Dezember, nach einem Treffen mit dem Verkehrsminister, den unbefristeten Streik der LKW-Fahrer abgesagt, der drei Tage später beginnen sollte.

Endlich, am 5. Februar, nach einer gewissen Verbrüderung vor Ort und dem Druck aus den Reihen, einigten sich die CGT-Spitzen darauf, zu einem eintägigen Generalstreik und zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Gelben Westen aufzurufen (von denen viele jedoch, aufgrund ihrer prekären finanziellen Situation, nur am Samstag demonstrieren). Während die Demonstrationen relativ groß waren, wurde der Streik selbst schlecht befolgt: Er war zu klein, zu spät und wurde nicht wiederholt. Wie Trotzki über diese Taktik schrieb:

„Der Generalstreik ist seinem Wesen nach ein revolutionäres Kampfmittel. Im Generalstreik sammelt sich das Proletariat als Klasse gegen seinen Klassenfeind. Der Generalstreik ist absolut unvereinbar mit der Volksfrontpolitik, die nichts anderes ist als ein Bündnis mit der Bourgeoisie, d.h., die Unterwerfung des Proletariats unter die Bourgeoisie. Die erbärmlichen Bürokraten der Sozialistischen und Kommunistischen Partei wie der Gewerkschaften betrachten das Proletariat als bloßes Hilfsmittel in ihren Kombinationen hinter den Kulissen mit der Bourgeoisie. Man forderte die Arbeiter auf, eine einfache Demonstration mit Opfern zu bezahlen, die in ihren Augen nur einen Sinn haben konnten, wenn es sich um einen Entscheidungskampf gehandelt hätte. Als ob man eine Millionenmasse von Arbeitern nach Belieben, den parlamentarischen Kombinationen entsprechend, Wendungen nach rechts und nach links machen lassen könne!“ –L.D. Trotzki, „Die Entscheidungsstunde naht“ (Dezember 1938)

Während die Gewerkschaften (nach ei-

Die opportunistische Linke im Gefolge der Gelben Westen

Als die Gelben Westen auf die Szene platzten, war es wie ein Geschenk des Himmels für die Mehrheit der demoralisierten französischen „extremen Linken“. Mit der Auflösung der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) und der Gründung der Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) im Jahr 2009 atmete die Mehrheit der Gründer erleichtert auf, weil sie die Worte „kommunistisch“ und „revolutionär“ über Bord werfen konnten.

Aber dies war nur der erste Schritt in Richtung Auflösung. Bald verließen ganze Teile die NPA in Richtung der grüneren Weiden der Parti de Gauche (Linkspartei), die wiederum von einer Form der Sozialdemokratie zum bürgerlichen Nationalpopulismus als La France Insoumise (LFI, Unbeugsames Frankreich) überging. Das Glück der LFI bei den Wahlen steigt und fällt je nachdem, ob ihr *líder máximo* (Oberleiter) Jean-Luc Mélenchon für das Präsidentenamt kandidiert oder nicht.

Seit einigen Jahren ist die Mehrheit der NPA überzeugt, dass sich das Kräfteverhältnis entscheidend zum Nachteil der Arbeiterklasse verändert hat. Für diese sklavischen Anhänger der „Dynamik“ bedeutet dies, dass heute sehr wenig zu tun ist. Die NPA spielte keine unabhängige Rolle in den Kämpfen um das Arbeits-„Reform“-Gesetz von El Khomri im Jahr 2016 und trabte einfach hinter „Nuit Debout“ (Aufrecht durch die Nacht) her, die populistische Bewegung, die Stadtplätze besetzte, um gegen das Gesetz zu protestieren). Deren einzige wirkliche nationale Aktivität im Jahr 2017 war die Kampagne des Präsidentschaftskandidaten der NPA, Philippe Poutou.

So war der ehemalige Präsidentschaftskandidat der LCR, Olivier („Ich bin nie Trotzkist gewesen“) Besancenot, absolut begeistert von den Gelben Westen: „Ich habe noch nie solche Mobilisierungen erlebt, Tausende von Menschen, die ins Zentrum von Paris, auf die Champs-Élysées, gehen wollen, so, wie ich mir vorstelle, wie Bauern zu ihrer Zeit gegen den Großherrscher rebellierten, indem sie auf sein Schloss gingen, um Rechenschaft zu fordern.“ Laut Besancenot war es also die Aufgabe der NPA, „diese Bewegung zu unterstützen, damit sie den größtmöglichen antikapitalistischen Ausdruck findet“ – eine wahrhaftig tief gehängte Latte.

Die Anarchisten wollen zumindest etwas

nem halbherzigen Kampf) wiederholt geschlagen wurden, hing der Klassenkampf in Frankreich nie nur von der Stärke der Gewerkschaftsorganisationen ab. Da Macron seiner Basis in der oberen Mittelschicht neue Steuergeschenke verspricht (eine Senkung der Einkommensteuer bedeutet nichts für 55% der französischen Bevölkerung, die zu arm sind, um irgendwelche persönlichen Steuern zu zahlen), wird es noch weitere Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen geben. Unterdessen entlassen Unternehmen wie General Electric trotz riesiger Subventionen weitere Hunderte von Arbeitern.

Eine breite Gegenoffensive ist gefragt. Die Tatsache, dass mit den Gelben Westen wichtige Teile des Kleinbürgertums gegen Macrons brutale Maßnahmen mobilisiert wurden und sich der Unterdrückung widersetzen, ist äußerst positiv, aber sie haben weder die soziale Macht noch das kohärente Klasseninteresse, das siegen könnte. Militante Arbeiter müssen den Kampf aufnehmen, um die Bürokraten aus ihren Ämtern zu verdrängen und ihre defätistische Politik der Klassenkollaboration abzulehnen. Indem man den Gelben Westen die Hand ausstreckt, könnte eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung viele von ihnen für den revolutionären Kampf gewinnen.

tun, auch wenn es hauptsächlich Straßentheater ist – Scharmützel mit der Polizei, ein paar eingeschlagene Fenster – und oft kontraproduktiv. Die verschiedenen pseudotrotzkistischen Strömungen hingegen haben sich in dem geschult, was Lenins Bolschewiki *Khvostismus* oder Nachtrabpolitik nannten, die Kunst, jeweils die „Bewegung“ zu verfolgen, die gerade in Mode ist. Die Kommentare von Besancenot sind ein Paradebeispiel dafür. So fuhr er fort:

„Daher ist die einzig mögliche, glaubwürdige politische Perspektive für die soziale Bewegung und die Linke, dass diese Bewegung gewinnt, politisiert wird und eine Form der politischen Repräsentation für sich selbst entwickelt. Diese Bewegung muss eine politische Grundlage für eine neue soziale und politische Kräftekonstellation schaffen.“ So wird sich wieder einmal „die Bewegung“ als einheitliches Geschöpf irgendwie entwickeln, um die „Linke“ zu retten.

Bei solchen besancenot'schen Klischees über 1789 und Bauernaufstände des Mittelalters erinnern wir uns daran, dass die NPA auch die Revolte der Lastwagenfahrer „Bonnets Rouges“ (rote Kappen) von 2013-14 begrüßt hat. Dieser Protest gegen die Ökosteuer wurde von verschiedenen lokalen kapitalistischen Unternehmen manipuliert, während er einige irreführende Arbeiter anzog und den Namen bretonischer Bauernrebellens des 17. Jahrhunderts annahm. So wurde die NPA zum angeblichen „unabhängigen Arbeiterpol“ einer gemeinsamen Kundgebung im November 2013 in Quimper, zusammen mit dem bürgerlichen rechten Flügel, einigen Faschisten und katholischen Bischöfen. Dabei werden ältere Kader sich zweifellos an die „gute alte Zeit“ erinnern, als sie im Jahre 1981 die polnischen Kapitalismus-Restauratoren von Solidarność in Schulterschluss mit einem ähnlichen politischen Spektrum unterstützten.

Anfang 2019 war bereits klar, dass es den Gelben Westen nicht wirklich gelungen war, die weit verbreitete Sympathie zu nutzen, die sie zunächst genossen, um massivere Kämpfe auszulösen. Die NPA hat sich damals nicht für einen richtigen Generalstreik eingesetzt. Stattdessen unterstützte sie die eintägige Alibi-Aktion von CGT-Chef Philippe Martinez, während sie sanftmütig versuchte, sie leicht nach links zu schieben.

Eine echte Strategie zur Bekämpfung dieses kapitalistischen Krieges gegen die Werktätigen würde darin bestehen, Schlüsselindustrien zu bestreiken, um die **Umwandlung von Zeitverträgen in Vollzeitstellen** zu fordern; die **Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich** und die Aufteilung der verfügbaren Arbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose; die **Löhne gegen die Inflation zu indexieren**; die **Banken zu besetzen und ihre Bücher zur Kontrolle durch Arbeiterkommissionen zu öffnen**, um festzustellen, wohin das Geld geflossen ist; und die **Raffinerien und Eisenbahnknotenpunkte unter Arbeiterkontrolle zu stellen**. Im Rahmen eines solchen Programms zur Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse auf dem Weg zur sozialistischen Revolution ist in der Tat der **Aufruf zum Generalstreik** erforderlich, der sich sowohl an die Gewerkschaften als auch an die Arbeitermassen richtet, wie dies im Mai 1968 in Frankreich geschah.

In dem Fall würde sich jedoch die Frage stellen, welche Klasse herrscht. Dies unterstreicht die entscheidende Notwendigkeit, den Kern einer revolutionären Arbeiterpartei, einer trotzkistischen Partei, zu formen, um den Kampf für die internationale sozialistische Revolution anzuführen. ■

So auch Lutte Ouvrière, wenn auch aus einer anderen Richtung kommend. LO reagierte auf die ersten Proteste, indem sie Martinez für seine Haltung der Nichteinmischung kritisierte und sagte, dies überlasse die Führung den Rechten. Sie berichteten über Fälle von Verbrüderung zwischen Gewerkschaftern und Gelben Westen und forderten die „Aufstellung von Arbeiterforderungen“. Aber LO meinte damit nicht, dass die Arbeiterklasse mobilisiert werden sollte, um für die Macht zu kämpfen und dadurch Teile der Kleinbourgeoisie hinter sich zu ziehen.

Nein, LO stellte, wie üblich, eine Reihe von minimalen wirtschaftlichen Forderungen: Löhne erhöhen, die Kapitalisten bezahlen lassen, usw. In einem Leitartikel bot *Lutte Ouvrière* (5. Februar) ein klar reformistisches Programm an:

„Wenn der Staat etwas bauen will, zum Beispiel eine Eisenbahnlinie, beschlagnahmt er das Land und enteignet einzelne Grundeigentümer im Namen des Allgemeininteresses. Aber die Fabriken beschlagnahmen, die von den Großkonzernen geschlossen werden sollen und die vorher in öffentlichen Mitteln gebadet wurden, ist tabu. Es ist ein Tabu, das die Arbeiter ein Interesse haben, zu brechen; denn Rechenschaft von der Kapitalistenklasse zu fordern und zu überprüfen, was sie mit den Milliarden, die sie durch die Ausbeutung erlangt haben, gemacht hat, ist notwendig.“

Und so weiter und so fort. Wenn der Leitartikel dann sagt, dass wir „die Kapitalistenklasse in Frage stellen, und ihre Entscheidungen und ihre Macht bestreiten“ müssen, mag das für die Uneingeweihten radikal klingen, aber es bedeutet nicht, diese Bourgeoisie tatsächlich zu stürzen. Im Gegenteil, LO fordert den kapitalistischen Staat auf, die Fabriken zu requirieren. Ebenso steht hinter LO's beständiger utopischer Aufforderung an die Regierung, Entlassungen zu verbieten, eine Vision vom „Sozialstaat“-Kapitalismus.

Die Trotzkistische Fraktion betritt die Bühne

Die Trotzkistische Fraktion (FT) als internationale Strömung – in Frankreich vertreten durch eine Fraktion innerhalb der NPA, die Revolutionäre Kommunistische Strömung (CCR) – versucht, eine goldene Mitte zwischen der Passivität von LO und dem stinkenden Opportunismus der NPA-Führung zu treffen. Schon jetzt, in einer wichtigen Erklärung (13. Mai), „Klassenkämpfe und neue politische Phänomene auf der ganzen Welt“, erklärt die rechts-zentristische FT, dass die Gelben Westen nichts weniger als „der bedeutendste Prozess des Klassenkampfes in der Welt heute“ seien. Sie erklärte sogar, Frankreich befinde sich in einer „vorrevolutionären“ Situation:

„Diese absolut subversive Haltung [der Gelben Westen], im Gegensatz zu den zahmen Demonstrationen, die für die routinemäßigen Aktionen der Gewerkschaftsverbände oder der Linken charakteristisch waren, spiegelt sich in der Entscheidung wider, die Demonstration am 24. November auf dem Champs-Élysées zu behalten, obwohl die Regierung sie verboten hatte. Ein neuer Meilenstein wurde mit dem ‚revolutionären Tag‘ am 1. Dezember erreicht, der Paris und viele Städte der Region erschütterte, während die Exekutive mit den Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung völlig überwältigt war.“

–„Die gelben Westen und die vorrevolutionären Elemente der Situation“, *Révolution Permanente*, 2. Dezember 2018

Mit etwas Gramsci-Sauce und einer Prise „Hegemoniekrise“ serviert, ist es eine lächerliche Vorstellung, dass diese Proteste mit einigen Zehntausenden von überwie-

gend kleinbürgerlichen Demonstranten irgendwie einer revolutionären Situation gleich oder nahe kämen. Die FT kann auf nichts verweisen, das dem kleinsten Korn von Doppelmacht ähnelte. In Wirklichkeit haben diese Pseudotrotzkisten die gleiche Ansicht wie die bürgerliche Presse, die in Straßenkämpfen zwischen Demonstranten und Polizisten und dem in Flammen-Aufgehen des Eliterestaurants Le Fouquets den Anfang der Endzeiten sieht. Der FT fehlt ein Klassenkriterium.

Als Macron einige Tage später zurückwich und die Erhöhung der Kraftstoffsteuer aufschob, rief die FT dazu auf, „die Mobilisierung zu intensivieren, um noch mehr zu erreichen“ (*Révolution Permanente*, 14. Dezember). In einer wirklich vorrevolutionären Situation wäre es ein Verrat, einfach „mehr“ Zugeständnisse zu verlangen, wenn es tatsächlich darum geht, Arbeiterräte zu bilden, die um die Macht kämpfen. Die eigentliche Tätigkeit der CCR war jedoch eher alltäglich: Eine Kampagne, um Gewerkschaften zur Unterstützung der Gelben Westen zu gewinnen; Förderung der Verbrüderung vor Ort in verschiedenen Städten; Versuche, antirassistische Gruppen dazu zu bringen, sich mit Gelben Westen zu vereinen, um gegen die Polizei-Repression zu protestieren. Nicht gerade *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*.

Obwohl die FT angeblich „vorrevolutionäre Elemente“ an der Revolte der Gelben Westen entdeckte, musste sie den „widersprüchlichen Charakter der sozialen und ökonomischen Forderungen der Bewegung eingestehen. Einige sind eindeutig progressiv, wie die Erhöhung des Mindestlohns oder die Streichung einiger indirekter Steuern, während andere viel unklarer sind, wie die Forderung nach einer Senkung der ‚Arbeitgeberbeiträge‘.“ Und inmitten all dieser „revolutionären“ Turbulenzen forderte die CCR lediglich, LO kopierend, den bürgerlichen Staat auf, Entlassungen zu verbieten, anstatt die Arbeiter aufzufordern, die Werke zu besetzen.

In einem Artikel über das unter den Gelben Westen beliebte „Referendum zur Bürgerinitiative“ fordert die FT vielmehr „eine radikaldemokratische Transformation“, inspiriert von der Französischen Revolution. Dies wird offen in menschenwistischer Weise als erster Schritt zu einer (späteren) sozialistischen Revolution dargestellt. Damit setzen sie die Tradition ihres Vorfahren Nahuel Moreno fort, der Trotzki's revolutionäres Übergangsprogramm ablehnte und zugunsten von „radikaldemokratischen“ Forderungen „aktualisierte“.

Die „Trotzkistische“ Fraktion mag sich gegen Morenos Forderung nach einer „demokratischen Revolution“ und „Februarrevolutionen überall“ sträuben, aber sie teilt die „demokratisierende“ Methodik. Und das in einer Situation, in der es vor allem darauf ankommt, die populistische Bewegung entlang der Klassenlinien zu spalten. Darüber hinaus würde ein Kampf für demokratische Grundrechte – wie *volle Staatsbürgerrechte für alle Einwanderer und deren Söhne und Töchter*¹ – die Gelben Westen von ihrem wesentlichen

¹ In Frankreich, wie auch in anderen europäischen Ländern, sind die Kinder von Einwanderern im Gegensatz zu vielen Ländern der westlichen Hemisphäre (einschließlich der USA) nicht automatisch Bürger des Landes, in dem sie geboren wurden.



Der Appell der kommunistischen Arbeiterzeitung *La Vie Ouvrière* für die Mobilisierung am 12. Februar 1934 (unten) gegen die faschistische Gefahr in Frankreich. Trotzki hat keineswegs eine Neuorganisation des bürgerlichen Parlaments als Rückgriff gegen den Faschismus vorgeschlagen, wie verschiedene Pseudotrotzkisten behaupten, sondern forderte eine Arbeitereinheitsfront, um die Werkstätigen für einen Kampf zu mobilisieren, der zur sozialistischen Revolution führt.

Bestandteil der rassistisch-nationalistischen und faschistischen RN-Wähler und Aktivisten trennen.

Die FT hat versucht, ihr Nachtraben hinter radikalisierten Kleinbürgern mit Berufung auf Trotzki zu rechtfertigen, indem sie seine Forderung von 1934 nach einer „einheitlichen Versammlung“ anführten. Dies ist die französische Version ihres Steckenpferds, *überall konstituierende Versammlungen* zu fordern, und dieses mit der Regelung der Pariser Kommune gleichsetzen, dass Gesetzgeber den Lohn eines Arbeiters erhielten und jederzeit wieder abberufen werden konnten. Das alles ist hoffnungslos (und absichtlich) im Dienste eines opportunistischen Programms, das sich an den demokratischen Illusionen der Massen orientiert.

Im Gegensatz zu den Bolschewiki, die eine verfassungsgebende Versammlung forderten, um zu klarzumachen, dass nur die Arbeitermacht die demokratischen Aufgaben lösen könnte, ist die FT der Ansicht, dass ein solches Organ in einem halbkolonialen Land wie Brasilien nicht nur antiimperialistische Maßnahmen, sondern auch agrarische Revolutionen und sogar ein Programm für die Arbeiterklasse umsetzen könne. Und in Frankreich könne eine solche „radikaldemokratische Losung“ verwendet werden, um mit den Massen „gemeinsam zu

kämpfen“, die „das politische System ändern wollen aber mit der Revolution nicht einverstanden sind“ („A Assembleia Constituinte dentro do programa transicional dos revolucionários“ (Die verfassungsgebende Versammlung im Übergangsprogramm der Revolutionäre), *Esquerda Diário*, 16. März 2016).

Wie wir dargelegt haben:

„Die Situation in Frankreich Mitte der 1930er Jahre war ganz anders, und Trotzki forderte dort keine verfassungsgebende Versammlung, der morenoistischen Mythologie zuwider. Wofür hat sich also sein ‚Aktionsprogramm in Frankreich‘ vom Juni 1934 ausgesprochen? Rechtsreaktionäre und Faschisten drängten das Land damals in ein autoritäres, starkes Staatsregime, was einen allgemeinen Trend in ganz Europa widerspiegelte, der durch Hitlers Machtergreifung im Jahr zuvor symbolisiert wurde, sowie die Niederlage des Aufstands der Wiener Arbeiter, zugefügt durch das klerikal-faschistische Dolfuss-Regime in Österreich, im Februar 1934. Trotzki's zentrale Losung angesichts dieser bonapartistischen Bedrohung war nicht für eine bürgerlich-demokratische verfassungsgebende Versammlung, wie es die Morenoisten vorschlugen, sondern vielmehr: Nieder mit dem bürgerlichen ‚Autoritären Staat‘! Für die Macht der Arbeiter und Bauern! Als Teil des Kampfes für eine ‚Arbeiter- und Bauernkommune‘ trat Trotzki dafür ein, die bürgerliche Demokratie gegen faschistische und royalistische Angriffe zu verteidigen. In diesem Zusammenhang forderte er die Abschaffung verschiedener antidemokratischer Aspekte der Dritten Französischen Republik, einschließlich des Senats, der mit eingeschränktem Wahlrecht gewählt wurde, und der Präsidentschaft, die ein Zentrum für militaristische und reaktionäre Kräfte ist, und schlug eine ‚einheitliche Versammlung‘ vor, die legislative und exekutive Befugnisse bündeln sollte.“

– „Trotskyism vs. ‘Constituent Assembly’ Mania“ (Trotzkismus versus die Manie der ‚Verfassungsgebenden Versammlung‘), *The Internationalist* Nr. 27, Mai-Juni 2008

Die Internationale Marxistische Tendenz

Während die menschenwistische Strategie der FT eine morenoistische Tradition hat, ist die Konvergenz mit den tiefen Entristen von Alan Woods' sozialdemokratischer Internationaler Marxistischer Ten-

denz (IMT)² bemerkenswert. Auch die IMT (ehemals La Riposte [Der Gegenschlag] in Frankreich, als sie noch Teil der PCF und danach Mélenchons Parti de Gauche war) verbrachte einen Großteil der Monate November-Dezember atemlos mit der Verfolgung einer imaginären „Revolution“ in Frankreich. Dies entspricht der Neigung von Woods, revolutionäre Situationen mindestens einmal und oft zweimal im Jahr irgendwo auf dem Planeten zu entdecken.

Über die Gelben Westen schrieb die IMT: „Eine solche Bewegung ist charakteristisch für den Beginn einer Revolution“ (*Révolution*, 20. November 2018). Ein paar Wochen später lesen wir, dass Frankreich „Am Vorabend einer revolutionären Situation“ stehe (*Révolution*, 7. Dezember 2018). Aber angesichts dieser imaginären revolutionären Situation, was sind ihre Forderungen? Die IMT fordert die „Gelben Westen und die Gewerkschaften“ auf, „Besteuert die Reichen, nicht die Armen“ und „Erhöht die Löhne und Renten! Für vorgezogene Parlamentswahlen!“ (*Révolution*, 23. November 2018). Nicht gerade ein Ruf nach revolutionärem Handeln, oder?

Wie fast immer, wenn trotzkoider Opportunisten der einen oder anderen nicht-proletarischen Kraft hinterherlaufen, werden Lenins Bemerkungen von 1916 über den Osteraufstand in Dublin („Wer eine ‚reine‘ soziale Revolution erwartet, wird sie nie erleben“) dafür missbraucht. Sie wurden sowohl von der Trotzkistischen Fraktion als auch von der IMT mit Bezug auf die Gelben Westen zitiert, und dies nahezu gleichzeitig. Aber schauen wir uns an, was Lenin tatsächlich geschrieben hat:

„Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen – ohne eine solche Teilnahme ist ein Massenkampf nicht möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich –, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineinragen. Objektiv aber werden sie das Kapital angreifen, und die klassenbewusste Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern, die Banken in Besitz zu nehmen, die allen (wenn auch aus verschiedenen Gründen!) so verhassten Trusts zu expropriieren und andere diktatorische Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus ergeben, einen Sieg, der sich durchaus nicht mit einem Schlag aller kleinbürgerlichen Schlacken ‚entledigen‘ wird.“

– W.I. Lenin, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, Juli 1916.

Lenins bolschewistischer Aufruf, eine proletarische Führung zu schmieden, die auf den Sturz und die Enteignung der Bourgeoisie abzielt, ist eine scharfe Kritik an die heutige sogenannte „Trotzkistische Fraktion“ und die „Internationale Marxistische Tendenz“ und ihr ewiges menschenwistisches wahltaktisches Manövrieren. Während diese Opportunisten im Fahrwasser der Gelben Westen schwimmen, versuchen die Leninisten, diese amorphe Bewegung entlang der Klassenlinie aufzuteilen und die Werkstätigen unter ihnen in Einklang mit einer Arbeiterbewegung zu bringen, die für die Eroberung der Macht kämpft, und um die besten Elemente für den Trotzkismus, den revolutionären Marxismus unserer Zeit, zu gewinnen. ■

² Die IMT ist einer von zwei Flügeln der ehemaligen Militant Tendenz unter der Führung von Ted Grant, die in den 1940er Jahren in die britische Labour Party eintrat und, im Falle der IMT, diese nie verließ. Die Grant-Anhänger verwandelten Trotzki's Taktik des episodischen und begrenzten „Entrismus“ in sich nach links bewegende zentristische Strömungen in eine langfristige Strategie, sich im Labour-Reformismus zu begraben und so den trotzkistischen Kampf für eine unabhängige bolschewistische Avantgarde zu liquidieren.



Leo Trotzki bei seiner Ankunft in Frankreich, 1933.

Handelskrieg = Krieg gegen die Werktätigen

fortgesetzt von der Seite 1

noch einen festen Bestandteil des Establishments des deutschen Imperialismus. Währenddessen ist fast die ganze außerparlamentarische Linke ausschließlich auf die Rekrutierung von Jugendlichen aus den Feelgood-Demos von Fridays-for-Future und dem „Klimastreik“ konzentriert.

Alles zusammen bedeutet dies einen Drang der Bourgeoisie nach einem „starken Staat“, so wie wir das beim Hamburger G20 Gipfel gesehen haben. Wir brauchen harten Klassenkampf dagegen, aber dies kann nur mit einem revolutionären Programm vorwärtskommen. Die dringendsten Aufgaben, vor denen wir heute stehen – Arbeiterkämpfe gegen Entlassungen und Lohnraub, der Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten, Zerschlagung der Faschisten –, erfordern vor allem einen scharfen Bruch nicht nur mit den erzreformistischen SPD- und Gewerkschaftsbürokraten, sondern auch mit ihren Komplizen der ebenfalls reformistischen Linkspartei.

In ihrem jüngsten Verrat bekräftigt die Berliner Linkspartei ihre Unterstützung für die Privatisierung der S-Bahn. Aber die angeblich „revolutionären“ Gruppen in und um Die Linke haben wiederholt versucht, die Idee zu verkaufen, dass diese Partei irgendwas anderes als ein Mitverwalter kapitalistischer Sparpolitik und Repression sein könnte – mit abnehmender Glaubwürdigkeit. Da niemand wirklich glaubt, dass die Linkspartei nach links gedrängt werden kann, sind sie darauf beschränkt, dies als notwendiges Übel zu rechtfertigen. Es gibt keine Kröte von der Parteiführung, die sie nicht schlucken und milde als „Fehler“ kritisieren würden – auch nicht, wenn Berlins Die Linke den Bullen mehr Maschinenpistolen gewährt.

Was nun?

Die Bundesregierung scheint gelähmt zu sein, da sich die Kanzlerin Merkel aus der CDU-Führung zurückgezogen hat, aber weiter im Amt bleibt. Der konservative britische Historiker Timothy Garton Ash lästert über die „Merkeldämmerung“: „Angela Merkel muss gehen – für Deutschland und für Europa“, schreibt er im Londoner *Guardian* (22. November). Weil die beiden Partner der Großen Koalition erhebliche Wahlverluste erlitten haben, und weil der Niedergang der SPD schwerwiegender ist, wünschen sich viele Bürgerlichen jetzt ein Ende der GroKo. Aber wer würde sie ersetzen? Die Grünen, obwohl eine „verantwortungsbewusst“ patriotische Partei, eine zu 100% pro-kapitalistische „Tesla-Partei“, hat immer noch nicht die Wählerzahlen, um etwas anderes zu sein als ein zeitweiliger Lückenfüller in einer Koalition.

Die Landtagswahl in Thüringen 2019 am 27. Oktober 2019 veranschaulicht das Dilemma der deutschen Bourgeoisie und der Sozialdemokraten beider Konfessionen. Die Linke bleibt die stärkste Partei, gefolgt von der AfD. Die bisherige Linke-SPD-Grüne Landesregierung hat keine Mehrheit im neuen Landtag. Gleichzeitig ist keine Koalition ohne Die Linke oder ohne die AfD möglich. Bisher haben die Herrschenden alles getan, um Minderheitsregierungen zu vermeiden, und die Idee, dass der bürgerliche Staat ohne Regierung auskommt, wie es zum Beispiel in Belgien manchmal der Fall ist, ist noch unpopulärer.

Einige der bürgerlichen Presse mussten zugeben, dass Linke Ministerpräsident Bodo Ramelow vielleicht der letzte wirkliche Sozialdemokrat in Deutschland sei. Aber mit der „gleichmäßigen“ Verurteilung der „Extremisten der Linken und der Rechten“, der Gleichsetzung der „respektablen“ Reformisten von Die Linke mit den Cheerleadern für rassistische Pogrome von der AfD, ist ein Die Linke-CDU-Pakt ausgeschlossen. Nicht ein-

mal eine parlamentarische Duldung durch die CDU (zumindest nicht offen) wird geduldet. Sogar viele angebliche „Marxisten“ hätten dies stillschweigend als „geringeres Übel“ akzeptiert (siehe „Statt Volksfront gegen ‚Rechtsruck‘ – Mobilisiert die Arbeitermacht auf die Straße!“ auf Seite 6).

Ein Großteil der CDU träumt davon, ihre Wähler von der AfD mit Versprechungen von „Recht und Ordnung“ zurückzugewinnen. „Es muss wieder gelingen, das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen“, sagte eine Denkschrift von CDU-Politikern in Sachsen-Anhalt im Juni. Einige CDU-ler haben sogar offen vorgeschlagen, einen Pakt mit der AfD in Thüringen zu schließen. Es schien, als ob die letzte verbleibende Barriere die unverhüllte Pro-Hitler-Haltung des Thüringer AfD-Führers Höcke war. (Im Übrigen, eine Reihe kleinerer Skandale hat gezeigt, dass auf lokaler Ebene alle bürgerlichen Parteien irgendwo oder irgendwann mit der AfD oder sogar offenen Faschisten zusammengearbeitet haben.)

Wie wir bereits gewarnt haben, ist die Konvergenz zwischen dem Programm der AfD und dem der Mehrheit der deutschen Bourgeoisie jetzt offensichtlich. Offiziere und Ex-Offiziere in der AfD haben jetzt ein Papier produziert, „Streitkraft Bundeswehr – Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr“ das auf der „Führungsaufgabe“ Deutschlands in der NATO und in Europa besteht. Viele der AfD-Vorschläge für „Stärkung des Wehrwillens der Bevölkerung“ werden auf massiven Widerstand stoßen. Aber der Gedanke, mit der Bundeswehr Flüchtlinge an der Grenze aufzuhalten, ist nicht mehr tabu. Und gerade wurde in Baden-Württemberg, das jetzt von den Grünen regiert wird, im Oktober eine gemeinsame „Anti-Terror“-Übung der Bundeswehr und der Polizei durchgeführt.

Blut, Schweiß und Tränen

Wie üblich, hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (ehemaliger Innen- und Finanzminister, Feind des griechischen Volkes) die Katze aus dem Sack gelassen in einer Rede vom 29. Oktober. „Nach der Katastrophe von 1945“ – so nennt er die Niederlage des Dritten Reiches – „haben wir eine Kultur der Zurückhaltung geradezu verinnerlicht.“ Es ist jetzt an der Zeit, „Verantwortung“ zu übernehmen. Anders gesagt, „No more Mr. Nice Guy“.

Worum geht es wirklich? Hier gibt uns Dr. Schäuble eine Lektion über den deutschen Imperialismus: „Wir sollten uns zudem ehrlich machen, was unsere wirtschaftlichen Interessen betrifft. Weil wir auf Rohstoffe, über die wir selbst nicht verfügen, auf sichere Handelswege, internationale Arbeitsteilung und Absatzmärkte angewiesen sind. Und das beeinflusst selbstverständlich unsere Politik. Alles andere wäre verantwortungslos.“ Selbstverständlich.

Also, Deutschland muss zunehmend international unabhängig von den USA agieren und das eigene Militär stärken. Die Regierung Merkel hat sich dazu verpflichtet, den Anteil der Militärausgaben auf das Ziel von 2% des BIP zu erhöhen. Es ist kein Zufall, dass die frühere deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen jetzt Präsidentin der Europäischen Kommission ist. (Auch, dass die designierte Nachfolgerin von Merkel, Annegret Kramp-Karrenbauer, derzeit ihren Lehrgang als Verteidigungsministerin absolviert.)

Und das alles bedeutet natürlich Opfer! Aber nicht für die Bourgeoisie, selbstverständlich. So meint es der Henker von Athen, der ganz Griechenland in den Abgrund der Misere stürzte, Hunderttausende von Jobs zerstörte und unzählige Senioren in den Selbstmordtrieb, um die Renditen der (recht wackligen)

deutschen Banken zu retten.

In diesem Herbst war die GroKo kurzzeitig im Streit um die Grundrente – d.h., die staatliche Zulage für diejenigen, deren Löhne zu niedrig waren, um in eine Pensionskasse einzuzahlen. Die CDU wollte, dass diese Niedriglohnarbeiter der gleichen Demütigung unterworfen werden wie die Arbeitslosen unter Hartz IV. Die SPD plädierte für etwas weniger Schnüffelei. Vergessen wir aber nicht, dass die SPD und die Grünen für Hartz IV verantwortlich waren, und dass Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem World Economic Forum in Davos im Januar 2005 prahlte, „Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“.

Der erzielte „Kompromiss“ hat die Rente nicht auf sehr viele zusätzliche Personen ausgeweitet und garantiert ihnen keine menschenwürdige Existenz. Aber die Arbeitgeberverbände waren vorhersehbar wütend. Die Pressekampagne zugunsten einer Anhebung des Rentenalters auf 70 Jahre ist eine klare Warnung an alle. Wir sollten uns auch darüber im Klaren sein, welche zynischen Berechnungen hinter dieser Kleinigkeit stehen – und welche Angst unsere Herrscher vor einer sozialen Explosion haben:

„Der Eingriff ist auch deshalb so wichtig, weil sonst Millionen Menschen am unteren Ende der Einkommensskala das Vertrauen in die staatliche Rentenkasse verlieren – und zwar zum Schaden aller... Ein Scheitern der Reform wäre aber auch ein großer Schaden für die parlamentarische Demokratie, weil das Vertrauen in die Lösungskompetenz der regierenden Parteien weiter schwände“.

–*Süddeutsche Zeitung*, 12. November 2019

Kommende Schlachten in der Metallindustrie

Mehr als 15.000 Arbeiter der Autobranche sind am 22. November in Stuttgart auf die Straße gegangen – von Daimler und Audi sowie von den Zulieferern Mahle, Continental, Bosch und anderen. In diesem Jahr gab es immer wieder Berichte über Kurzarbeit und Entlassungen bei Zulieferern der Autoindustrie. Bis jetzt konnten die IG Metall-Bürokraten sich nur vorstellen, diese Firmen mit einigen saftigen Subventionen zu bestechen.

Gleiche Botschaft in Stuttgart: der IG-Metall-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger und andere Bürokraten bettelten die Bosse an, „gemeinsam durch die Krise“ zu gehen und „gemeinsam mit den Beschäftigten eine Zukunftsperspektive zu entwickeln“. Die Herren haben schon geantwortet: „Wir sind bereit, den Wandel gemeinsam zu gestalten [...] Dafür muss aber auch jeder bereit sein, Zugeständnisse zu machen – anders werden wir es nicht schaffen“, sagte Südwestmetall-Hauptgeschäftsführer Peer-Michael Dick. „Es geht um die Zukunft der Sozialpartnerschaft“ (*Stuttgarter Nachrichten* 16. November).

Ach ja, diese berühmte Partnerschaft von Arbeit und Kapital. Wir hören derzeit viel über „gemeinsam opfern“, um den technologischen Wandel zu meistern. Aber es gibt kein Gemeinsames, wenn es sich um die Opfer handelt: diese sind die Arbeiter, weil in Wirklichkeit geht es nur um Gewinne. Es ist so: „Durch das Sparprogramm will Audi rund sechs Milliarden Euro erwirtschaften, die in die Elektrifizierung und Digitalisierung fließen sollen. Zudem soll dadurch die Zielrendite von neun bis elf Prozent abgesichert werden“ (*Süddeutsche Zeitung*, 26. November). Versteht sich von selbst.

„Sozialpartnerschaft“ bedeutet letztendlich, den Forderungen der Bosse nachzugeben. Aber auch diese einseitige „Partnerschaft“ ist kein Exportmodell. In Brasilien oder in den US-amerikanischen Werken der deutschen Autohersteller ist sie nicht erkennbar, noch sind Konzerne in Deutschland auf ewig daran gebunden. Die Gewerkschaftsbürokraten und sämtliche opportunistischen Linken prangern

den Neoliberalismus an, als ob man einfach zu den guten alten Zeiten des Sozialstaates zurückkehren könnte, wenn nur der Wille dazu vorhanden wäre. Falsch.

Tatsache ist, dass der Freihandel, Lohnabbau, Massenentlassungen und Sozialkahltschlag, was man unter Neoliberalismus versteht, nur den heutigen Stand des Kapitalismus kennzeichnet, wobei der allseitige Angriff auf das Lebensniveau der Werktätigen Konsequenz aus der sinkenden Profitrate ist. Die Bankiers wollen soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser und die Volksbildung privatisieren, weil sie damit ihre Kassen mit einem ständigen Fluss von „öffentlichen“ Geldern füttern können, und damit die fehlenden Gewinne ersetzen. Aus demselben Grund lassen sie sich in abenteuerliche Spekulationen ein und verlegen ganze Industriezweige in Niedriglohnländer.

Weil der Kapitalismus zu Grunde geht, so ist der Reformismus jeder Art zum Scheitern verurteilt. Die Träume von einem Entlassungsverbot, wie allerlei Reformisten verlangen, sind nicht unter der Herrschaft des Kapitals zu realisieren. Die „Aneignung stillgelegter Fabriken durch die Beschäftigten“, eine Lieblingslosung der Trotskistischen Fraktion (RIO in Deutschland), die sie bei der argentinischen Fabrik Zanon als Aushängeschild propagieren, ist keineswegs „international erfolgreich“, sondern unterliegt dem Diktat des kapitalistischen Markts, wie alle Kooperativen und Genossenschaftsunternehmen.

Also, um Massenentlassungen und Betriebsschließungen zu bekämpfen, müssen wir zu Betriebsbesetzungen und unbefristeten, branchenweiten Streiks greifen, was zwangsweise zum direkten Kampf gegen den arbeiterfeindlichen juristisch-polizeilichen Apparat des Kapitals führt. Wie wir nach den Streiks in der Metallindustrie Anfang 2018 geschrieben haben:

„Jeder erfolgreiche defensive Kampf gegen die Verwüstungen des kapitalistischen Sozialkahltschlags muss von der Tatsache ausgehen, dass die hiesige Arbeiterklasse multinational und multiethnisch ist. Es kann keinen erfolgreichen Kampf für Jobs, bezahlbaren Wohnraum oder Gesundheitsversorgung geben, der nicht die Verteidigung von Flüchtlingen und Immigranten aufgreift. Ultimativ brauchen wir eine proletarische Gegenoffensive, die Übergangsforderungen aufstellt – von der Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust, bis zur Arbeiterkontrolle über die Betriebe. Derartige Forderungen sind nicht vage „antikapitalistisch“, sondern grundlegend inkompatibel mit dem Kapitalismus, und werfen so den Kampf für sozialistische Revolution auf. Heute besteht die Hauptaufgabe darin, mit beiden Flügeln der Sozialdemokratie (SPD und Linkspartei) zu brechen und die mühsame Arbeit anzugehen, den Kern einer trotskistischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse zu schmieden, um diesen Kampf zu führen.“

–, „Gewerkschaftsbürokraten opfern Interessen der Mitglieder auf Altar der Großen Koalition“ *Permanente Revolution* Nr. 2, Sommer 2018

Der Wiederaufstieg des Faschismus und die Verbreitung von Immigrantenhass in Deutschland und in ganz Europa, inmitten der verfallenden „Neuen Weltordnung“ von Wirtschaftskrisen, Handelskriegen und drohenden innerimperialistischen Kriegen, stellt scharf die Alternative: Sozialismus oder Barbarei. Die Internationalistische Gruppe kämpft dafür, den Kern einer revolutionären Arbeiterpartei zu schmieden, die nur auf der Grundlage des bolschewistischen Programms von Lenin und Trotzki aufgebaut werden kann. Diese Partei muss die Abspaltung der proletarischen Basis von der prokapitalistischen Führung der sozialdemokratischen Parteien erzielen, und den Kampf für die internationale sozialistische Revolution ansagen. ■

In Frankreich und Italien:

Hafenarbeiter boykottieren die Ausfuhr saudischer Militärgüter für den Krieg im Jemen

GENUA, Italien, 22. Juni - In einer Reihe von dramatischen Beweisen der Macht der Arbeiterklasse haben Hafenarbeiter in La Havre, Frankreich, sowie in Genua, Italien, einen großen Schlag zugunsten der internationalen proletarischen Solidarität versetzt. Im Laufe mehrerer Wochen im Mai und Juni dieses Jahres haben sie sich erfolgreich geweigert, militärisches Gerät auf saudische Schiffe zu verladen, welches zu den von den USA unterstützten Streitkräften Saudi Arabiens und der Golfstaaten zum Zwecke ihres mörderischen Krieges gegen die Huthi-Bevölkerung im Jemen gelangen sollte.

Anfang Mai sollte das saudische Schiff *Bahri Yanbu* acht Kanonen der französischen Staatsfirma Nexter laden. Doch am 8. Mai weigerten sich die Hafenarbeiter des CGT Gewerkschaftsbundes in Le Havre, diese zu verladen. Dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zum Trotz, sowie auch den Gerichten, welche die Waffenexporte nach Saudi Arabien aufrechterhielten gegen eine juristische Klage, zwangen die Hafenarbeiter das Schiff, 30 Kilometer vor dem Hafen zu ankern und schließlich ohne die tödliche Ladung in See zu stechen.

Am 20. Mai tauchte das Schiff *Bahri Yanbu* schließlich in Genua auf. Die dortigen Hafenarbeiter – von ihren französischen Kollegen bereits ins Bild gesetzt – weigerten sich nun, die von der italienischen Firma Teknel hergestellten elektrischen Generatoren zu verladen, weil sie ebenfalls militärischen Zwecken dienen sollten. Die im Hafen tätigen Zug- und Lastwagenfahrer waren solidarisch mit der Aktion, die hauptsächlich vom Colletivo Autonomo Lavoratori Portuali (CALP, Kollektiv der autonomen Hafenarbeiter) koordiniert wurde. Es fand auch eine Kundgebung statt, ausgerichtet von verschiedenen Antikriegsgruppen, und weitere Gewerkschaften taten ihre Solidarität kund. Das Schiff verließ nach zwei Tagen den Hafen - ohne seine militärische Fracht.

Am 28. Mai versuchte ein zweites sau-

disches Schiff, die *Bahri Tabuk*, in Marseille anzulegen, um dort Rüstungsgüter aufzunehmen. Die örtliche CGT-Hafenarbeitervereinigung gab jedoch eine Erklärung heraus, in der sie äußerte, dass „wir gegen den Imperialismus kämpfen“ und dass die Hafenarbeiter in der Region „keine Waffen und keine Munition laden werden“.

Dann, am 20. Juni, lief ein drittes saudisches Schiff, die *Bahri Jazan*, in Genua ein, um dort - einen Monat nach dem ersten gescheiterten Versuch - endlich die besagten Generatoren abzuholen. Der CALP machte jedoch erneut mobil und das Schiff musste den Hafen wiederum ohne Ladung verlassen. Bei einer Kundgebung vor dem Gebäude der Hafenverwaltung in Genua am 19. Juni gab ein CALP-Sprecher bekannt, dass die Behörden einen Rückzieher gemacht und versprochen hätten, dass die Militärfracht nicht verladen werde. Die Organisation CALP teilte außerdem mit, dass sie die Vorgänge im Hafen weiterhin genau beobachten werde, um sicherzustellen, dass dieses Versprechen auch eingehalten werde.

An dieser Kundgebung nahm auch der Nucleo Internazionalista d'Italia teil und brachte hierbei seine Solidarität mit der Hafenaktion zum Ausdruck. Der Nid'I ist eine Sektion der Liga für die Vierte Internationale, welche zur Verteidigung der Huthi-Rebellen gegen die Angriffe der US-Saudi-Golfstaaten-Koalition aufruft. Des Weiteren ruft die LVI zu Streiks von Seiten der Arbeiter gegen imperialistische Kriege auf und unterstützt die Arbeiter auch bei der Umsetzung solcher Streikaktionen.

Bei der Hafenaktion in Genua trug der Nid'I ein Schild mit der Losung „Mobilisiert die Arbeiter! Haltet die imperialistischen Mächte davon ab, im Jemen den Tod zu säen! Verschließt die Häfen für Waffen, öffnet die Häfen für Opfer von Schiffbruch! Stoppt den Beschluss Salvinis!“ Ein anderes Plakat forderte: „Stoppt Salvinis rassistischen, arbeiterfeindlichen Beschluss! Stoppt die Offensive

gegen Einwanderer! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“

Der italienische Innenminister Matteo Salvini, der Führer der faschistoiden Lega-Partei, befahl im vergangenen Jahr, italienische Häfen für Schiffe zu schließen, die Flüchtlinge vor dem Ertrinken im Mittelmeer retten sollten. Im Mai veröffentlichte die Genua Camera del Lavoro (die örtliche Arbeitskammer) eine Erklärung gegen Rüstungsexporte und forderte, dass „die Häfen offen für Flüchtlinge und Migranten“ sein müssen.

Arbeiterstreiks gegen imperialistische Kriege haben im Hafen von Genua eine lange Geschichte, wie Luigi Cianci, ein altgedienter Hafenarbeiter, erklärt:

„Während des Vietnamkrieges verhinderten wir, dass amerikanische Schiffe anlegen konnten, und 1971 organisierten wir ein Hilfsschiff für die vietnamesische Bevölkerung. Das Gleiche haben wir während des Golfkrieges getan.... Der Krieg im Jemen ist eine der größten humanitären Katastrophen der letzten Jahre und die Zahlen sind erschreckend: 60.000 Menschen wurden getötet, 90.000 Kinder starben an Unterernährung, eine Million Menschen sind von einer Cholera-Epidemie betroffen. Wir haben unseren Mitarbeitern diese Dinge erklärt, und alle haben dem Boykott zugestimmt.“

–Diritti Globale, 22. Juni

Bei den Hafenarbeitern aus Frankreich besteht ebenfalls eine lange Tradition des Widerstands gegen den Imperialismus, insbesondere gegen den französischen. Unter dem Einfluss der bolschewistischen Revolution weigerten sich die französischen Hafenarbeiter 1925, Waffen zu verschiffen, mit denen ein Aufstand der Unabhängigkeitskämpfer im Rif-Gebiet der französischen Kolonie Marokko unterdrückt werden sollte. Später, im Jahre 1954, weigerten sich die Hafenarbeiter von Marseille, für Vietnam vorgesehenes Kriegsgerät auf Schiffe zu verladen, nachdem die kommunistischen Truppen in Dien Bien Phu die französischen Truppen umzingelt, besiegt und somit dem französi-

schen Imperialismus in Vietnam und in ganz Indochina ein Ende gesetzt hatten.

Am 1. Mai 2008 hat die International Longshore and Warehouse Union (ILWU) in den USA alle 29 Häfen an der Westküste geschlossen, um die Beendigung des Krieges und der Besetzung Iraks und Afghanistans sowie die Unterstützung der Rechte von Immigranten zu fordern. Diese historische Aktion am 1. Mai war das erste Mal seit 90 Jahren – seit den Nachwirkungen der bolschewistischen Revolution – dass sich eine US-amerikanische Gewerkschaft einem von den USA geführten imperialistischen Krieg entgegengesetzt hat. Die Auswirkungen dieser Aktion waren bis in den Irak zu spüren, wo in zwei Häfen die Hafenarbeiter in Solidarität mit der ILWU die Arbeit niederlegten.

Die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale, welche seit Jahren dafür agitieren, dass die Arbeiter die Verladung von Kriegsmaschinerie verweigern sowie Streiks gegen den Krieg durchführen sollen, trugen maßgeblich zum Erfolg des Streiks am 1. Mai 2008 bei.

Diese Beispiele für unabhängige Mobilisierungen der Arbeiterklasse im Klassenkampf – von Frankreich über Italien bis in die USA und anderswo – müssen verallgemeinert und vertieft werden. Die einzige Möglichkeit, imperialistischen Kriege, die rassistische Unterdrückung sowie die mit dem Verweis auf den Kriegszustand begründeten materiellen Entbehrungen im eigenen Land zu beenden, besteht darin, für die Arbeiterrevolution zu kämpfen. Dies erfordert die Führung durch eine revolutionäre Arbeiterpartei mit dem Programm von Lenin und Trotzki, d.h. durch eine Partei, die für die kommunistische Führung in den Gewerkschaften kämpft und als Volkstrieb im Kampf gegen alle Formen der besonderen Unterdrückung auftritt. Der Nucleo Internazionalista d'Italia setzt sich dafür ein, im Rahmen des Kampfes für die internationale sozialistische Revolution, den Kern einer solchen Partei in Italien zu bilden. ■

Die IKL gegen Asyl für Flüchtlinge in Quebec

Der unten nachgedruckte Artikel, in dem wir uns die Internationale Kommunistische Liga vorgenommen haben wegen ihrer schändlichen Verteidigung der „Legitimität“ der Forderung des Ministerpräsident von Quebec, François Legault, die Kontrolle über das Immigrationsressort zu erlangen, um die Einwanderung von Flüchtlingen zu verhindern, hat inzwischen eine Schmährede der IKL veranlasst, mit dem Titel, „Internationalistische Gruppe: Anglo-Chauvinistischer Müll“ (*République Ouvrière*, August 2019, oder auf Englisch in *Workers Vanguard*, 6. September 2019).

Die Verleumdung fängt mit einer glatten Lüge an, der Behauptung, unser Artikel sei „exklusiv in Englisch“ geschrieben worden, für ein Publikum, das mit Quebec nicht vertraut ist oder seinem nationalen Befreiungskampf geradezu feindlich gesinnt ist“. Die IKL weiß genau, dass unser Text erstmals in Französisch veröffentlicht wurde, mit dem Titel „La Ligue communiste internationale contre l'asile des réfugiés au Québec“ in der Ausgabe Nr. 10 von *L'Internationale*, die Anfang Juni 2019 auf der Fête von Lutte Ouvrière in Frankreich verkauft wurde. Man kann das für sich leicht bestätigen, bei: <http://www.internationalist.org/L%27Internationaliste10web.pdf>

Die Hetzrede geht weiter mit einer Serie von Verzerrungen und Erfindungen, beginnend mit der Behauptung, dass „die IG sich der Befreiung von Quebec widersetzt, was auch immer sie ab und zu auf Papier schreiben“ und dem Untertitel, „Hasst die Unabhängigkeit Quebecs“, was angeblich unsere Position sei. Die IKL rechnet

damit, dass uneingeweihte Leser nicht wissen würden, dass unsere Liga für die Vierte Internationale seit ihrer Gründung 1998 die Unabhängigkeit Quebecs gefordert hat, was wiederum in Artikeln auf unserer Webseite nachzuschlagen ist, z.B., „Québec: question nationale et montée du chauvinisme anti-immigrant“, *L'Internationale*, August 2008).

Laut der IKL, „Die Grenzkontrolle ist eines der wesentlichen Attribute der Souveränität“, und wenn die Provinzregierung von Quebec sich „Zugeständnisse“ auf diesem Gebiet verbuchen kann, sei das „in der Tat legitim“. Dementgegen ist festzustellen: erstens, dass das, wofür die IKL ins Gefecht zieht, das Entscheidungsrecht über die Grenzen *des kanadischen imperialistischen Staates* betrifft, nicht das eines zukünftigen unabhängigen Quebec; zweitens, dass dies nichts mit der Forderung der Unabhängigkeit von Quebec zu tun hat, zumal Legault explizit die Unabhängigkeit *nicht* befürwortet; und drittens, Legaults Forderung war Teil seiner chauvinistischen Offensive gegen Flüchtlinge.

Anstatt die „Legitimität“ von Grenzkontrollen eines (tatsächlichen oder potenziellen) bürgerlichen Staats in Anspruch zu nehmen, widersetzen sich echte Leninisten konsequent allen gegen Flüchtlinge, Einwanderer oder Muslime gerichteten Maßnahmen, von welchem Teil des kanadischen Staates sie auch immer ausgehen. Die LVI unterstützt die Forderung für die Unabhängigkeit Quebecs als Bestandteil vom Kampf für die internationale sozialistische Revolution. Im Gegensatz dazu hat die IKL den proletarischen Trotzkismus

über Bord geworfen und sich den bürgerlichen Nationalismus zu eigen gemacht, in dem sie die repressiven Befugnisse eines kapitalistischen (und sogar imperialistischen) Quebec im Voraus legitimieren will.

JUNI 2019– Quebec wird zur Zeit von den rechten Nationalisten der Coalition Avenir Québec (CAQ) regiert, deren Premierminister François Legault angekündigt hat, die Einwanderung in diesem Jahr auf die eine oder andere Weise um 20% zu reduzieren. Kanada hat derzeit die Ausweisung syrischer und haitischer Flüchtlinge ausgesetzt – ein diplomatisches Manöver dieser kleinen imperialistischen Macht und kein wirklich humanitärer Akt. Aber das ärgerte die CAQ: Quebec hat gegen die allgemeine Einwanderung ein Vetorecht, aber nicht gegen die Einreise von Flüchtlingen. Im Januar forderte Legault den kanadischen Premierminister Justin Trudeau auf, mehr als 300 Millionen Dollar zu zahlen, um die Kosten für Asylsuchende zu decken. Er hatte sich bereits beschwert, dass die Grenze ein „Sieb“ sei. Mit anderen Worten, er will keine Flüchtlinge, ob sie französisch sprechen oder nicht.

Aber laut République Ouvrière (Nr. 3, Winter / Frühling 2019), der Zeitung der „Ligue Trotskyste“ in Québec und Kanada, die eine Sektion der zentristischen Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) ist: „Die Einwanderungsbekämpfungsmaßnahmen von Legault, einschließlich der kürzlich erfolgten Zurückweisung von 18.000 Einwanderungsanträgen, sind ein wesentlicher Bestandteil

seiner rassistischen Angriffe, die auf die Spaltung der Arbeiter abzielen. Dieses Gift muss in der Arbeiterklasse bekämpft werden. Der Kampf um die Unabhängigkeit Quebecs kann jedoch nicht vom Kampf um die Kontrolle seiner Grenzen getrennt werden. Daher ist die derzeitige Forderung von Legault, die Einwanderung, die nun der Bundesgerichtsbarkeit unterliegt, wieder der Gerichtsbarkeit von Quebec zu unterstellen, unter diesem Gesichtspunkt legitim.“ [Englische Übersetzung in *Workers Vanguard*, 31. Mai 2019]

So unterstützt die IKL offen das „legitime“ Recht einer bürgerlichen Regierung, Flüchtlinge zurückzuweisen, um die Grenzen eines unabhängigen Staates zu kontrollieren, den es im Übrigen gar nicht gibt! Da die CAQ die Trennung von Kanada nicht befürwortet (oder nicht mehr befürwortet), ist Legaults Antrag keine Vorbereitung auf ein unabhängiges Quebec. Selbst wenn dem so wäre, echte Marxisten übernehmen keine Verantwortung für die Organisation des Unterdrückungsapparats der Bourgeoisie, wenn sie den Aufruf zur Unabhängigkeit unterstützen. Die IKL hingegen unterstützt ganz einfach Quebecs „Staatsbildung“. Dies ist ein Verrat an den internationalistischen Prinzipien des Kommunismus!

Obwohl die IKL gegen die Europäische Union tobt, erklärte ihre US-Zeitung *Workers Vanguard* (30. Oktober 2015): „Marxisten nehmen keine Position zur Flüchtlings-Lastenverteilung zwischen kapitalistischen Regierungen.“ In diesem Fall rechtfertigten sie, warum sie nicht gegen

Permanente Revolution

die Dublin-III-Verordnung sind, gemäß der Asyl-Anträge von Flüchtlingen im ersten EU-Land, in das sie einreisen, bearbeitet werden müssen. Diese „administrative“ Regel ist in der Tat eine Abschiebungsmaßnahme für Flüchtlinge, die vorsieht, dass diejenigen, die nach Nordeuropa gehen, nach Griechenland oder Italien „transferiert“ werden, wo sie vor ihrer Deportation inhaftiert werden. **Echte revolutionäre Marxisten müssen Dublin III entschieden ablehnen, genauso wie wir Abschiebung von Einwanderern und Flüchtlingen insgesamt ablehnen.**

Nachdem sie es versäumt hatte, die Wurzeln ihres Verrats in Haiti zu untersuchen, wo sie die Invasion der imperialistischen US-Truppen und die Besetzung der schwarzen Republik unterstützte, um nach dem verheerenden Erdbeben im Jahr 2010 „Ordnung“ zu schaffen, war die IKL dazu verurteilt, dies zu wiederholen. Das ist das, was sie jetzt tut, indem sie sich den rückschrittlichsten Elementen der Bourgeoisie (auch Faschisten und Rassisten) anschließt, die sich über die Gefahren von „offenen Grenzen“ und „unbegrenzter Massenmigration“ aufregen. Ein Albtraum, den sie mit den Trumps und Legaults der Welt teilt. ■

Hongkong...

fortgesetzt von Seite 20

Wong zu einem internationalen Superstar, der nach Washington reiste, wo er von der demokratischen Führerin des US-Kongresses, Nancy Pelosi gefeiert, vom *Fortune*-Magazin als zehntwichtigste Person der Welt bezeichnet, vom demokratischen Senator Chris Smith und dem Republikaner Marco Rubio für den Friedensnobelpreis nominiert und vom Freedom House ausgezeichnet wurde. Freedom House wird vom National Endowment for Democracy (NED) unterstützt, der die Finanzierung „zivilgesellschaftlicher“ Gruppen durch die CIA übernahm.

Als sich der 70. Jahrestag der Chinesischen Revolution am 1. Oktober dieses Jahres näherte, verstärkten reaktionäre Kräfte in Hongkong und ihre Unterstützer in Washington ihre unheimlichen Provokationen. Dies erreichte ein Crescendo, als die offiziellen Feierlichkeiten in Beijing zur Proklamation der Volksrepublik China von einer Orgie virulenter antikommunistischer Gewalt in Hongkong begleitet wurden.

Am Wochenende vor dem chinesischen Nationalfeiertag verwandelten die Demonstranten die wichtigsten Geschäftsviertel Hongkongs in ein Schlachtfeld, schleuderten Ziegel und Brandbomben und verbrannten Schilder zum Jubiläum der VR China. Die Polizei reagierte mit Tränengaswolken. Die Menge trug Schilder mit der Aufschrift „Anti-ChiNazi“ und skandierte: „Vertreibt die Kommunistische Partei, befreit Hongkong!“. Filialen der Bank of China wurden zerstört und in Brand gesetzt. Der Slogan „Der Himmel wird die Kommunistische Partei zerstören!“ wurde auf Gebäude gesprüht. Der Protest vom 29. September war Teil der weltweiten „antitotalitären Kundgebungen“, wobei auch Taiwan die „chinesische Tyrannei“ anprangerte.

Am 1. Oktober marschierte eine große Menschenmenge durch das verlassene Einkaufsviertel Causeway Bay mit den Gesängen „Hongkonger, mehr Öl!“ und „Erobert Hongkong zurück, die Revolution unserer Zeit!“ Dieser Slogan wurde vom rechts-extremen „Lokalisten“ Edward Leung erdacht. Flashmobs von schwarz bekleideten, maskierten Schlägern streiften durch die Straßen, verfolgten und schlugen Polizisten, die in mehreren Fällen ihre Revolver zogen und in einem Fall einen Angreifer erschoss. In den nächsten Tagen zielten die Trupps auf mehr als ein Dutzend Stationen der MTR-U-Bahn, zerschmetterten Glasfronten, Drehkreuze und setzten Eingänge in Brand. Viele Werk tätige äußerten sich empört über diese Zerstörung ihres einzigen Verkehrsmittels.

Als Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam Cheng Yuet-ngor, bei Demonstrationen ein Vermummungsverbot anordnete, löste

dies eine weitere Runde von Massenmärschen und Randalen aus. Ein Xiaomi-Handyladen wurde in Brand gesteckt, ein Fujian-Restaurant kleingehauen und Filialen chinesischer staatlicher Banken zerstört. Mit zunehmender Häufigkeit richteten sich die Angriffe gegen Personen, die als vom chinesischen Festland kommend wahrgenommen wurden. Einem Bankmitarbeiter wurde ins Gesicht geschlagen, weil er Mandarin statt Kantonesisch gesprochen hatte. Als er sagte: „Wir sind alle Chinesen“, schrien die Angreifer: „Geh zurück aufs Festland!“ Ein älterer Mann ohne Hemd, der sich mit Demonstranten stritt, wurde blutig geschlagen.

Verteidigt die Chinesische Revolution! Beendet den Sonderstatus für das kapitalistische Hongkong!

Seitdem die kapitalistische Herrschaft im bevölkerungsreichsten Land der Welt 1949 von einer Bauernarmee unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) unter Mao Zedong gestürzt wurde, sind die Imperialisten von dem Ehrgeiz verzehrt worden, die „Chicom“ [chinesischen Kommunisten] zu stürzen. Die antikommunistische Hysterie des McCarthyismus in den USA wurde durch eine Hexenjagd über „wer China verloren hat“ ausgelöst. Obwohl sie nicht das Ergebnis eines proletarischen Aufstands wie der Oktoberrevolution von 1917 unter Lenin und Trotzki in Russland war und ein Regime nach dem Vorbild von Stalins bürokratisch degenerierter Sowjetunion installierte, stellte die Chinesische Revolution einen enormen historischen Gewinn für die Menschheit dar.

Echte Trotzlisten verteidigten und verteidigen heute den deformierten Arbeiterstaat China weiterhin gegen Imperialismus und Konterrevolution. Die Errungenschaften der Revolution, insbesondere die vergesellschaftete Industrie und eine (bürokratische) Planwirtschaft, haben die überwiegende Mehrheit der 1,6 Milliarden Menschen in China aus der Armut geführt, eine einzigartige Leistung. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Ökonomen und den meisten Linken, die behaupten, dass es irgendwie in einen kapitalistischen Staat verwandelt worden sei, hat China auf einzigartige Weise die Verwüstungen der weltweiten kapitalistischen Krise und wirtschaftlichen Depression, die 2007-09 begann, nicht erlitten.

Schlüsselerrungenschaften, obwohl angegriffen und gefährdet, bleiben bestehen und müssen verteidigt werden, Zahn um Zahn. Sie werden untergraben durch die herrschende Bürokratie, die viele prokapitalistische Elemente beinhaltet, und durch das stalinistische Dogma, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen. Jeder echte Marxist von Marx an hat darauf bestanden, dass der Sozialismus nur auf internationaler Ebene erreicht werden kann, und benötigt daher ein Programm für eine internationale sozialistische Revolution. Die Variante dieses nationalistischen Programms, das von den Beijinger Führern von Deng Xiaoping bis Xi Jinping vorangetrieben wurde, „den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen aufzubauen“, basiert so wie Stalins auf dem Leitgedanken, „eine friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus zu erreichen.

Dies wurde im Falle Hongkongs konkret zum Ausdruck gebracht durch die Entschlossenheit der stalinistischen Führer Chinas, den kapitalistischen Charakter der Enklave zu bewahren. Als das nationalistische Kuomintang-Regime von Chiang Kai-shek Ende der 1940er Jahre zusammenbrach, befahl Mao der von der KPCh geführten Volksbefreiungsarmee (VBA) vor Hongkong anzuhalten und die Kolonie nicht zu erobern. Anstatt die Wurzeln und Zweige des chinesischen Kapitalismus zu zerstören, zog er es vor, ihn als Vorposten des Finanzkapitals zu behalten, um Geschäfte mit den Imperialisten zu machen. Nach dem Sieg der Revolution 1949 verließen viele chinesische Kapitalisten Shanghai und suchten den Schutz der britischen Kolonie.

Seit Anfang der 80er Jahre unter Deng Xiaoping basierten die Verhandlungen mit Großbritannien auf der Formel „Ein Land,

zwei Systeme“. Indem sie den kapitalistischen Charakter der Sonderverwaltungszonen (SAR) Hongkong und der ehemaligen portugiesischen Kolonie Macau beibehielten, haben die stalinistischen Herrscher die Saat für die antikommunistischen Proteste gesät, die in den Jahren 2003 und 2014 ausbrachen und die Voraussetzungen für die heutige Situation geschaffen. An den ersten Protesten nahmen vor allem Anwälte und Geschäftsleute teil, deren Existenz von der Aufrechterhaltung dieses Status abhängt. Enthüllungsjournalisten haben gezeigt, dass die militanteren Protestführer in der Regel die arroganten Nachkommen der Hongkonger Bourgeoisie sind, von denen viele Eliteschulen besucht haben.

Wie wir vor 21 Jahren warnten:

„Mit der Übergabe der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik im Juli 1997 wurde eine kapitalistische Enklave eingegliedert, deren Tentakel auf der Suche nach billigen Arbeitskräften, die man ausbeuten kann, bereits weit ins chinesische Innere vorgedrungen sind... Die Annexion Hongkongs (jetzt eine ‚Sonderverwaltungszone‘) wird die klassenkollaborative Fantasie von ‚einem Land, zwei Systemen‘ nicht realisieren, die Chinas ehemaliger allmächtiger Führer Deng Xiaoping verkündete. Stattdessen wird sie den Kräften, die die kapitalistische Herrschaft im ganzen Land wiederherstellen würden, enorme Impulse verleihen.“

– „Where Is China Going,“ *The Internationalist* Nr. 6, November-Dezember 1998

Heute können die Beijinger Bürokratie und ihre Vertreter in Hongkong nur an den Nationalismus und nicht an das Klassenbewusstsein appellieren und in Form einer verstärkten Repression denken, um auf die konterrevolutionären Mobilisierungen zu reagieren. Dies gilt umso mehr, da Xi, so wie seine Vorgänger Mao und Deng, den kapitalistischen Charakter dieser Banken- und Schifffahrtsmetropole bewahren will. Die Taktik der Demonstranten, die jetzt auf den Einsatz von Sprengkörpern eskaliert, sind eindeutig darauf gezielt, zu einer Intervention der VBA und der chinesischen paramilitärischen Polizei zu führen. Sie hoffen auf ein blutiges Durchgreifen – ein „neues Tiananmen“-Massaker –, das eine imperialistische Intervention mobilisieren könnte.

Stattdessen ist eine Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung Hongkongs erforderlich, von denen viele offen feindselig gegenüber den „prodemokratischen“ Demonstranten sind, diesen „privilegierten Millenials“, die entschlossen scheinen, die Lebensgrundlagen der Arbeiter zu zerstören. Bewohner mehrerer Stadtviertel, insbesondere derjenigen, die von armen Einwanderern aus der Küstenprovinz Fujian bewohnt werden, haben Demonstranten aus ihren Wohntürmen heraus mit Objekten beworfen. Sie sind auch verärgert über die virulente ethnische Feindseligkeit gegen Festlandchinesen, die als Heuschrecken dargestellt werden, die über Hongkong herabsteigen, um Waren aufzukaufen. Aber es hat keine ernsthaften Bemühungen gegeben, eine solche Arbeiter-Opposition zu mobilisieren, nur wenige lauwarmer nationalistische Gegenproteste mit Fahnen der VR China. Anstatt sich auf Militär- und Polizeieinheiten zu verlassen, sollten organisierte Arbeiter die konterrevolutionären Provokateure auf den Straßen besiegen.

Solche Mobilisierungen erfordern eine revolutionäre Führung. Dennoch haben sich Gruppen, die fälschlich

cherweise behaupten, Trotzlisten zu sein, den Konterrevolutionären angeschlossen. So unterstützt die Hongkonger Gruppe Socialist Action, Teil des Flügels des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), der sich von ihrem Gründer Peter Taaffe getrennt hat, nicht nur lautstark die proimperialistischen Demonstranten (sie behaupten, dass diejenigen, die US- und UK-Flaggen schwenken, nur „ein paar irreführende Jugendliche aus Hongkong“ sind), sie ruft auch dazu auf, die konterrevolutionäre Bewegung auf den Rest Chinas auszudehnen und sagt, sie könne „nur als ein Kampf gegen die wirkliche Macht in Hongkong, der chinesischen Diktatur, voranschreiten“ (Chinaworker.org, 8. September).

Andere opportunistische Linke, wie die fehlbezeichnete Trotzlistische Fraktion (FT), unterstützen ebenfalls die antikommunistischen Proteste und schreiben: „Die sozialistische Linke in den USA und anderswo sollte den Massenkampf in Hongkong unterstützen, weil er ein Kampf gegen Unterdrückung und staatliche Gewalt ist“ (*Left Voice*, 22. August). Die Anhänger des verstorbenen Ernest Mandel, die behaupten, die Vierte Internationale zu sein, unterstützen ihrerseits offen die Forderung nach Unabhängigkeit für Hongkong und überschreiben einen Artikel: „Hongkong: Der Kampf der Millennium-Generation um Selbstbestimmung“ (*International Viewpoint*, 26. September). Alle diese Betrüger haben ein rein (bürgerliches) „demokratisches“ anstatt ein proletarisches Klassenprogramm, und so spiegeln sie letztendlich die Imperialisten wider und setzen sich für die Konterrevolution ein – so wie vor 30 Jahren auch in Osteuropa und der Sowjetunion.

Was erforderlich ist, ist das Schmieden einer wirklich kommunistischen, trotzlistischen Avantgarde, um den Kampf zur Enteignung der gesamten Hongkonger Bourgeoisie zu führen – einschließlich ihrer pro-Beijing Komponenten – um gemeinsam mit klassenbewussten Arbeitern und Kommunisten in ganz China die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen. Authentische Trotzlisten sind immer dafür eingetreten, das Erbe des britischen Kolonialdiebstahls von Hongkong zu entwurzeln, während sie die politische Revolution der Arbeiter in ganz China forderten, um die privilegierte Bürokratie zu verjagen, die heranrückenden Kapitalisten zu zerschlagen, die proletarische Demokratie der Arbeiterräte (Sowjets) zu etablieren und sich mit den Arbeitern der Welt zu vereinen, um den Weg zum Sozialismus zu öffnen. ■

Liga für die Vierte Internationale

LVI, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A. Email: internationalistgroup@msn.com
Webseite: www.internationalist.org

Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

Caixa Postal 084027, CEP 27251-740, Volta Redonda, RJ, Brasilien; Caixa Postal 3982, CEP 20001-974, Rio de Janeiro, RJ, Brasilien; Email: lqb1996@yahoo.com.br

Internationalistische Gruppe/Deutschland

LVI, Postfach 809721, 21007 Hamburg;
Email: permanenterevolution@posteo.de

Nucleo Internazionalista d'Italia

Anna Chiaraluce, Casella Postale N. 6, 06070 Ellera Umbra (PG), Italien; Email: it_internazionalista@yahoo.com

Grupo Internacionalista/México

Aptdo. Postal 12-201, Admón. Postal Obrero Mundial, CP 03001, Ciudad de México, Mexiko; mx; Cd. de México: 55-3154-7361; Guadalajara: 33-1752-6643; Oaxaca: 951-129-2086; Email: grupointernacionalista@yahoo.com.mx

Internationalist Group/U.S.

Internationalist Group, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A.;
New York (212) 460-0983, Fax (212) 614-8711;
New England (617) 213-5010; Portland (503) 683-1894;
Los Angeles (323) 984-8590
Email: internationalistgroup@msn.com

**Weitet die Errungenschaften der Revolution von 1949 auf Hongkong aus!
Enteignet die Bourgeoisie! Vertreibt die Imperialisten!**

Hongkong: Besiegt die proimperialistischen Krawalle mit revolutionärer Arbeitermobilisierung

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus The Internationalist Nr. 57, September-Oktober 2019, Zeitung der Internationalist Group/U.S.

31. OKTOBER – Seit fast fünf Monaten wird Hongkong von immer heftigeren, vom Imperialismus unterstützten Protesten und Unruhen erschüttert. In den westlichen Medien als „pro-demokratisch“ dargestellt, ist ihr oberstes Ziel die Anstiftung zur kapitalistischen Konterrevolution in China. Führende Sprecher der angeblich „führerlosen“ Bewegung fordern die Unabhängigkeit der ehemaligen britischen Kolonie von China und appellieren an den US-Präsidenten Donald Trump, Hongkong zu „befreien“. Sie sind nach Washington gereist, um an die US-Regierung zu appellieren, und haben auch Auszeichnungen und Gelder aus CIA-Kanälen erhalten.

Es sind nicht nur ein paar Anführer. Die Proteste wurden von zahlreichen US-amerikanischen und britischen Kolonialflaggen und sogar von der Flagge Taiwans geprägt, der Zuflucht der besiegten nationalistischen Armee, die vor der Chinesischen Revolution 1949 floh. Die kleinbürgerlichen Demonstranten, ob in Anzügen und Krawatten oder maskiert und schwarz gekleidet, sind virulent antikommunistisch. Sie winken mit „Alt-Right“-Symbolen und haben faschistische Provokateure aus den USA umarmt. Sie wurden buchstäblich von dem faschistisch/ukrainisch-nationalistischen Aufstand von 2014 inspiriert, kopierten den



Anführer der Proteste haben ganz offen um imperialistische Unterstützung gebeten, wie z.B. bei diesem Marsch am 8. September, als Tausende Teilnehmer zum US-Konsulat zogen, wo sie von einem Konsularbeamten offiziell empfangen wurden.

Titel seiner Hymne und übernahmen seine gewalttätige Taktik.

Die aktuellen Proteste sind eine Wiederholung und scharfe Eskalation der Hongkonger „Regenschirmbewegung“ von 2014, die ebenfalls von den Imperialisten gefördert, beraten und finanziert wurde. Doch solche konterrevolutionären Ausbrüche und Umwälzungen sind das unvermeidliche Ergebnis des „Ein Land – zwei Systeme“-Abkommens zwischen

China und dem Vereinigten Königreich, das 1997 zur Übergabe des ehemaligen imperialen Außenpostens führte, der 1842 von Großbritannien als Teil des ersten „Opiumkriegs“ errichtet wurde, als Großbritannien den Drogenhandel gegen die zerfallende Qing-Dynastie, die China damals regierte, erzwang.

Die Proteste in Hongkong, die von den im Gleichschritt marschierenden imperialistischen Medien bejubelt werden, haben eine antikommunistische, unheilige Allianz zusammengeführt, die sich von offenen Faschisten und Rechtskonservativen bis hin zu bürgerlichen Liberalen und den meisten Überresten einer angeblich sozialistischen Linken erstreckt. Die Liga für die Vierte Internationale warnt dagegen, dass diese Proteste eine Bedrohung für die verbleibenden Errungenschaften der Chinesischen Revolution darstellen. Ihnen muss mit einer **Mobilisierung der Arbeiterklasse für ein revolutionäres Programm begegnet werden, um die Imperialisten zu vertreiben, die Bourgeoisie Hongkongs zu enteignen und den „autonomen“ Status Hongkongs als kapitalistische Enklave zu beenden.**

Vom Imperialismus initiierte Proteste

Begonnen als Protest gegen einen Gesetzentwurf (inzwischen zurückgezogen) in der Hongkonger Legislative, der die Auslieferung von Verdächtigen unter anderem an das chinesische Festland ermöglicht hätte, waren die Massenmärsche und die damit einhergehen-

den Unruhen die größte Herausforderung für die Kontrolle Beijings, seit das Gebiet vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten an China zurückgegeben wurde. In einer schamlosen Provokation stürmten die Demonstranten am 1. Juli, dem Jahrestag der Übergabe Großbritanniens, den Legislativrat von Hongkong, wo sie die Flagge der Kolonialzeit hissten und sich nach der Zeit sehnten, als der königliche Gouverneur fast die gesamte Versammlung und den Exekutivrat ernannte.

Während einige linke Cheerleader für die Proteste in Hongkong behaupteten, dass solche Eskapaden nur eine Verirrung einer Handvoll Verrückter seien, hat die Entwicklung der Proteste ihnen dramatisch bewiesen, dass sie falsch liegen. Am 13. August standen Demonstranten vor dem Flughafen Hongkong und schwenkten große amerikanische Flaggen und sangen die amerikanische Nationalhymne, das „Star-Spangled Banner“. (Im Terminal schlugen „pro-demokratische“ Demonstranten einen Reporter für

eine Tageszeitung der chinesischen Kommunistischen Partei, *Global Times*.) Dann, am 8. September, marschierte eine „prodemokratische“ Demonstration von Tausenden, die von der rechtsgerichteten Hong Kong National Party aufgerufen wurde, zum US-Konsulat in Hongkong mit einer Vielzahl von US-Flaggen und einem blauen Banner, das forderte: „Präsident Trump, bitte befreien Sie Hongkong.“

Zwei Tage später kam der 23-jährige Joshua Wong Chi-fung, einer der führenden Koryphäen der „Anti-Auslieferungs-Bewegung“, nach Deutschland, wo er verkündete: „Hongkong ist wie Berlin in einem ‚neuen Kalten Krieg‘.“ Auf Einladung der rechten *BILD*-Zeitung erklärte Wong, dass die ehemalige Kolonie ein Bollwerk gegen die „Diktatur Chinas“ sei. Eine Woche später sagte er vor dem US-Kongress aus und forderte die Unterstützung des „Hong Kong Human Rights and Democracy Act“ [Gesetz für Menschenrechte und Demokratie in Hongkong], um Hongkonger Beamte zu sanktionieren und die Handelsprivilegien der ex-kolonialen Enklave zu streichen, wenn die USA entscheiden, dass sie „die Grundfreiheiten untergraben“.

Vor fünf Jahren machten westliche Medienbildner Joshua Wong zum Gesicht der von den USA finanzierten „Regenschirm-Revolution“. Obwohl dieser Versuch, China im Interesse des westlichen Imperialismus zu destabilisieren, schließlich scheiterte, wurde

weiter auf Seite 19



„Anti-Auslieferungs“-Demonstranten setzen Eingang zum U-Bahn-System MTR in Zentral-Hongkong in Brand, 8. September.

Foto: Lam Yik Fei / New York Times

**„Ein Land, zwei Systeme“ = stalinistischer Verrat
Für echten Kommunismus durch proletarisch-politische Revolution!**